Editorial

von Karlheinz Weißmann

Die politische Lage hat sich in den vergangenen Wochen überraschend verändert. Der Entschluß zur Neuwahl des Bundestags nach der Niederlage von SPD und Grünen in Nordrhein-Westfalen, die Ablehnung der europäischen Verfassung qua Volksabstimmung in Frankreich und den Niederlanden und das Scheitern des Krisengipfels der EU-Regierungschefs haben einen Klimawandel ausgelöst. Von einem Klimasturz zu sprechen, wäre unangemessen: der steht uns noch bevor.

Dafür gibt es Vorzeichen. Wenn nun schon Regierungsberater – wie in Niedersachsen – vor dem Staatsbankrott warnen, die große Presse – wie *Die Welt* – von wachsender „Überfremdung" spricht und sich Gewerkschaftsführer – wie DGB-Chef Sommer – Sorgen um das Scheitern einer bürgerlichen Koalition machen, weil das zur Diskreditierung der Verfassungsordnung insgesamt führen werde, dann geht das über vieles hinaus, was sich im Vorfeld von Regierungswechseln in Bonn und Berlin ankündigte. Die Mächtigen und ihre Entourage sind beunruhigt. Sie wissen nicht genau, welchen Weg sie einschlagen sollen, alte Konzepte und alte Denkgewohnheiten stehen zur Disposition. Deshalb breitet sich Unruhe aus, versuchen die einen es mit Taktik, die anderen mit blinder Aggression, möchte man an alten Feindbildern festhalten und ist doch darauf gefaßt, daß der Angriff von unerwarteter Seite kommt, wollen alle ihr Schäfchen ins Trockene bringen und wittern einzelne Karrierechancen, mit denen sie so bald gar nicht gerechnet hatten.

Der innere Zusammenhalt ist allerdings gewährleistet. Bis zum Wahlkampf wird man die Reihen halbwegs geschlossen haben. Das gilt sogar für SPD und Grüne, obwohl ihnen das sichere Scheitern vor Augen steht. Die Union trägt sowieso die Aussicht auf den Erfolg. Hier rechnet man allgemein und zu Recht mit einem Sieg, und schon deshalb wird es keiner wagen, der Kanzlerin in spe ein geschärftes Profil vorzuschlagen. Was die CDU Nordrhein-Westfalen geschafft hat, wird die Union im Bund wiederholen wollen: Sieg durch Personalisierung, Undeutlichkeit und – vor allem – Überdruß an denjenigen, die bisher die Macht hatten. „Metapolitik" braucht es dafür nicht.

Vor einigen Wochen stellte Jens Jessen in der *Zeit* die Frage „Wer denkt für die CDU?" Die Antwort war vorhersehbar: Niemand. Nicht, daß die Partei ohne „Experten" für alle möglichen Detailfragen auskäme, aber ein Gesamtkonzept erscheint ihr überflüssig. Figuren wie Paul Nolte, der gelegentlich als neuer Programmatiker der Union gehandelt wird (und sich tatsächlich als „Rechter" angefeindet sieht), geben kaum etwas anderes wieder als gefällige Meinungen, die in den maßgeblichen Blättern vorformuliert und in den Talkshows breitgetreten werden. Mit einer gewissen Sehnsucht schaut Jessen auf die Vergangenheit oder zu den Nachbarn, bei denen es immer noch eine konservative Intelligenz von Einfluß gibt. Aber er weiß: Das Grundsätzliche ist hierzulande die Sache der Bürgerlichen nicht. Damit konnte man in ruhigen Zeiten sogar sehr weit kommen, viel weiter jedenfalls als mit Prinzipientreue. Nur ist es mit den ruhigen Zeiten vorbei.

Autorenportrait Carl Zuckmayer

von Günter Scholdt

Carl Zuckmayer wurde am 27. Dezember 1896 im rheinhessischen Nackenheim geboren als Sohn eines Fabrikanten für Weinflaschenkapseln. Bei Kriegsausbruch 1914 meldete sich der Abiturient freiwillig und war zuletzt Artillerieleutnant an der Westfront und Mitglied des Arbeiter- und Soldatenrats in Mainz. Nach abgebrochenem Studium und ersten gescheiterten Dramenversuchen (*Kreuzweg,* 1920) schlug er sich mit Gelegenheitsarbeiten durch, darunter als Dramaturg in Kiel und ab 1924 gemeinsam mit Brecht am Deutschen Theater in Berlin. Der Durchbruch gelang ihm 1925 mit der rheinhessischen Komödie *Der fröhliche Weinberg*, die von der begeisterten Berliner Kritik als neusachlich-vitalistische Beerdigung des Expressionismus gefeiert und mit dem Kleistpreis ausgezeichnet wurde. Zwei weitere erfolgreiche Volksstücke (*Schinderhannes,* 1927; *Katharina Knie,* 1929) schlossen sich an vor dem zweiten Höhepunkt: der Komödie *Der Hauptmann von Köpenick* (1931), in der Zuckmayer sein großes Thema „Heimat" respektive „Heimatlosigkeit" mit dem Konflikt zwischen Mensch und militaristisch geprägter Ordnung verknüpfte. Diese Stücke, die wie andere seiner Werke schon bald verfilmt wurden, machten ihn zu einem der populärsten Autoren seiner Zeit.

Thomas Ayck: *Carl Zuckmayer in Selbstzeugnissen und Bilddokumenten*, Reinbek 1977.

Dies änderte sich schlagartig mit Hitlers Machtantritt. War doch Zuckmayer wegen der jüdischen Herkunft seiner Mutter sowie eigener NS-kritischer Äußerungen und Aktivitäten, zum Beispiel im Rahmen der „Eisernen Front", politisch unerwünscht, was ein Verbot der Aufführung seiner Stücke in Deutschland zur Folge hatte. Er zog sich daher auf seinen Landsitz in Henndorf bei Salzburg zurück, um 1938, nach dem Einmarsch in Österreich, abermals zu emigrieren, zunächst in die Schweiz, 1939 in die USA. Dort war er kurzzeitig als Drehbuchautor in Hollywood und Dozent bei Piscator in New York tätig. Schließlich kaufte er eine Farm in Vermont und bestritt seinen Lebensunterhalt als Landwirt, eine Zeit, die

auch in den Memoiren seiner Frau anschaulich gespiegelt ist. 1946 reiste er als Zivilangestellter des US-Kriegsministeriums nach Deutschland und schrieb engagierte Berichte zur Verbesserung der Beziehungen zwischen Besatzern und Besiegten. Zuvor hatte er bereits im sogenannten *Geheimreport* mögliche Chancen ausgelotet, deutsche Kulturschaffende für einen geistigen Neuanfang heranzuziehen. 1948 siedelte er nach Saas Fee in der Schweiz um, seinem letzten Wohnsitz. Er starb am 18. Januar 1977 in Visp/Kanton Wallis.

Zuckmayer schrieb in allen literarischen Großgattungen, zudem für Funk und Film (*Der blaue Engel*). Er begann als Lyriker und veröffentlichte bereits 1917 in Franz Pfemferts *Aktion*. Die Gedichtsammlungen sind durch naturromantische wie heimatliche Akzente gekennzeichnet. Zu seinen bekanntesten epischen Werken gehört die 1945 erschienene humorvolle Erzählung *Der Seelenbräu* sowie der mit einer Fülle von Kulturportraits und Zeitskizzen versehene autobiographische Bestseller *Als wär's ein Stück von mir* (1966). Den größten Zuspruch fand er als Dramatiker. Neben den bereits erwähnten Volksstücken der Weimarer Republik und den weniger geschätzten historischen (*Der Schelm von Bergen*, 1934; *Barbara Blomberg,* 1949) und zeitkritischen Schauspielen (*Der Gesang im Feuerofen*, 1950; *Das kalte Licht*, 1955; *Der Rattenfänger,* 1975) gehört das 1946 uraufgeführte Drama *Des Teufels General* als eines der ersten Problemstücke über das Dritte Reich zu den am häufigsten aufgeführten und diskutierten Werken der deutschen Bühnengeschichte.

Unter den bedeutenden deutschen Theaterdichtern war Zuckmayer der vielleicht letzte Gestalter großer Schicksale, Charaktere und Emotionen (zuweilen an der Grenze zur Sentimentalität). Als Autor schöpfte er vornehmlich aus eigenem Erlebnis, stets bereit, dem konkreten Menschen gegenüber Doktrinen und Ideologien den Vorzug einzuräumen. Sein vitalistischer Optimismus und naturreligiös fundierter Humanismus sprach vielen aus dem Herzen. „Kein deutscher Dramatiker", schrieb Günther Rühle, habe im zwanzigsten Jahrhundert sein Publikum so unmittelbar „entzündet" wie er. *Der fröhliche Weinberg*, *Der Hauptmann von Köpenick* und *Des Teufels General* seien „explosive Erfolge" gewesen, tiefer verankert als durch „Zuschauerlust", „Intellekt" oder „vages Kunstbedürfnis". Zuckmayer war der am meisten gespielte und wohl auch verdienende deutschsprachige Dramatiker der Weimarer Republik. Selbst als seine Beziehung zum deutschen Publikum zwischen 1933 und 1945 künstlich beschränkt wurde, verblieb ihm ein Rest an Popularität, an dem sich nach dem Krieg sofort wieder anknüpfen ließ. Sein Selbstverständnis als Vermittler zwischen Militärverwaltung und Bevölkerung erwarb ihm zudem neue Sympathien. So hat man zwischen 1947 und 1975 nicht weniger als 416 Inszenierungen seiner Stücke gezählt, darunter 125 vom *Hauptmann von Köpenick* und 97 von *Des Teufels General.*

Günther Rühle: *Wohin mit diesen Stücken? Zuckmayers „Deutsche Trilogie"*, in: *Zuckmayer-Jahrbuch*, Bd 1, 1998.

Die überwiegende Mehrzahl der Aufführungen fiel allerdings in die erste Hälfte dieser Periode. Denn in den sechziger Jahren endete Zuckmayers Erfolgskarriere abrupt, und sein 100. Geburtstag im Dezember 1996 bot vielfältigen Anlaß, sich der peinlichen Unausgewogenheit innezuwerden, gemäß der bundesrepublikanische Meinungsbildner Verdienste belohnen und Gedenktraditionen etablierten. Vergleicht man zum Beispiel die beschämende Zurückhaltung deutscher Bühnen selbst in der Jubiläumssaison 1996/97 gegenüber Zuckmayer-Stücken und das insgesamt bescheidene Medieninteresse, kulminierend in einer ZDF-Gesprächsrunde, die bei aller Bemühtheit das tiefe Unverständnis der herrschenden Germanisten- und Kritikergeneration gegenüber seiner Art Dramaturgie exemplarisch bekundete, mit den (von Reich-Ranicki bis Stoiber reichenden, fast sämtliche Kultur- und Politkreise umfassenden, quasi nationaloffiziösen) Brecht-Feiern zu dessen 100. Geburtstag, so erhält man einen kleinen Eindruck davon, was hierzulande der beschönigende Begriff „Paradigmenwechsel" konkret umschließt.

Gunther Nickel und Ulrike Weiß (Hrsg.): *Carl Zuckmayer 1896 –1977. „Ich wollte nur Theater machen", Marbacher Kataloge*, 1996.

Wie läßt sich dieser radikale Kurssturz der Zuckmayer-Aktie an der Meinungsbörse der Literatur- und Theaterleute begreifen? Es gibt eine ästhetisch-dramaturgische und eine politisch-ideologische Erklärung, die allerdings beide eng zusammenhängen. Die erstgenannte gipfelt im seinerzeit vielverwandten Schlagwort „Opas Theater ist tot". Natürlich gehört der Aufstand gegen die Etablierten auch im Bereich der Kultur schon immer zum erwartbaren, in Maßen sinnvollen Brauch. Aber die von Autoren,

Regisseuren und Kritikern so pauschal gefertigten Totenscheine für die Ästhetik der Ibsen, Hauptmann und Zuckmayer haben das Theater – dies sei bei allem Verständnis für periodische generationstypische Neuerungen gesagt – auch verarmt. Was mit dem völligen Sieg des heute favorisierten Entlarvungs-, Denunziations- und Groteskttheaters auf der Strecke blieb, hat Günther Rühle benannt: „Dieses Theater ist kein Theater der Anschauung mehr, der Betrachtung, des sich Einlassens, des Ein- und Mitfühlens, der Anteilnahme am Schicksal der Figuren. Das zeitgenössische Theater ist hervorgegangen aus der scharfen Kritik am Vorgefundenen und aus der Öffnung der szenischen Konventionen. Es giert nach ätzenden Bildern, Ironien und zynischer Bloßstellung der Personen, liebt die Depravierung. Es spielt mit seinen Materialien, definiert Fremdheiten, Entfernungen, verzichtet auf Zusammenhänge, auch auf Analysen. Vor allem aber auf deutlich sichtbare Personen (Personen, nicht Figuren), die ins gelebte Leben mit seinen Verwerfungen und Irrungen verweisen und nicht nur aufs Theater. Auf Personen, die – auch wenn sie der Kritik unterliegen – doch noch Personen bleiben, die man lieben kann und lieben könnte, wenn sie anders wären. Zuckmayers Theater zeichnet sich dadurch aus, daß er kaum einer Person seine liebende Aufmerksamkeit verweigert, daß er die lebenskräftige Figur herausstellt, auch wenn sie untergeht. Er demonstriert an Menschen, nicht an den Zuständen. Noch lebt seine Vorstellung von Theater aus dem alten Menschentheater, das Ibsen erneuert und auch Gerhart Hauptmann nicht aufgegeben hat. Schauspieler lieben es mehr als heutige Regisseure, weil es Rollen bietet und nicht nur Spielfunktionen. Tragische Dämmerung, Wehmut, Lebenslust sind Begriffe, die das derzeitige Theater nicht kennt. Darum sind Zuckmayers Stücke zu Gegenstücken gegen den heutigen Usus geworden."

Alice Herdan-Zuckmayer: *Die Farm in den grünen Bergen*, Hamburg 1949.

Zuckmayers Credo einfühlender Menschendarstellung verbindet sich – und das macht seine heutige Geringschätzung zum Politikum – mit seiner Bewahrung von Werten und Haltungen, die im Bewußtsein vieler Achtundsechziger auf den Müllhaufen der Geschichte gehörten: Heimatliebe, (Geschichts-)Optimismus, vor allem aber eine selbst in schwerster Zeit nicht aufgekündigte patriotische Solidarität. Zudem erinnerte sein Plädoyer für den lebenstüchtigen wie -lustigen Vollblutmenschen seine Kritiker an das politisch mißbrauchte Ideal physischer, psychischer und moralischer „Gesundheit", das sich im weltanschaulichen Streit als Gegenbegriff zu scheinbarer oder wirklicher Krankheit, Dekadenz und „seelenzergliedernden" Selbstzweifeln etabliert hatte, – allerdings mit dem fundamentalen Unterschied, daß Zuckmayer nicht mitleidlos ausgrenzen oder gar züchten wollte, sondern lediglich den Glücksfall organischer Verbindung mit autochthonen Kräften der Natur wenigstens literarisch herbeirief.

Gunther Nickel: *Carl Zuckmayer und seine Verleger*, in: *Zuckmayer-Jahrbuch*, Bd 3, 2000.

Wo jedoch das Gros der Intellektuellen außerhalb des Einflußbereichs sozialistischer Propagandahelden als Fazit eines desaströsen Jahrhunderts nur mehr den gebrochenen Charakter beziehungsweise strukturgebeutelte Desperados gelten ließ, fehlte für seine ganzheitlichen Menschheitsentwürfe schlicht das Verständnis, und man entdeckte statt dessen fatale ideologische Nachbarschaften. Dabei verkörperte Zuckmayer vor allem jene Zuversicht, die an endgültige Götterdämmerungen nicht glaubte und auch nach Katastrophen Neuanfänge für möglich hielt, jenen unbändigen Willen, destruktiven Tendenzen Einhalt zu gebieten. Diese Botschaft vermittelte er zeit- und länderübergreifend, exemplarisch etwa in jenem noch heute imponierenden *Aufruf zum Leben*, verfaßt 1942 anläßlich des Freitods von Stefan Zweig, in dem er seine Exilkameraden dringlich beschwor, nicht zu verzweifeln und notfalls Hitler zum Trotz durchzuhalten. Mit vergleichbar lebensbejahender Tendenz wandte er sich in *Des Teufels General* an jenen Typus des idealistischen NS-Anhängers, der in todessüchtiger Opferbereitschaft auf den drohenden Zusammenbruch seines Weltbilds reagierte: „Hören Sie mir zu, Hartmann ... Sie sind jung, aber Sie wissen es nicht. Vor Ihnen liegt das Leben – aber Sie wissen nicht, was das Leben ist. Sie stecken in einer Krebsschale, in einer Austernmuschel, die Sie für die Welt halten, und spüren nicht, daß draußen, um Sie her, der ungeheure Ozean rauscht. Ich aber sage Ihnen, das Leben ist schön. Die Welt ist wunderbar. Wir Menschen tun sehr viel, um sie zu versauen, und wir haben einen gewissen Erfolg damit. Aber wir kommen nicht auf – gegen das ursprüngliche Konzept. ... Es ist das, was wir in unsren

besten Stunden ahnen, und besitzen. Und dafür – nur dafür – leben wir überhaupt. ... Herrgott, Hartmann! Glaubst du mir nicht, daß es sich lohnt zu leben? Sehr lang zu leben? Ganz alt zu werden?“

Hier sprach der Seelenarzt und politische Therapeut im Gewand des Dramatikers. Darüber hinaus war Zuckmayer ein Mensch, der bei größter Weltoffenheit überall, wo er länger lebte, Wurzeln schlug. Niemals vergaß oder verleugnete er seine regionale Herkunft, die er in verschiedenen Volksstücken geradezu gefeiert hatte. Als Reaktion auf den mörderischen Rassismus der NS-Epoche verstieg er sich auch nicht wie so manche Hitler-Gegner zu einer negativen Anthropologie des Deutschen. Vielmehr setzte er zum Beispiel in *Des Teufels General* ein positives Menschenbild dagegen, fast eine Apotheose des Rheinländers, zugleich eine hinreißende, anschauliche literarische Widerlegung genetischer Reinheitsfiktionen ausgerechnet in Zentraleuropa. Er tat es mit der klassischen Szene, in der der junge parteigläubige Hartmann seine karriereschädliche ungeklärte Abstammung beichtet. General Harras antwortet darauf mit einer Eloge des Rheins als „der großen Völkermühle“ und „Kelter Europas“: „Und jetzt stellen Sie sich doch mal Ihre Ahnenreihe vor – seit Christi Geburt. Da war ein römischer Feldhauptmann, ein schwarzer Kerl, braun wie ne reife Olive, der hat einem blonden Mädchen Latein beigebracht. Und dann kam ein jüdischer Gewürzhändler in die Familie, das war ein ernster Mensch, der ist noch vor der Heirat Christ geworden und hat die katholische Haustradition begründet. – Und dann kam ein griechischer Arzt dazu, oder ein keltischer Legionär, ein Graubündner Landsknecht, ein schwedischer Reiter, ein Soldat Napoleons, ein desertierter Kosak, ein Schwarzwälder Flözer, ein wandernder Müllerbursch vom Elsaß, ein dikker Schiffer aus Holland, ein Magyar, ein Pandur, ein Offizier aus Wien, ein französischer Schauspieler, ein böhmischer Musikant – das hat alles am Rhein gelebt, gerauft, gesoffen und gesungen und Kinder gezeugt – und – und der Goethe, der kam aus demselben Topf, und der Beethoven, und der Gutenberg, und der Matthias Grünewald, und – ach was, schau im Lexikon nach. Es waren die Besten, mein Lieber! Die Besten der Welt! Und warum? Weil sich die Völker dort vermischt haben. Vermischt – wie die Wasser aus Quellen und Bächen und Flüssen, damit sie zu einem, großen, lebendigen Strom zusammenrinnen. Vom Rhein – das heißt: vom Abendland. Das ist natürlicher Adel. Das ist Rasse. Seien Sie stolz darauf, Hartmann – und hängen Sie die Papiere Ihrer Großmutter in den Abtritt. Prost.“



Gerechtigkeit für die anderen – Plakat für die Verfilmung von Zuckmayers Des Teufels General

Paul Rilla: *Literatur, Kritik und Polemik,* Berlin 1950.

Auch sein Hauptmann von Köpenick ist kein seinem Land entfremdeter, national indifferenter Rebell, sondern im Gegenteil einer, der mit Berliner Dialekt und Mutterwitz vor allem sein Heimatrecht einklagt und schließlich durchsetzt, einer, der mit den Wertbegriffen seiner Umwelt nicht gänzlich bricht, sondern vor allem auf deren Humanisierung pocht. Der Dialog zwischen Schuster Voigt und seinem Schwager Ruprecht über die Wanzen- oder lebenswerte Menschenordnung, für die man sich auch einsetzen und notfalls sterben könne, liest sich als anrührender literarischer Appell für eine bessere Gesellschaft. Daß der Autor das preußische (Militär-)System nicht noch stärker attackierte und die Personen nicht ihre sozialen Funktionen entgelten ließ, hat man ihm in Kreisen, wo die karikaturistische Optik der Grosz, Tucholsky oder Heinrich Mann zur Norm erklärt wurde, als satirisch-emanzipatorische Halbheit vorgeworfen, als „behagliches preußisches Anekdotengeplänkel“ oder „Unrecht am Stoff“, wie etwa Paul Rilla formulierte. Ähnliche Urteile bestimmen bis heute viele Wertungen in Germanistik- oder Theaterkreisen. Doch was hier moniert wird, läßt sich ebenso positiv deuten. Zuckmayer zeigte in der Tat auch Weltanschauungskonflikte niemals nach dem Freund-Feind-

beziehungsweise Gut-Böse-Prinzip, und er bewahrte Dialogbereitschaft auch für Vertreter des gegnerischen Lagers. Doch solcher Verzicht auf polarisierende Verschärfung beschränkte ihn auch nicht darauf, lediglich zu den (vermeintlich) Geretteten zu predigen und damit seine Wirkungen von vornherein zu limitieren. Wer das kritisiert, zielt auf zentrale Überzeugungen, ja Stärken des Autors, wohl auf sein Bestes.

Das gilt nicht zuletzt für das heftig umstrittene Drama *Des Teufels General*. Einerseits blieb es bis heute der größte Theatererfolg in Nachkriegsdeutschland und erzielte von November 1947, als die US-Kontrollbehörde endlich sein Spielverbot aufhob, bis 1950 nicht weniger als 3238 Aufführungen. Zeitgenossen staunten über Zuckmayers präzise Binnensicht eines Außenstehenden, und eine Fülle von öffentlichen Diskussionen demonstrierte eindrucksvoll die Wirkung des Stücks als kathartisches Ereignis. Andererseits war es schon bald ätzender Polemik ausgesetzt. Man unterstellte ihm Beihilfe zu einer (generalsgläubigen) Dolchstoßlegende, Entlastung von Schuldigen, zumindest aber übertriebenes Verständnis für braune Verfehlungen. Manche dieser Vorwürfe erklären sich aus der Erregung der unmittelbaren Nachkriegszeit. Doch leider haben solche Deutungstendenzen zu Lasten des Autors mittlerweile die Überhand gewonnen. Kindlers Literaturlexikon spricht von „Kolportage", „Verharmlosung", ja „fatal unbewußter Glorifizierung der nationalsozialistischen Schreckensherrschaft", was dann allerdings zumindest Walther Killy zur Feststellung veranlaßte: „Es gehörte ein höheres Maß von Gerechtigkeit dazu, dieses Stück als Emigrant im kalten Winter 1942/43 auf der Farm in Vermont zu konzipieren, als es in einer warmen Redaktionsstube der sechziger Jahre wie eine Apologie des Nazismus zu lesen." Doch die Folgen solch denunziatorischer Lesarten, die dem Autor günstigstenfalls politische Naivität unterstellen, reichen bis in die Gegenwart und bestimmen vor allem die Theaterszene, in der man Zuckmayers scheinbar abwegige Einfühlung durch respektlose Eingriffe und Textverstümmelungen eines Regietheaters à la Castorf zeitgemäß „korrigiert".



Portraitfotografie aus dem Jahre 1934

Was Zuschauer von damals an diesem Drama so außerordentlich bewegte und veranlaßte, letztlich ihren eigenen Fall zu diskutieren, war jedoch vornehmlich der Umstand, daß man sie hier einmal ausnahmsweise nicht mit erhobenem Zeigefinger moralisch belehrte oder denunziatorisch ansprang. Diese fraglos erfolgreiche Strategie zur geistigen Neuorientierung galt wiederum berufsmäßigen Wächtern der korrekten veröffentlichten Meinung als unzulässig oder skandalös. Mit einer Wertungsprämisse, wie sie zum Beispiel die „Wehrmachtsausstellung" jüngst als erkenntnisleitendes Interesse verfolgte, waren Verdikte vorprogrammiert. Wo der Autor sich einfühlte, statt perhorreszierend distanzierte, wo er im Sinne echter Dramatik auch ernstzunehmende Gegenspieler, nicht nur sittlich indiskutable Pappkameraden schuf, witterten manche politisch Obszönes. Perspektivische, subjektive „Wahrheiten" zur Veranschaulichung nicht mehr gebilligter Ein- oder Vorstellungen fanden wenig Gnade. Aufklärung über das Dritte Reich hatte sich auf Tribunal und Abschreckung zu beschränken. Kurz, man vermißte im Stück jenen pharisäischen Generalbaß, der heute weithin als Voraussetzung offiziöser „Vergangenheitsbewältigung" ertönt.

Dazu war Zuckmayer niemals bereit, auch nicht im Exil, wohin man ihn verjagt hatte. Sein Teufelsdrama begann er sogar mit einer selbstbezogenen Fragestellung, die heutigen Schreibtischmärtyrern gänzlich fremd sein dürfte: „Wie wäre Dein eigenes Verhalten, Dein eigenes Los, mit Deinem Naturell, Temperament, Leichtsinn usw. hättest Du nicht das Glück einer ‚nichtarischen' Großmutter und stündest mitten drin?" Auch seine vornehmlich zukunftsorientierten Stellungnahmen der Jahre

1944/45 belegen, daß er sich nicht als künftiger Ankläger oder Rächer fühlte, sondern vielmehr als geistiger Brückenbauer: „Deutschland ist schuldig geworden vor der Welt. Wir aber, die wir es nicht verhindern konnten, gehören in diesem großen Weltprozeß nicht unter seine Richter. Zu seinen Anwälten wird man uns nicht zulassen. So ist denn unser Platz auf der Zeugenbank, auf der wir Seite an Seite mit unseren Toten sitzen – und bei aller Unversöhnlichkeit, gegen seine Peiniger und Henker, werden wir Wort und Stimme immer für das deutsche Volk erheben." Und: „Die Reinigung Deutschlands muß tiefgehend und gründlich sein, aber sie kann der Welt nichts nützen, wenn sie nur eine Zwangsmaßnahme ist, wenn sie nicht von Innen kommt, und wenn ihr die Hilfe und das Vertrauen versagt bleibt, wie uns im Jahre 1918 … Ich sehe nichts Gutes darin, weder für Deutschland, noch für die Welt, wenn als krasser Pendelausschlag gegen den Wahnwitz des Pangermanismus nun ein ebenso krasser Antigermanismus geschaffen wird … je mehr mir Amerika Heimat geworden ist … desto stärker empfand ich die unzerstörbare Verbundenheit mit dem Volk, von dem ich herkomme, und den Wunsch, ihm auch in seiner schwärzesten Stunde gerecht zu werden." Oder unmittelbar nach der Kapitulation: „Unsere einzige Empfindung … ist heute die des leidenschaftlichen Wunsches, zu helfen und teilzunehmen. Ich denke mir oft, daß wir mit unserem andersgearteten Leben während der letzten sieben Jahre … ein Ausblick in die weite Welt für die eingegrenzten Menschen in ihren beengten Verhältnissen drüben sein würden – und den Amerikanern wiederum können wir eine Menge helfen, diese Welt drüben richtig zu verstehen und einzuschätzen."

Daß dies nicht nur unverbindlich rhetorische Gesten waren, demonstriert sein Verhalten nach dem deutschen Zusammenbruch. Zum Teil unter Mißbilligung emigrierter Kollegen, zeigte er sich sofort bereit, nach Deutschland zurückzukehren und sich bis zur völligen körperlichen Erschöpfung in den Neuaufbau einzubringen. Er sprach und korrespondierte mit Kollegen im Lande, diskutierte mit Studenten, Schülern, Regimegegnern oder Kriegsgefangenen, besuchte – *horribile dictu*! – selbst ein SS-Lager, um die jetzigen Meinungen dieser Ideologisierten zu erkunden. Er wollte zunächst einmal wissen, bevor er urteilte. Er reiste im Auftrag der US-Armee, scheute sich aber nicht, Praktiken der Besatzungsregierung, die ihm schädlich erschienen, zu kritisieren. Seine Auffassung mündete in einen jüngst veröffentlichten *Deutschlandbericht*, von dem sich optimistischerweise hoffen läßt, daß er zusammen mit dem 2002 publizierten *Geheimreport* über die Kunstszene in Deutschland endlich zu einem Umdenken über den angeblich politisch so unbedarften Folklore-Autor führen möge.

Günter Scholdt: *Was soll nur aus diesem Deutschland werden?*, in: *Zuckmayer-Jahrbuch,* Bd 7, 2004.

Der *Deutschlandbericht* bündelt Berichte und Artikel über seine Eindrücke in Nachkriegsdeutschland. Zuckmayer zeigt großes Verständnis für die dortige Not und erklärt manche Negativerscheinung auch als Reaktion auf jüngste Enttäuschungen mit der Besatzung. Sein Report an die US-Militärregierung zielt auf einen Kurswechsel in der Behandlung der Besiegten. Insbesondere der jüngeren Generation möchte er bessere Entwicklungsperspektiven verschaffen. Seine Einschätzung gipfelt in dem Silvester 1949 erschienenen Artikel *Jugend im Niemandsland*, der es aufgrund seiner Hellsicht und Menschlichkeit verdiente, in jedem zeitgeschichtlichen Lesebuch einen Ehrenplatz einzunehmen.

Sabine Fröhlich: *Wie wir die Dinge anschauen*, in: *Neue Zürcher Zeitung* vom 5. Oktober 2004; Norbert Frei: *Die Nachsicht des Emigranten*, in: *Die Zeit* vom 9. Dezember 2004; Marcus Sander: *Der Krieg ist aus, wir gehn nach Haus*, in: *Stuttgarter Zeitung*, 14. Januar 2005.

Der Autor wendet sich darin gegen zahlreiche alarmierende Diagnosen als letztes Wort in Sachen „Deutsche Zukunft". Die Jugend sei keineswegs, wie vielfach behauptet, in erschreckendem Maße neonazistisch, zynisch, amoralisch oder nihilistisch, sondern lediglich durch desillusionierende Nachkriegserfahrungen, mangelnde Vorbilder und kurzfristige Hoffnungen abermals verunsichert. Schließlich förderten die aktuellen Verhältnisse eine geistige Neuorientierung kaum. Die Jugendlichen erlebten zum Beispiel Siegermächte, die sich zunehmend zerstritten und „jene aggressive Intoleranz", die man ihnen austreiben wollte, exemplarisch vorzuleben schienen, dazu eine rigide Absperrungspolitik sowie Mißstände und Ungerechtigkeiten, wie sie Militärbesatzungen nahezu zwangsläufig mit sich bringen. Auch fänden sich Bürokratie, Schiebertum, Opportunismus und – wie Zuckmayer schrieb – „eine Kette von Maßnahmen", die einen zweifeln lassen könne, „ob die andere Seite für bessere, weniger egoistische Ziele gekämpft hätte" als die eigene, die ins Chaos geführt hat.

Selbst die Entnazifizierung stärke nicht unbedingt den Glauben an einen Rechtsstaat, weil nicht wenige formaljuristische Lösungen häufig dem natürlichen Rechtsempfinden widersprächen. An „positiven Erziehungs- und Glaubenswerten“ wiederum böte man der Jugend vor allem die theoretische Anpreisung der Demokratie, ohne daß sie diese existentiell erfahren hätte. Wer aber wie sie „einmal den furchtbaren Zusammensturz eines gepredigten Ideals erlebt hat, ist gegen alle gepredigten Ideale mißtrauisch“. Denn nur konkrete Beispiele überzeugten wirklich. „Worte tun es nicht.“ Der Jugendliche wolle „dort angesprochen und berührt werden, wo sich Wahrheit mit Wirklichkeit messen kann, das heißt, mit dem Verständnis für seine äußere und innere Realität.“

„Dieses Verständnis aufzubringen“ sei „weder unmöglich noch übermäßig schwer, und wo es vorhanden ist, hat es enorme Ausstrahlung gezeitigt. Ein einziger Victor Gollancz hat mehr Deutsche von der möglichen Überlegenheit der Humanität über die nackte Gewalt überzeugt als sämtliche Straf- und Bußpredigten unweiser Zwangspädagogen.“ Gollancz (1893–1967), der jüdische Schriftsteller, Verleger und Gründer des *Left Book Club*, trat nach Ende des Zweiten Weltkriegs als einer der ersten Engländer für die Verständigung mit den Deutschen ein und organisierte dorthin sogar Lebensmitteltransporte. In diesem Sinn interpretierte Zuckmayer auch seine Aufgabe und fuhr fort: „Was jeder Mittelstandspsychologe, jeder Student der sozialen Fürsorge in Amerika weiß – daß man Menschen, die den Begriff des Rechts verloren oder nicht erkannt haben, niemals vom Besseren überzeugt, indem man ihnen ihre Schlechtigkeit vorhält und ihnen auf Schritt und Tritt Mißtrauen zeigt, sondern nur, indem man an das Gute in ihnen appelliert und ihnen Vertrauen entgegenbringt – hat man, merkwürdigerweise, bei der Behandlung eines Volkes außer acht gelassen, nicht zuletzt unter dem Einfluß früherer Angehöriger dieses Volkes.“

Statt die Heimkehrer des Weltkriegs wie bereits 1919 nochmals durch kollektive Inkulpation dem Staat zu entfremden, empfiehlt er positive Ziele, zum Beispiel das „Leitwort Europa“, das jugendliche Triebkräfte aus der seelischen Lähmung befreien könne. Zuckmayer beendet den Artikel mit der schließlich verneinten Frage, ob er „die Dinge nicht zu rosig sähe“ und einem Vergleich aus der Optik: „Wenn sich auf einer großen schwarzen Fläche ein kleiner weißer Kreis befindet und das Auge visiert diesen weißen Kreis als Zentralpunkt, so wächst er im inneren Bild und überstrahlt in der Reflexion die schwarze Fläche. Fixiert man den Blick aber auf die schwarze Fläche, so überwächst und verdunkelt sie den weißen Kreis. Optik ist höhere Wirklichkeit. Optik versinnbildlicht die Macht des Glaubens. Das menschliche Auge reflektiert die göttliche Schöpferkraft. Wie wir die Dinge anschauen, so werden sie sein.“

Dieser pädagogische Fundamentalsatz bewahrt seine Bedeutung auch im politischen Umfeld. Denn ohne innerlich getragenen mutigen Vertrauensvorschuß hätte eine Neugestaltung der materiellen wie ideellen Nachkriegstrümmerlandschaft niemals Aussicht auf Erfolg gehabt. Die meisten Rezensenten des *Deutschlandberichts* haben Zuckmayers Grundeinstellung entsprechend gewürdigt, zumal die Geschichte ihn inzwischen eindrucksvoll bestätigt hat. Aber wir wären nicht in Deutschland, wenn nicht auch diese großzügige, vorurteilsfreie Haltung wiederum Kritiker fände. So haben Sabine Fröhlich, Norbert Frei, Marcus Sander und andere Zuckmayers geschichtsoptimistische Vertrauenswerbung als blinde deutschfreundliche Naivität ausgelegt, als unverdiente Reinwaschung einer noch unzulänglich geläuterten Täternation.

Preisen wir also die Umstände, die uns – leider unter Voraussetzungen des Kalten Kriegs – näher an Zuckmayers Hoffnungen herangetragen und zumindest Westdeutschland ein Schicksal erspart haben, wie es jenen rückschauenden Moralisten vermutlich als verdient oder angemessen vorschwebt. Würdigen wir dafür seit Jahrzehnten wieder einmal einen großen Humanisten, dessen außergewöhnliche Souveränität in der Abstraktion von eigenem Leid ihn zu einem so pragmatischen wie prophetischen Ratgeber hat werden lassen. Wären alle Funktionsträger, die im Gefolge alliierter Armeen nach Deutschland kamen beziehungsweise zurückkehrten, von seinem Geist beseelt gewesen, man täte sich leichter mit der pauschalen Klassifizierung des 8. Mai als Tag der Befreiung.

Carl Zuckmayer: *Brief nach Deutschland*, in: *Das Jahr '45 in Dichtung und Bericht*, hrsg. von Hans Rauschning, München 1985.

Carl Zuckmayer: *Deutschlandbericht für das Kriegsministerium der Vereinigten Staaten von Amerika*, hrsg. von Gunther Nickel, Johanna Schrön und Hans Wagener, Göttingen 2004.

Carl Zuckmayer: *Geheimreport*, hrsg. v. Gunther Nickel und Johanna Schrön, Göttingen 2002.

Carl Zuckmayers Gedächtnisrede für Carlo Mierendorff, in: *Die Wandlung* 1 (1946).

Carl Zuckmayer: *Offener Brief an Erika Mann*, in: *Aufbau* vom 12. Mai 1944.

Autoren dieses Heftes

Alexander Griesbach, geboren 1968, Studium der Geschichte, Philosophie und Amerikanistik. Selbständiger Publizist und Lektor.

Wilhelm Hankel, geboren 1929, Honorar-Professor für Währungs- und Entwicklungspolitik an der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt/Main (seit 1971), früherer Präsident der Hessischen Landesbank, Min.Dir.a.D und Leiter der Abt. Geld und Kredit im Bundeswirtschaftsministerium, davor Chef-Ökonom der Kreditanstalt für Wiederaufbau.

Ernst Nolte, geboren 1923, von 1965 bis 1991 Professor für Neuere Geschichte in Marburg und Berlin. Veröffentlichungen der letzten Jahre:
Einblick in ein Gesamtwerk. Siegfried Gerlich im Gespräch mit Ernst Nolte, Schnellroda 2005.
Faschismus. Von Mussolini zu Hitler, Schnellroda 2003
Der kausale Nexus. Über Revisionismus und Revisionismen in der Geschichtswissenschaft, München 2002.

Daniel L. Schikora, geboren 1977, B.A.-Studium der Geschichte und der Sozialwissenschaft, M.A.-Studium der Geschichte, Promotion in der Politikwissenschaft.

Günter Scholdt, geboren 1946, Professor für Deutsche Literaturwissenschaft an der Universität des Saarlands, Leiter des Literaturarchivs Saar-Lor-Lux-Elsaß.
Veröffentlichungen der letzten Jahre:
Gustav Regler. Odysseus im Labyrinth der Ideologien. Eine Biographie in Dokumenten, St. Ingbert 1998.
Autoren über Hitler. Deutschsprachige Schriftsteller 1919–1945 und ihr Bild vom „Führer“, Bonn 1993.

Jerker Spits, geboren 1977, Niederlande. Studium der Germanistik an der Universität Leiden und an der Universität Wien (1996–2001), Doktorand an der Fachgruppe Deutsch der Universität Leiden. Wissenschaftliche Publikationen zu Thomas Bernhard, Martin Walser und Ernst Jünger.

Karlheinz Weißmann, 1959, Studium der Geschichte und Evangelischen Theologie, promoviert als Historiker.
Buchveröffentlichungen der letzten Jahre:
Die Besiegten, Schnellroda 2005
Männerbund, Schnellroda 2004
Mythen und Symbole, Dresden 2002
Die preußische Dimension. Ein Essay, München 2001
Nation?, Dresden 2001
Arnold Gehlen. Vordenker eines neuen Realismus, Dresden 2000
Alles was recht(s) ist. Ideen, Köpfe und Perspekiven der politschen Rechten, Graz 2000

Konsens oder Streit um den 8. Mai 1945?

von Ernst Nolte

Jahrzehntelang war für das Gedenken an den Tag des Kriegsendes, den 8. Mai 1945, die Alternative von „Katastrophe“ oder „Befreiung“ grundlegend. Wer die letzten Kriegsmonate miterlebt hatte, in welcher Eigenschaft auch immer, dem bestätigten in der Regel eigene Erfahrungen die Schreckensmeldungen, die an sein Ohr drangen: die Berichte und Gerüchte über die Massenvergewaltigungen zahlloser deutscher Frauen durch die Soldaten der vordringenden Sowjetarmee, über die Riesenströme von Flüchtlingen aus dem Osten, von denen nicht wenige – Greise, Frauen und Kinder – von vorstoßenden Panzern niedergewalzt worden waren, über die entsetzlichen Luftangriffe der Westalliierten gegen unverteidigte Städte Deutschlands mit ihren bewußt herbeigeführten Feuerstürmen, in denen Zehntausende noch umkamen, nachdem sie sich aus den Kellern ihrer zerstörten Häuser gerettet hatten. Daß es sich um eine „Befreiung“ handeln könnte, war für die meisten unvorstellbar – schon deshalb, weil die Sieger ausdrücklich proklamiert hatten, daß sie nicht als Befreier, sondern als Eroberer nach Deutschland kämen.

Wer die Erfahrungsberichte der Augenzeugen zur Kenntnis genommen hat, der weiß, daß zahlreichen Deutschen kaum etwas von jenem erspart worden ist, was meist als spezifische Eigentümlichkeit des nationalsozialistischen Regimes und seiner Konzentrationslager sowie seiner erbarmungslosen Kriegsführung betrachtet wird: die Stigmatisierung durch auffallende Kennzeichen, wochenlange Transporte ohne zureichende Nahrung in Deportationszügen, Folterungen zur Erzwingung von Geständnissen, physische Ausrottung ganzer Gruppen wie etwa des ostelbischen Adels, künstlich erzeugte Hungersnöte, Zwangsarbeit bis zur völligen Erschöpfung, entwürdigende Behandlung durch hochmütige „Herrenmenschen“. Nur zu der quasi-industriellen Massentötung von Menschen läßt sich keine Entsprechung finden, aber ohne Entsprechung waren auf einer weniger widermenschlichen Ebene auch die barbarischen Ausschreitungen haßerfüllter Volksmassen gegenüber Deutschen als Deutschen.

Mit Tatsachen wie diesen wird der heute populäre Simplismus am leichtesten fertig: es habe sich um gerechtfertigte „Vergeltung" gehandelt, und die Deutschen sollten nie vergessen, daß sie den Krieg angefangen hätten und dessen Folgen nun tragen müßten. Unter einer anderen Perspektive versichern diese Interpreten indessen mit Nachdruck und gewiß nicht ohne Recht, kein Verbrechen könne durch ein früheres Verbrechen gerechtfertigt werden und das moralische Urteil über einen Tatbestand müsse von historischen Erklärungen und zumal von einem Wunsch nach „Aufrechnung" unabhängig sein. Ich meine, daß Apologien und Verharmlosungen dieser Art nicht akzeptiert werden können, weil ich es für eine unverzichtbare Aufgabe der Geschichtswissenschaft halte, weder das Triumphgefühl und die Rachsucht der Sieger noch die Demutsgesten oder den Trotz der Besiegten zu übernehmen, sondern sogar in der schwierigsten Situation jene Distanz zu erstreben, welche die elementare Voraussetzung der Wissenschaft ist.

Allenfalls hätte man das Gefühl des Aufatmens ob des Endes der Kriegshandlungen eine Art von „Befreiung" nennen können, aber dieses Empfinden herrschte ja auch unter den Soldaten der alliierten Armeen in dem besetzten Deutschland vor, das hinfort keine eigene Regierung mehr besaß, sondern von dem „Kontrollrat" der vier verbündeten Mächte regiert wurde. Nur die Insassen der Konzertrationslager und Zuchthäuser fühlten sich wirklich befreit, und es waren nur relativ wenige Deutsche, die inmitten der katastrophalen Verhältnisse das Empfinden der politischen Befreiung von einem tyrannischen Regime hatten.

Zwar versuchten später einige deutsche Politiker und vornehmlich der erste Präsident der „Bundesrepublik Deutschland", Theodor Heuss, die beiden Begriffe von „Katastrophe" und „Befreiung" zusammenzubringen und über ein „Entweder – Oder" hinwegzukommen, aber jedenfalls blieb die Frage unbeantwortet, was denn das für eine „Befreiung" sei, die für achtzehn Millionen Landsleute die Dauerkatastrophe des zweiten totalitären Regimes gebracht habe, welches die Unterworfenen zwinge, sich mit der einen der Siegermächte zu identifizieren und mit dieser gemeinsam das Kriegsende auf feierliche Weise zu zelebrieren. Noch die berühmte Rede des Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker am 8. Mai 1985 setzte diesen Vorrang des „Katastrophen"-Begriffs stillschweigend voraus und wollte ihm entgegenwirken, indem sie eine innere Verbindung zwischen dem 8. Mai 1945 und dem 30. Januar 1933 herstellte und damit den Deutschen eindringlich klarzumachen versuchte, daß sie eine entscheidende Mitverantwortung für die katastrophale Niederlage tragen müßten, weil sie, wenngleich nur mit knapper Mehrheit, das Ereignis der „Machtergreifung" Hitlers in freien Wahlen bestätigt hätten. Heute darf und muß man die Frage stellen, ob diese Rede, die damals so viel an Befremden, ja an Empörung zur Folge hatte, in der Gegenwart als „politisch unkorrekt" betrachtet werden würde, da sie die Deutschen „in Trauer um die getöteten Landsleute" dazu aufrief, „aller Toten" zu gedenken, und mit negativem Akzent von einer möglichen Beteiligung an Siegesfeiern sprach. Aber die andere Seite dieser Rede, welche „die sechs Millionen getöteten Juden" als „beispiellos" besonders hervorhob und dem Hinweis auf den „Stalin-Hitler-Pakt" mit der These entgegentrat, dadurch werde die „deutsche Schuld" nicht verringert, denn die Initiative sei von Deutschland ausgegangen, war zweifellos für den Redner die wichtigere und für die Öffentlichkeit die aufregendere.

Der Bundespräsident war gleichwohl kein einsamer Rufer in der Wüste. Schon zu Beginn der sechziger Jahre war in einem wissenschaftlichen Werk an die Stelle der bis dahin in der Diskussion vorherrschenden Frage, welche Personen und Umstände Hitler an die Macht gebracht hätten und welche Personen und Organisationen im Kriege die Träger des Widerstandes gegen Hitler gewesen seien, der Blick auf den internationalen Kontext einer „Epoche des Faschismus" gerichtet und dem nationalsozialistischen Versuch einer „Endlösung der Judenfrage" eine fundamentale Bedeutung für die Interpretation des Regimes zugeschrieben worden. Hervorstechende Gruppen der jüngeren Studentengeneration hatten Fragen und Auffassungen dieser Art akzeptiert, waren aber sehr rasch darüber hinausgegangen, indem sie sich den marxistischen Faschismustheoretikern der Weimarer Republik zuwandten und sich den Marxismus insgesamt so sehr zu eigen machten, daß ihre Kritik am „Kapitalismus" und an der

„westlichen Konsumgesellschaft" von der entsprechenden Kritik, die in der DDR geübt wurde, kaum zu unterscheiden war. Noch wichtiger war der Kreis der Sympathisanten, den sie vor allem unter dem Zeichen des amerikanischen Krieges in Vietnam fanden, und es gab in der Tat gute Gründe für die Annahme, nun endlich sei auch in Deutschland die repräsentative Demokratie oder das „Liberale System" so fest etabliert, daß sein eigentliches Wesen hervortreten könne: die Ermöglichung einer radikalen Wechsel- und Selbstkritik, die zu neuartigen Synthesen im Denken und Handeln führen müsse.

Aber Teile der Achtundsechziger-Generation übernahmen den stärker hervorgehobenen und auffallenderen Teil der Weizsäcker-Rede mit einem solchen Absolutheitsanspruch und mit so großem Einfluß auf weite Bereiche der Gesellschaft, daß heute Tatbestände und Vorgänge wirklich geworden sind, welche die Alleingültigkeit, ja die Alleinherrschaft der „Befreiungs"-Konzeption in sich schließen und welche für Richard von Weizsäcker im Jahre 1985 höchst befremdlich gewesen wären: Der Begriff des „Tätervolkes" hat sich in seiner expliziten und noch mehr in seiner impliziten Erscheinungsform so sehr etabliert, daß jede scharfe Kritik daran leidenschaftlich zurückgewiesen wird; in einer als „konservativ" geltenden großen Partei wurde die Frage aufgeworfen, ob man am 8. Mai auch der Leiden der Deutschen gedenken solle; dem Autor eines Buches, das die älteren Deutschen ob ihres angeblichen „eliminatorischen Antisemitismus" so gut wie ausnahmslos unter Anklage stellt, wurde von wichtigen Presseorganen und sonstigen Medien ein geradezu triumphaler Empfang bereitet; die sogenannte Wehrmachtausstellung mit ihrer höchst einseitigen Darstellung der Ereignisse und ihren nicht ganz wenigen falschen Zuordnungen von Bilddokumenten wurde in einigen Städten von höchsten Repräsentanten des Staates willkommen geheißen; sogenannte „antideutsche" Gruppen stellten sich den Gedenkfeiern zur Zerstörung Dresdens in lautstarkem Chor und mit der Aufforderung entgegen: „Bomber Harris, do it again!"

Dabei mochte es sich zum Teil um extreme und isolierte Erscheinungsformen handeln, aber es ist schwerlich ein Fehlurteil, wenn gesagt wird, in nahezu allen Reden zum 8. Mai trete der Begriff der „Befreiung" mit nicht geringerer Eindeutigkeit in den Vordergrund, als vor fünfzig und vierzig Jahren der Begriff der „Katastrophe" vorherrschend gewesen sei. Was zu Beginn der sechziger Jahre als Minderheitsmeinung einen isolierten Platz eingenommen hatte, schien sich nun zu einem machtvollen Konsens entwickelt zu haben, mit dem die jüngeren Deutschen auch nach der „Wiedervereinigung", die ihnen ohne Verdienst zugefallen war, sich von ihren Vätern und Großvätern als von einer Generation trennten, welche den Fortschritt und die Demokratie durch militärische Überfälle auf andere Staaten und durch Massenmorde an ganzen Völkern bekämpft habe.

Aber es gab trotzdem eine merkwürdige „andere Seite". Führende Vertreter der baltischen Völker des Ostseeraums machten darauf aufmerksam, daß sie – vor der Besetzung durch deutsche Truppen – im Jahre 1939/40 zu Opfern einer brutalen staatlichen Vergewaltigung geworden waren, und in Riga konnte man ein Museum besuchen, das eine Fülle von Zeugnissen aus dem Leben der in großen Massen verschleppten Gefangenen des „Gulag" und umfangreiche Gedenkbücher mit den Namen von dort Verstorbenen oder Vermißten enthielt, oft die Namen ganzer Familien. Der polnisch-jüdische Autor Ian T. Groß, dessen Buch „Nachbarn" über ein Pogrom von Polen gegen jüdische Einwohner des Ortes Jedwabne während der ersten Wochen des deutsch-sowjetischen Krieges viel Aufsehen erregte, hatte nicht lange zuvor in seinen Untersuchungen über die Verhältnisse im sowjetisch besetzten Ostpolen der Zeit von 1939/40 davon berichtet, daß die von der Roten Armee befreiten Weißrussen Tausende ihrer polnischen Nachbarn umgebracht hätten und daß die sowjetische Besatzungspolitik in Ostpolen „viel grausamer" gewesen sei als die deutsche im ehemaligen Westpolen. Und in Deutschland selbst erschienen nun erstmals Bücher, die nicht mehr bloß für die begrenzten Kreise der Vertriebenen, sondern für die große Öffentlichkeit die unbeschreiblichen Leiden und das massenhafte Sterben von Deutschen in den Wochen des Kriegsendes zum Thema machten, etwa die Darstellung des alliierten Luftkriegs gegen die Zivilbevölkerung durch den bis dahin durchaus „orthodoxen" Journalisten Jörg Friedrich



Anläßlich des 50. Jahrestages des Kriegsendes stellten Laienschauspieler einen Vertriebenenzug nach – er zog am 8. Mai 2005 durch Berlin.

www.gedenkzug.de

und die Schilderung der Torpedierung des mit Flüchtlingen überfüllten Dampfers „Wilhelm Gustloff" durch den immer noch ganz „links" eingestellten Nobelpreisträger Günter Grass. Weder das eine noch das andere Buch erhob eine explizite Anklage, aber in der übrigen Welt gab es ungewohnte Anklagen genug, so die Anklagen fast aller Muslime gegen die Amerikaner und Israelis als „Nazis" und die Anklagen des weltberühmten Linguisten Noam Chomsky gegen die amerikanische Politik in der dritten Welt, der Hunderttausende, ja Millionen von verhungerten Kindern zum Opfer gefallen seien. Und dem Historiker, welchem beim Studium der Akten eine Mitteilung der Wehrmacht aus dem Jahre 1942 in die Augen fiel, daß durch ein Attentat von Partisanen in Serbien fünfzig deutsche Polizeiangehörige getötet worden seien, mußte die Analogie zur Gegenwart unübersehbar sein, auch wenn er weit davon entfernt war, den amerikanischen „Krieg gegen den Terror" mit dem deutschen Vernichtungskampf gegen die Partisanen gleichzusetzen. Waren am Ende der Nationalsozialismus und Hitler doch bei weitem nicht so vollständig aus der Geschichte entfernt, wie es die „Literatur der Befreiung" anzunehmen schien? Hat sich nicht inzwischen weitgehend der „Antinazismus" zum Antiokzidentalismus fortgebildet? Aber es ist nun an der Zeit, zu den Begriffen „Katastrophe" und „Befreiung" zwei Sätze zu sagen, in denen die berechtigten Emotionen beider Seiten andeutungsweise einen Platz finden sollen.

Wer ohne Einschränkung dem Begriff der „Katastrophe" den Vorzug gibt, der rechtfertigt – gewollt oder ungewollt – den Nationalsozialismus auch in dessen ideologischem Kern, und wie empörend das wäre, will ich nicht durch Zitate aus „Mein Kampf", sondern durch die Anführung eines Satzes aus den Geheimreden deutlich machen, die Heinrich Himmler während des Krieges hielt: „Hier im Osten liegt die Entscheidung, hier muß der russische Gegner, dieses 200-Millionenvolk der Russen, militärisch und menschenmäßig vernichtet und zum Ausbluten gebracht werden". Schlimmeres, Abstoßenderes ist trotz Ehrenburg und Morgenthau in keinem Kriege je gesagt worden.

Wer sich ohne Einschränkung für den Begriff der „Befreiung" entscheidet, der versucht, sich auf dieselbe Ebene zu stellen, auf der die ehemaligen Insassen der Konzentrations- und Vernichtungslager ihre Stätte haben: seine Absicht, unter den Siegern Platz zu nehmen, ist geschichtswidrig, wenn nicht verächtlich.

Vielleicht sollten die beiden Begriffe zusammengebracht werden, so daß von einer „Befreiung durch die Katastrophe" zu sprechen wäre. Aber einer Prüfung dieses Vorschlages müssen noch einige Feststellungen und Reflexionen vorhergehen.



www.gedenkzug.de

Wenn der 8. Mai 1945 das Thema ist, ist zunächst eine Vorfrage unumgänglich: Um was für eine Art von Krieg handelte es sich bei dem deutschen beziehungsweise deutsch-italienisch-japanischen Teil des Zweiten Weltkrieges? Mit Sicherheit stand weder dieser Krieg im ganzen noch auch seine Vorgeschichte unter der offen proklamierten Parole einer Ausrottung der Russen durch „Ausbluten" und einer „Endlösung der Judenfrage" durch Massentötungen in Gaskammern.

Die einfachste aller Kennzeichnungen ist die folgende: es habe sich wegen der gewaltigen Differenz der Ressourcen an Menschen und Materialien zwischen Deutschland und den drei Weltmächten Großbritannien, Sowjetunion und USA um einen von vornherein aussichtslosen Krieg gehandelt. Hitler muß dann ohne weitere Untersuchung als Narr oder Verbrecher gelten, der erstaunlicherweise einen Schwarm von Verführten hinter sich herzog; mithin ging es in diesem Kriege nicht wirklich um eine Sache oder mehrere Sachen, und von einer „welthistorischen Bedeutung" kann keine Rede sein.

Aber in diesem Kriege steckten zweifellos auch die Impulse eines „Weimarer Krieges", den so gut wie alle Politiker der Weimarer Republik bei günstiger Gelegenheit zwecks Wiedergewinnung der verlorenen Gebiete von Westpreußen und Posen hatten führen wollen. Die qualitative Differenz gegenüber Weimar trat jedoch bald in den Blick: durch den Stalin-Hitler-Pakt als ein Abkommen über Teilung und Beherrschung Polens nach Analogie der Teilungen des 18. Jahrhunderts.

Ein weiteres Teilmotiv war der „Wilson-Krieg" zwecks Realisierung des in Versailles von den Siegern verweigerten Selbstbestimmungsrechts, also der Vereinigung mit Österreich und den deutschen Sudetengebieten, mithin der „Anti-Versailles-Krieg", der dem „Anti-Sèvres-Krieg" Kemal Paschas in der Türkei entsprach.

Seit der Besetzung der „Rest-Tschechei" im März 1939 war der Weg zu einem „Imperialkrieg" frei, der nach der besten seiner Möglichkeiten die Wiederherstellung des „Deutschen Bundes" bedeutet haben würde, aber von den „völkisch" orientierten Anhängern Hitlers mißbilligt wurde.

In den Gedanken Hitlers hatte dieser Imperialkrieg jedoch von Anfang an den Charakter des Krieges um „Lebensraum", das heißt eines Raubkrieges, der eine weitgehende Modernisierung der eroberten Gebiete allerdings nicht ausschloß und dessen nächstes Analogon der Krieg der USA gegen Mexiko von 1845 bis 1848 zwecks Aneignung von Texas, Neu-Mexiko und Kalifornien war. Aber wichtiger war für Hitler der Vernichtungskrieg gegen den Bolschewismus und das als dessen Urheber betrachtete Judentum mit dem ideologischen Ziel der Heilung der Welt von einer naturwidrigen „Wurzel des Bösen". Propagandistisch wurde dieser Krieg sehr hervorgehoben, aber seine Realität wurde nach Möglichkeit versteckt, soweit sie nicht ein Teil des Anti-Partisanenkrieges in Rußland war.

Jeder einzelne der Aspekte dieses Krieges, mit Ausnahme des letzten, konnte für große Mengen von Soldaten im Vordergrund stehen – viele Hunderttausende mochten glauben, für ein von den Versailler Fesseln befreites Deutschland zu kämpfen, und andere Hunderttausende mochten bereits ein unter deutscher Führung vereinigtes Europa vor Augen haben. Die „Endlösung der Judenfrage" war jedoch nicht *so* sehr verborgen, daß

die Behauptung richtig sein könnte, nur wenige hundert Menschen seien in dem riesigen arbeitsteiligen Ganzen wirklich daran beteiligt gewesen. Vermutlich darf man behaupten, daß eine Mehrheit von Deutschen 1941 dem Postulat zugestimmt hätte, das auch Hitlers früheste Forderung gewesen war, nämlich: die Juden – unter Einbehaltung oder Sozialisierung ihrer angeblich „geraubten" Vermögen – aus Europa zu „entfernen", das heißt zu vertreiben.

Aber es ist *nicht* richtig, daß dieser Krieg in seiner monumentalen Ganzheit von vornherein für Hitler verloren war: nach einer keineswegs bloß in Deutschland verbreiteten Überzeugung fehlten im Oktober 1941 nur vierzehn klare Herbsttage, bis Moskau erobert gewesen wäre, und den Engländern starrte noch im März 1943 nach eigener Aussage „die Niederlage ins Gesicht", weil die riesigen Schiffsverluste an die Grenze des Tragbaren gelangt waren. Es ist eine allzu bequeme Ansicht, daß Hitler den Krieg nicht hätte gewinnen *können*.

Und nun ist das ganze Gewicht der Frage evident: in welchen übergreifenden Zusammenhang dieser große Krieg gestellt werden müßte, in dem es um die bedeutendste aller Sachen ging, nämlich um die Zukunft der Menschheit im ganzen, denn daß ein „Europa Hitlers" und indirekt die Welt ein völlig anderes Aussehen gehabt hätten als das (Teil-)Europa von Churchill und Roosvelt, unterliegt nicht dem geringsten Zweifel.

Es ist ein Hauptkennzeichen der Reden zum 8. Mai 1945, daß sie, von marginalen Bemerkungen abgesehen, nicht hinter das Jahr 1933 zurückgehen und daß nirgendwo die These auch nur ernsthaft erörtert wird, größere Wichtigkeit als das Jahr 1933 habe das Jahr 1917 gehabt und folgenreicher als die sogenannte Machtergreifung des Nationalsozialismus in Deutschland sei die genuine, nämlich gewaltsame Machtergreifung des Bolschewismus in Rußland gewesen. Man scheut sich, diese Interpretation auch nur in Erwägung zu ziehen, weil die deutschen Nationalsozialisten unablässig gegen den Bolschewismus in Rußland und den Kommunismus in Deutschland polemisierten und man deshalb fürchten muß, in das Umfeld dieser Polemik zu geraten und möglicherweise gar der Sympathie mit dem Nationalsozialismus geziehen zu werden. Wenn überhaupt vom Verhältnis der beiden Bewegungen und Regime gesprochen wird, wird der Akzent ganz auf den Unterschied und auf den angeblich rein instrumentellen Charakter der nationalsozialistischen Feindschaft gelegt, welche die wahren Absichten machtpolitischer Art nur habe verdecken sollen. Aber die Geschichtswissenschaft darf sich durch politische Vermutungen oder Attacken nicht von ihrem Ziel abbringen lassen, geschichtliche Phänomene, zumal solche von welthistorischer Art, in einen erhellenden Zusammenhang zu stellen und soweit verstehbar zu machen, wie es ihr mit ihren Mitteln möglich ist.

Die Machtergreifung des leninistischen Flügels der sozialistischen Bewegung Rußlands, die sogenannte „Oktoberrevolution", mußte ein welthistorisches Ereignis höchsten Ranges sein, wenn es ihren Vorkämpfern und Anhängern gelang, sich während der überaus schwierigen ersten Jahre zu behaupten. Sie war ja ein Teil der sozialistischen Bewegung in Europa, und diese schien vor 1914 in unaufhaltsamem Vordringen zu sein, da sie an das „Proletariat", das heißt die wirkliche oder potentielle Volksmehrheit, zu appellieren vermochte, und ihre Wurzeln reichten tief in die Geschichte zurück, denn eine Präfiguration des Sozialismus waren die meisten Bewegungen gewesen, die immer wieder „die Armen" zum Entscheidungskampf gegen „die Reichen" oder die „Gläubigen" zum Streit mit den „Gottlosen" aufgerufen hatten und den künftigen Zustand von Gerechtigkeit und Gleichheit, das „Reich Gottes", vorhersagten. Die Sozialisten waren also keine bloß politische Bewegung, sondern sie verkörperten die älteste aller „Utopien", die Vorstellung von der einen, in familienhafter Eintracht und vollständiger Gleichheit der Individuen lebenden Menschheit. Friedrich Engels hatte kurz vor seinem Tode der deutschen Sozialdemokratischen Partei den Sieg für die Anfangsjahre des zwanzigsten Jahrhunderts vorhergesagt, und Sir Edward Grey, nach deutscher Meinung einer der entschiedensten Kriegstreiber, hatte, als sein angeblicher Krieg unmittelbar bevorstand, in tiefer Verzweiflung ausgerufen, nach diesem Kriege würden überall sozialistische Regierungen gebildet werden.

Zwar verhielt sich das sozialistische Proletariat dann beim Kriegsausbruch ganz anders, als erwartet worden war, und für die näch-



sten Jahre wurde die Verzweiflung zur Grundbestimmung von Lenin, Luxemburg und den anderen „revolutionären Sozialisten“, aber die gigantischen Blutopfer des Krieges und die Machtergreifung der Bolschewiki änderten die Situation auf fundamentale Weise. So erschienen die Bolschewiki als die erfolgreiche Spitze der „großen Friedenspartei“ in Europa und der Welt, und sie durften auf Sympathien zählen, die weit über den Kreis der sozialistischen Parteien hinausgriffen. Nie zuvor hatte es in der Welt so viel Enthusiasmus und so große Hoffnung auf das Eintreten eines völlig anderen Weltzustandes gegeben wie in den Tagen dieser Revolution und dann in der Zeit nach dem Kriegsende im November 1918. Sowjetrußland sei einer Riesenglocke zu vergleichen, die der ganzen Welt das Heil verkünde, sagte der englische Sozialist Tom Mann auf einem der ersten Kongresse der neugegründeten Kommunistischen Internationale, und Grigorij Sinowjew sah Anfang 1919 nach der Etablierung der Räteregierungen in Ungarn und Bayern die Weltrevolution in so raschem Fortschreiten, daß er zuversichtlich das Zusammentreten der kommunistischen Abgeordneten zum Siegeskongreß in Paris für das Frühjahr 1920 erwartete. Wenig später ließ sich Lenin von einem Parteikongreß bestätigen, daß die kommunistische Bewegung der ganzen bürgerlichen Welt einschließlich der sozialdemokratischen Parteien den Krieg erkläre, und er sagte voraus, daß seine Partei nach dem baldigen Sieg der Weltrevolution überall Bedürfnisanstalten aus Gold bauen werde, um den Triumph über den eigentlichen Feind, den „Mammon“, die auf dem Privateigentum beruhende und Konflikte sowie Kriege vielfältiger Art erzeugende Geldherrschaft anschaulich zu machen. Nichts ist daher verfehlter, als der bolschewistischen Revolution „Größe“ abzusprechen, das heißt den ernsten Willen, sich außerordentliche Ziele zu setzen und letzten Endes sich von der Absicht leiten zu lassen, die menschlichen Verhältnisse im ganzen, welche das Grauen des Weltkrieges verursacht hätten, grundlegend zu ändern und in diesem Sinne eine „Welterlösung“ herbeizuführen.

Aber dieser höchste Aufschwung eines auf den Sieg „des Guten“ ausgerichteten Idealismus war von Anfang an aufs engste mit höchst irdischen und materiellen Vorgängen verknüpft, nämlich mit der russischen Volksrevolution einer Friedenssehnsucht, die alle Angehörigen der „höheren Schichten“ für kriegsschuldig erklärte und häufig auf grausamste Art zu Tode brachte, etwa durch „Pfählungen“ von Priestern oder durch Verbrennung von Unternehmern in den Feuerungen ihrer Betriebe. Und die



www.gedenkzug.de

Sowjetregierung suchte solchen Exzessen nicht Einhalt zu gebieten, sondern sie verschärfte und systematisierte sie durch ihre Propaganda, und so wurden Dinge möglich, zu denen es nirgendwo, auch nicht im nationalsozialistischen Deutschland, Entsprechungen geben würde: ein Pope wurde hingerichtet, weil er eine Messe zum Gedenken an den nebst seiner Familie ermordeten Zaren gehalten hatte; eine frühe Unterstützerin der bolschewistischen Partei, Madame Popowa, mußte als „Klassenfeindin“ den Hungertod sterben; nach dem Attentat der Sozialrevolutionärin Fannija Kaplan auf Lenin im August 1918 fanden in vielen Städten Rußlands riesige Demonstrationen statt, denen Transparente mit Inschriften wie der folgenden vorangetragen wurden: „Für einen von uns müssen tausend von euch sterben.“ Und diese Exzesse der Reaktion auf die Schrecken des Krieges durften zugleich als Realisierung des marxistischen Konzepts der Klassenvernichtung gelten, freilich nur als unorthodoxe Realisierung, da in Rußland die von Marx zur Bedingung gemachte gesellschaftliche Voraussetzung der vollen Ausbildung des „Kapitalismus“ nicht gegeben war. Ein linksgerichteter Korrespondent der *Frankfurter Zeitung* beklagte das „Gräßliche“, das in allen Städten Rußlands vor sich gehe, nämlich die Vernichtung einer ganzen Gesellschaftsklasse, der Klasse der Gebildeten oder der „Intelligenz.“ Wenn der Terminus schon geläufig gewesen wäre, würde er vermutlich gesagt haben, daß sich in Rußland der schlimmste „Kulturbruch“ vollzogen habe, der überhaupt vorstellbar sei. Lenin aber sah die unvermeidbare Folge in positivem Licht: das bürgerliche Europa ängstige sich und zittere in allen Fugen, schrieb er, als nach dem Sieg im Bürgerkrieg die Rote Armee aus der Verteidigung heraus zum Angriff auf Polen ansetzte, der dann erst durch das „Wunder an der Weichsel“ scheiterte.

So riefen die bolschewistische Revolution und die Gründung eines Ideologiestaates, der sich das umfassendste überhaupt mögliche Ziel gesetzt hatte, ebensosehr unermeßlichen Schrecken wie tiefbewegende Begeisterung hervor, und ihr erstes Resultat, der ab 1923 konsolidierte Sowjetstaat als unerwartete Etappe auf dem Wege zu einem nach wie vor befeuernden Ziel, der einen und egalitären Menschheit, erwies sich als ein in höchstem Maße zwieschlächtiges Phänomen: marxistisch und unmarxistisch in einem; voller Idealismus und, trotzdem oder deshalb, nach einer Wendung Trotzkis zu „grausamster Chirurgie“ mit Blick auf die gesamte Gesellschaft bereit; nach seinem Selbstverständnis als Rätesystem die vollkommenste Form der „Demokratie“ und doch nach

einer Aussage Lenins beherrscht von dem „Körnchen“ der bolschewistischen Partei, welche gewillt war, die ganze Gesellschaft umzugestalten, das heißt jenen Bürgerkrieg zu führen, der später in den unfaßbaren Greueln der „Kollektivierung der Landwirtschaft“ und der erbarmungslosen Vernichtung der „Kulaken“ am klarsten, aber keineswegs zum erstenmal zum Vorschein kam.

Eins konnte indessen niemand in Abrede stellen, ob er nun den Enthusiasmus und die Zielsetzung glorifizierte oder den Schrecken bis zur Panik steigerte: daß es sich um ein präzedenzloses und wahrhaft welthistorisches Phänomen handelte.

Daß die restliche Welt auf die Herausforderung reagieren und kämpfen mußte, kann im Rückblick nur von denjenigen geleugnet werden, deren versteckte Parteinahme so ausgeprägt ist, daß sie die Kapitulation angesichts des nach Größe und Ressourcen übermächtigen Ideologiestaates wünschten, doch dazu zählte nicht einmal die Mehrheit der Sozialisten. Für den kämpfenden Widerstand aber existierten nur zwei idealtypische Möglichkeiten:

Man konnte im Vertrauen auf die innere Kraft des eigenen Systems der repräsentativen und pluralistischen Demokratie eine Politik des Entgegenkommens und des flexiblen Nachgebens betreiben, die zu einer Aufweichung der starren Ideologie des zum bloßen Gegner werdenden Feindes und zu einem „korrumpierenden“ Einfluß auf dessen notleidende, weil zu äußersten Rüstungsanstrengungen getriebene Bevölkerung führen würde – diese Konzeption gelangte bekanntlich in den frühen neunziger Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts zum Erfolg, aber erst, nachdem die Härten des „Kalten Krieges“ durchgestanden waren, der hauptsächlich von der am meisten bevorzugten und reichsten aller Mächte geführt worden war, von den Vereinigten Staaten von Amerika.

Es war aber auch möglich und sogar naheliegend, dem Bolschewismus einen ebenso militanten „Antibolschewismus von bolschewistischer Entschlossenheit“ entgegenzusetzen, der also antirevolutionär war und doch unverkennbar revolutionäre Züge aufwies, der nur den universalen oder globalen Friedensbegriff ablehnte, aber im Inneren der Nation oder sogar einer „rassisch“ begründeten Kultur den nach marxistischer Auffassung zentralen „Klassenkampf“ oder „Klassenkrieg“ durch die Herstellung einer stabilen Volks- oder Kulturgemeinschaft an ein Ende bringen wollte und der einem konkreten Feind ebenso die Vernichtung ansagen mußte, wie die Bolschewiki den „Bourgeois“ die Vernichtung angesagt hatten. Ihre Anhänger mußte diese Art des Antibolschewismus und Antimarxismus vornehmlich unter all denjenigen finden, die ausschließlich die *Schrecken* des Bolschewismus wahrnahmen und jenen Gruppen einer hochdifferenzierten Gesellschaft angehörten, welche von den Bolschewiki in Rußland mit relativ geringer Mühe vernichtet wurden: der Aristokratie, den Offizieren des Krieges, den Mittelschichten oder dem „Kleinbürgertum“, den immer noch zahlreichen, aber nicht die Masse der Bevölkerung bildenden Bauern.

Hier liegt der idealtypische Ort Adolf Hitlers und des Nationalsozialismus, und nur Unkenntnis, Parteilichkeit oder Voreingenommenheit können in Abrede stellen, daß die militante Abwehr eines militanten Angriffs in den Bereich des „Verstehbaren“ gehört, welcher der eigentliche Bereich der Geschichtswissenschaft ist.

Kaum irgendwo in der fast unüberschaubaren Literatur wird die innere Bezogenheit der jüngeren auf die ältere Bewegung thematisiert, und ich wüßte kaum mehr als einen Abschnitt in dem verdienstvollen und allgemein anerkannten Werk von Helmut Krausnick und Hans-Heinrich Wilhelm über „Die Truppe des Weltanschauungskrieges“ anzuführen, wo man folgendes lesen kann: „Ob Hitler und seine nächsten Berater sich (1940/41) wirklich vor der Weltrevolution gefürchtet haben, ist eher fraglich. Aber nicht nur sie trauten seit der Oktoberrevolution, der Kulakenverfolgung, den Säuberungen von 1937/38 und den Erfahrungen auf inner- und außerdeutschen Bürgerkriegsschauplätzen den Bolschewisten fast jede Grausamkeit zu. Den besten Schutz gegen bolschewistische Grausamkeit hatten die Nationalsozialisten jedoch stets darin gesehen, daß sie selbst früher und, wenn möglich, noch härter als ihre Gegner zuschlugen. Daß sie es auch bei dem, nach ihrer Meinung, voraussichtlich ‚letzten Gefecht‘ mit der ‚Internationale‘ wieder mit diesem Rezept versuchen würden, war zu erwarten.“

Es handelte sich indessen keineswegs nur um eine „deutsche“ Reaktion, und vermutlich gab es kein Ereignis in der Nachkriegszeit, das so weit in die Zukunft vorauswies, wie der Übergang des ehemaligen Führers der Italienischen Sozialistischen Partei, Benito Mussolini, zu der schon 1922 siegreichen Gegenbewegung des Faschismus. Jedenfalls wurde der Kampf zumal in Deutschland auf eine Weise geführt, die das genaue Gegenteil eines wissenschaftlichen Bemühens um „Verstehen“ war und für die etwa der folgende Satz kennzeichnend ist: der Bolschewismus sei „die gewaltigste Organisation der Unterwelt, des Verrats, der Verschwörung im Weltmaßstab.“

Ich gehe nun über alle Geschichtserzählungen hinweg und weise lediglich darauf hin, daß der Strom des Nationalsozialismus – wie schon derjenige des italienischen Faschismus – viele Quellen besaß und daß es sich um ein vielschichtiges und widerspruchreiches Phänomen handelte.

Die Fragen, die zum Abschluß ansatzweise zu klären sind, sind die folgenden:

(1) War der Nationalsozialismus in seinem eigentlichen und vornehmlich von Hitler verkörperten Kern tatsächlich in erster Linie ein militanter Antibolschewismus?
(2) War der Krieg, den Hitler seit dem 22. Juni 1941 gegen die bolschewistische Sowjetunion führte, ein konsequenter ideologischer Krieg?
(3) Wie kam es, daß ein aus einer Reaktion gegen soziale Vernichtungen erwachsendes Regime sich am Ende einer Vernichtung schuldig machte, die mit Recht als „singulär“, als Übergang in eine andere und schlimmere Dimension gekennzeichnet wird?

Auf die erste Frage läßt sich keine Antwort finden, die im strengen Sinne „beweisbar“ wäre. Daß ich die These bejahe, rührt nicht aus Spekulationen und Annahmen her, wie meine Gegner mir unterstellen, sondern aus einer intensiven, in den Jahren vor 1963 vorgenommenen Lektüre der frühen Artikel, Reden und Publikationen Hitlers, die mich allerdings dazu führten, den Begriff „Antimarxismus“ demjenigen des „Antibolschewismus“ vorzuziehen, weil Hitler zu keinem Zeitpunkt ein bloßer Politiker, sondern ein Deuter der Weltgeschichte sein wollte.

Auf die zweite Frage antworte ich: dieser Krieg war kein konsequenter ideologischer Krieg, denn dann hätte er an den unter Polen, Balten und Ukrainern weitverbreiteten Antibolschewismus anknüpfen und auf glaubwürdige Weise zu einem „Befreiungskrieg“ werden müssen. Aber der triviale deutsche Nationalismus, dem Hitler immer verhaftet blieb, ließ diese Möglichkeit nicht zur Entfaltung gelangen.

Zur dritten Frage ist folgendes zu bemerken: Es gab eine Vielfalt dessen, was der Nationalsozialismus zwecks „Säuberung“ Europas und vielleicht der Welt von angeblichen Krankheiten und Krankheitskeimen vernichten wollte: etwa die Erbkrankheiten, die als Dekadenz gefaßte moderne Massenzivilisation oder im Zuge der Fortsetzung des „Volkstumskampfes“ des neunzehnten Jahrhunderts die Selbständigkeit Polens. Aber der schärfste und entschiedenste Vernichtungswille musste sich gegen den Bolschewismus richten, ganz wie der Bolschewismus die Popen der Zarenzeit und die Imame der islamischen Regionen der Sowjetunion vernichtet oder mindestens bekämpft hatte und doch niemals vergaß, daß „der Kapitalismus“ oder „das Privateigentum“ der Hauptfeind war. Für Hitler hätte „der Kommunismus“ dieser Hauptfeind sein können, und nicht wenige seiner Äußerungen gehen in diese Richtung. Aber auch Deutsche konnten Kommunisten sein, und diese waren nicht auf den ersten Blick zu erkennen, anders als die Kapitalisten, die niemand für Proletarier halten konnte. Er benötigte daher einen anschaubaren Hauptfeind, der als Urheber des Bolschewismus und zahlreicher anderer Übel gelten konnte. Dieser anschaubare Feind war in dem Begriff des „jüdischen Bolschewismus“ enthalten, der keineswegs eine Erfindung Hitlers war, sondern ein in ganz Europa nach dem Ende des Ersten Weltkrieges geläufiger Begriff. Wenn man als bekannt voraussetzt, daß nicht nur die Männer der Einsatzgruppen der SS, sondern auch zahllose Angehörige der Wehrmacht als einer durch den Partisanenkrieg sehr beunruhigten und gefährdeten Armee von der engen Verbindung zwischen Partisanen und

Juden überzeugt waren, ist nun zu einer „Definition“ der Endlösung – von „Auschwitz“ – zu gelangen, die nicht über den Bereich des geschichtswissenschaftlich Verstehbaren hinausgeht: „die ‚Endlösung‘ war das biologisch umgeprägte, zugleich verengte und radikalisierte Gegenstück zu der vom Bolschewismus intendierten weltweiten Vernichtung des Bürgertums, der Unternehmerwirtschaft und der souveränen Staaten.“ Aber der im Rahmen dieses Krieges verstehbare, wenngleich nicht moralisch gerechtfertigte Bereich wird überschritten und die ganze Widersprüchlichkeit des Nationalsozialismus wird sichtbar, wenn über Belzec und Treblinka als Vernichtungsstätten des Ostjudentums hinausgegangen und Auschwitz als das Vernichtungslager für die europäischen Juden ins Auge gefaßt wird, die doch ganz überwiegend „Bürger“ waren. Der Nationalsozialismus ist daher als radikale bürgerliche Widerstandsbewegung gegen den antibürgerlichen, in moderne Termini gehüllten Utopismus der kommunistischen Bewegung unzureichend charakterisiert.

Aber bevor ich den letzten Schritt zu tun versuche, darf ich nicht davor zurückschrecken, einen Punkt zu berühren, der als ganz besonders „heikel“ gilt. Die Formel vom „jüdischen Bolschewismus“ ist zwar als entdifferenzierende Allgemeinaussage falsch, wie jede Aussage dieser Art falsch ist, aber wenn man sich an die Auffassungen wichtiger jüdischer Denker hält, besaß sie gleichwohl in der Realität ein Stück des Richtigen. Die früheste Aussage, in der von „Schuld“ die Rede ist, um den starken Anteil von Juden – nicht von „den Juden“ – zu kennzeichnen und zu beklagen, stammt von dem bedeutenden Historiker Simon Dubnow, und zwar aus dem Jahre 1918. Nach dem Zweiten Weltkrieg schrieb der große israelische Geschichtsdenker Jacob Talmon, den unterdrückten Juden des Zarenreiches hätten „zwei messianische Feuer“ geleuchtet: die Vorstellung von der Weltrevolution, welche allgemeine Gerechtigkeit schaffen werde, sowie an zweiter Stelle die Hoffnung auf Rückkehr in die uralte Heimat und die Schaffung eines eigenen Gemeinwesens oder auch Staates in Palästina. Er hatte keine Bedenken zu sagen, in der Revolutionszeit seien die Juden in Osteuropa vor allem als Kommunisten und damit als Staatsfeinde betrachtet worden und in jenen frühen Tagen sei der Eindruck herrschend gewesen, der Triumph des Bolschewismus in Rußland sei durch die visionären Qualitäten, das Engagement, das Organisationstalent und die technische Erfahrung der Juden zustande gekommen. Aber der Akzent ist positiv, denn es ist für Talmon selbstverständlich, daß es für Juden unmöglich ist, in einem Leben Sinn zu finden, das nur auf das Hier und Jetzt ausgerichtet sei und von dem messianischen Bestreben nichts wisse, ein „Licht für die Nationen“ zu sein. Und wer die Schriften des einflußreichsten Vorkämpfers der zionistischen Sache, Chaim Weizmann, kennt, der weiß, wie evident es für ihn war, daß die Juden die erbittertsten Feinde Hitlers gewesen seien, und zwar längst vor dem „Holocaust.“ Es ist ein Hauptmerkmal nicht bloß der deutschen Geschichtsschreibung zum „Dritten Reich“, daß sie sich der Feststellung verweigert, Hitler habe schon in seiner frühen Zeit mächtige Feinde gehabt, und zwar vornehmlich aufgrund seines Antibolschewismus und Antijudaismus. Deshalb blendet man nach Möglichkeit alles aus, was den Lesern den entsprechenden Eindruck vermitteln könnte. Man glaubt, auf diese Weise die Juden zu schützen und zu loben, aber in Wahrheit setzt man sie auf eklatante Weise herab, indem man ihnen den Anspruch raubt, Mitwirkende und nicht ausschließlich Opfer in den politisch-ideologischen Kämpfen des zwanzigsten Jahrhunderts gewesen zu sein. Nur so kann man ja Hitlers „Antisemitismus“ von seinem Antibolschewismus trennen und den „Judenmord“ zu einem selbständigen Thema machen. Nicht ganz selten erklärt man das eine wie das andere für bloße Obsessionen, so daß der Eindruck aufkommt, diese Darstellungen glichen jenen „gereinigten“ Versionen der französischen Geschichte, die während des *Ancien régime* für den jungen Thronfolger *ad usum delphini* geschrieben wurden.

Nach einem Jahrhundert, das ebenso blutig und schrecklich wie weltgeschichtlich entscheidend war, sollten die Vertreter aller einstmals kämpfenden Nationen und Kulturen auch zur Selbstkritik und damit zu Aussagen bereit sein, die in den eigenen Ohren hart klingen. Für deutsche Nationalisten, ja für nationalbewußte Deutsche, mag diese schwer zu vollziehende Härte bereits gegeben sein, wenn festgestellt wird, daß

Hitler von Anfang an einen falschen, geschichtswidrigen Weg einschlug, als er sich mit hochmütigen oder spöttischen Worten und auch mit konkreten Taten gegen die Emanzipationsbewegung der Kolonialvölker, der Frauen und der Schwarzen wandte, die sich heute in so überragendem, wenngleich von den überfliegenden Hoffnungen der Vergangenheit abweichendem Maße durchgesetzt haben und als deren Protagonisten er Kommunisten und Juden ebenfalls haßte – durch Hitler vollzog sich eben der letzte und nunmehr ideologisch begründete Selbstbehauptungskampf des souveränen Kriegerstaates, der jahrtausendelang die zentrale Realität der Geschichte und die Basis der „Kultur" gewesen war. Die Russen müssen sich heute eingestehen, daß die Überfülle von Anstrengungen und Opfern, die sie im Kampf für oder gegen den Kommunismus auf sich genommen haben, ohne dauerhaften Ertrag geblieben ist und ideell in eine Trümmerlandschaft geführt hat. Die Juden finden sich als zionistische Einwohner des Staates Israel mit den Aussagen einiger ihrer bedeutendsten Denker konfrontiert, daß der einstige Universalismus sich in der Enge eines Nationalstaates auflösen könnte oder bereits aufgelöst hat. Nur die Bürger des von der Natur und der Geschichte am meisten bevorzugten Staates, die Amerikaner, stehen als unbestrittene Sieger da, aber selbst sie sehen sich in jüngster Zeit von ernsthaften Selbstzweifeln gequält.

Welche Ausblicke auf die Zukunft einer fortwährenden Auseinandersetzung zwischen Universalismus und Partikularismus, zwischen einer primär kommerziellen „Globalisierung" und den Individualitäten von Staaten und Kulturen sich ergeben, ist hier nicht zu erörtern. Aus dem Rückblick in die Vergangenheit aber resultiert hinsichtlich der Interpretation des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkrieges ein doppeldeutiger Tatbestand: eine starke Tendenz unter den jüngeren Historikern geht dahin, die Geschichte des Nationalsozialismus als eine Geschichte von Verbrechen zu schreiben, und zwar unter Aussparung des übergreifenden Zusammenhangs des Kampfes der Ideologien und jener „Erfolge" sowie „Leistungen" Hitlers, von denen Sebastian Haffner gesprochen hat, ja ohne die Unterscheidung zwischen ideologisch begründeten Verbrechen und simplen Exzeßtaten, die häufig vorkamen, die aber auch im Dritten Reich streng verboten waren. Daraus können Festreden zum 8. Mai 1945 hervorgehen, die gleichwohl nicht selten eindrucksvoll und in der Darlegung von Fakten richtig sind.

Aber es gibt auch die Möglichkeit, die Geschichte des Nationalsozialismus als einen besonders ausgeprägten und dennoch sekundären Teil der „tragischen Verkehrungen" zu verstehen, die im zwanzigsten Jahrhundert so stark hervortraten und vielleicht noch immer nicht an ihr definitives Ende gelangt sind: die Verkehrung des bolschewistischen Enthusiasmus für die eine und egalitäre Menschenwelt in die enge und grausame Staatlichkeit der Sowjetunion und die Verkehrung des idealtypischen Widerstandes gegen eine überschießende und grob vereinfachende Ideologie in eine bloß entgegengesetzte und dann bis zu einer schlimmeren Version von Gleichartigkeit gelangenden Gegen-Ideologie auf der Seite des Nationalsozialismus.

Angesichts einer Kompliziertheit, die von den herrschenden Simplismen so wenig erfaßt wird, liegt es nahe zu sagen, der sechzigste Jahrestag des Kriegsendes müsse von denjenigen Deutschen, die nicht bereit sind, ohne Rest in der kommerziellen „Weltzivilisation" aufzugehen, in erster Linie als ein Tag der „nationalen Besinnung", des furchtlosen und trotz der in der Öffentlichkeit vorwaltenden Einseitigkeiten auch selbstkritischen Nachdenkens begangen werden.

Aber gerade wenn dieser Tag zugleich als ein Tag der „Befreiung" anerkannt werden muß, nämlich der Befreiung aus dem erstickenden Panzer eines Ideologiestaates, muß er um so mehr ebenfalls als ein „Tag der nationalen Trauer" aufgefaßt werden, an dem der vielen Millionen umgekommener Landsleute, aber auch derjenigen Nichtdeutschen gedacht wird, die von der herrschenden Meinung einem großen Vergessen überantwortet werden. Der Streit des Denkens um diese Fragen ist in meinen Augen besser und zukunftsvoller als der Konsens eines bequemen und häufig nur allzu opportunistischen Dogmatismus, der im letzten Jahrzehnt so sehr in den Vordergrund getreten ist und der die Deutschen veranlassen könnte, sich nach einem bekannten Vorbild zu den „Siegern der Geschichte" zu zählen.

Europa stottert – Eine finanzpolitische Analyse

von Wilhelm Hankel*

*Text auf der Grundlage eines Vortrages in Haus Rissen / Hamburg, gehalten am 28. Juni 2005

Das erste Mal betrat ich dieses traditionsreiche Haus am 5. Mai 1967. Ich war damals 38 Jahre jünger und auch genauso alt und berichtete *ex officio* als Chefvolkswirt der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) über die Erfahrungen mit der zehn Jahre jungen Entwicklungshilfe. Meine Botschaft konnte froher nicht sein: Noch ein bis zwei Dekaden öffentlich gesteuerter Kapitaltransfer – und der tiefe Graben zwischen Reich und Arm auf unserem Globus wäre geschlossen, die Welt glücklicher und sozial befriedeter denn je! Seitdem haben weitere vierhundert Milliarden US-Dollar (knapp fünfhundert Milliarden Euro heutiger Rechnung) Steuergelder den Weg von der Ersten in die Dritte und Vierte Welt genommen. Die Einsichten der Entwicklungshelfer in die Möglichkeiten der Armutsbekämpfung sind eindrucksvoll gewachsen. Doch der Graben ist noch tiefer und breiter geworden. Zwar geht es einigen Schwellenländern deutlich besser, doch die Aussichten für den Rest der im Armutsgürtel nördlich und südlich des Äquators lebenden Menschen sind düsterer denn je.

Was haben sie falsch gemacht? Die Globalisierung zwingt die Armen an Know-how, Technik und Lebensstandard zu importieren, was sie nicht haben. Das Geld dafür strecken wir ihnen großzügig vor. So jagt eine Schuldenkrise die andere, vernichtet jedes neue „Konsolidierungsprogramm" das bißchen Wohlstand, das sie sich gestern und vorgestern mühsam erarbeitet haben. Es fehlt den Armutsländern ein dem unseren vergleichbares, hocheffizientes Geld- und Finanzsystem. Sie müssen bei uns pumpen statt bei sich selber – ein Teufelskreis, der den Zyklus von Krise und Rückkehr in die alte Armut nicht zur Ruhe kommen läßt.

Nun könnte Abhilfe von uns kommen, denn wir verfügen über dieses finanzielle Hochleistungssystem. Das alte Europa hat es in Jahrhunderten entwickelt, dann in die einst Neue Welt exportiert und daraus alle seine Industriellen Revolutionen finanziert. Doch plötzlich stottert der Motor. Europas modernste monetäre Innovation, der Euro will nicht so recht in dieses Bild passen. Was haben wir, die Vorreiter des industriellen und finanziellen Fortschritts in aller Welt, falsch gemacht? In Dritter und Vierter Welt bedroht die Globalisierung den Fortschritt von außen – bei uns kommt die Gefahr von innen.

Die Europäer haben – wie weiland die Trojaner – das Pferd mit dem gefährlichen Inhalt im Bauch freiwillig und ohne Zwang hinter die alten Schutzmauern gezogen. Europa hat sich sein Globalisierungsproblem selbst geschaffen, indem es seine wirtschaftliche Integration, die Schaffung eines gemeinsamen Binnenmarktes mit grenzenlosen Güter-, Dienstleistungs-, Geld- und Kapitalmärkten, mit einer überstaatlichen Währung „krönte". Das war vor sieben Jahren (im Mai 1998). Damals wurde im Vorgriff auf den geplanten Euro der Währungswettbewerb zwischen den elf (inzwischen sind es zwölf) Mitgliedsländern der Euro-Zone abgeschafft. In allen zwölf Euro-Ländern gilt Euro = Euro. Was sich auf den ersten Blick so fortschrittlich, so europäisch und so beispielhaft für alle Welt ausnimmt, hat schwerwiegende und dem Publikum in der Euro-Debatte entweder verschwiegene oder falsch dargestellte Konsequenzen.

Die erste Falschdarstellung lautet, Europa schütze sich mit dem Euro vor den Gefahren aus Globalisierung und wirtschaftlicher Übermacht der US-Volkswirtschaft. Tatsache ist, daß sich Europa mit dem Euro überhaupt erst eine hausinterne, den eigenen Wohlstand gefährdende Globalisierungswaffe geschaffen hat. Mit dem Euro werden nicht nur alle Produktions- und Investitionsstandorte im Binnenmarkt gleich und austauschbar, sondern die in Ländern mit geringer Wirtschaftskraft sogar „gleicher als gleich". Sie können nämlich mit ihren – armutsbedingt – niedrigen Arbeits- und Sozialkosten und ihren, dank mangelhafter Infrastruktur, geringen Steuersätzen „werben". Immer mehr Unternehmen aus reichen, aber teuren Ländern folgen diesem Lockruf und verlagern Investitionen und Arbeitsplätze aus ihren angestammten Standorten dorthin: in die ökonomische Wüste. Was sich auf den ersten, und ebenfalls nicht richtigen Blick ausnimmt wie ein überfälliger und berechtigter Lasten- und Strukturausgleich, ist in Wahrheit nichts anderes als die Außerkraftsetzung elementarer Marktgesetze, die Absage an fairen und produktivitätsorientierten Wettbewerb und das Ende aller Hoffnungen auf einen stabilen Euro. Denn der Euro verwandelt in den armen Randländern der EU wirtschaftlichen Rückstand in einen Wettbewerbsvorteil. Nur resultiert die Standortattraktivität dieser Länder nicht aus hoher, sondern niedriger Produktivität. Denn sie ist es, die die von den Auslandsfirmen gerne genutzten niedrigen Löhne, Sozialkosten und Steuersätze ermöglicht. Nur: Wo früher das Währungsrisiko (die Abwertungsgefahren schwacher Währungen) für fairen Standortwettbewerb sorgte – wer investierte schon in einem Land oder einer Währung, in der er von einem zum anderen Tag zehn, zwanzig und mehr Prozent Kapital verlieren konnte? – können jetzt bei einem Währungsrisiko von Null mit dem Dumping von Steuern, Sozialbeiträgen und Löhnen glänzend Geschäfte gemacht werden. Ein fairer „Wettbewerb der Systeme" ist das nicht. Er geht voll zu Lasten der hochproduktiven und deswegen auch teuren Länder.

Doch ein Aufholprozeß für die schwächeren Länder kommt auf dieser Grundlage auch nicht zustande; denn die eingeschleusten Auslandsmittel und -kredite – sie gehen weit über das Ausmaß der inneren Kapitalbildung (Ersparnis) dieser Länder hinaus – heizen mit dem Boom die Inflationstendenzen des gesamten Landes und seiner Volkswirtschaft an. Die über das Dumping hereingeholten Standortvorteile gehen durch die permanenten Inflations- und Kostensteigerungstendenzen wieder verloren. Die Europäische Zentralbank (EZB) verschärft mit ihren Einheitszinsen für ihre Einheitswährung – sie sind für die Inflationssünder zu niedrig, für die Musterknaben der Stabilität (Deutschland, Frankreich, Niederlande) dagegen, zumal in „realer" (inflationsbereinigter) Rechnung, zu hoch – die Ungleichgewichte in dem ihr anvertrauten Währungsraum: Die einen werden zur Inflation verführt, die anderen in Stagnation und Arbeitslosigkeit verstrickt: eine Krise, die sich durch kein politisch wie demokratisch un-

vertretbares Kürzen an Sozialstaatsleistungen wegsparen oder gar lösen läßt!

Wer immer gesagt hat, und es noch immer sagt: Der Euro stärke Europa wirtschaftlich, treibe seine politische Integration voran und mache sie unumkehrbar, ist bereits heute widerlegt. Nach dem Fiasko mit dem Europäischen Verfassungsvertrag hat der Euro seine politische Geschäftsgrundlage verloren. Das vor den Referenden in Frankreich und den Niederlanden und dem britischen Vertagungsbeschluß geplante Europa kann und wird es nicht mehr geben. Der Euro kann es weder retten noch neu beleben. Das Projekt der europäischen Gemeinschaftswährung ist daher jenseits aller Europarhetorik neu zu bewerten. Was sind ihre *benefits* für die europäischen Völker und ihre Staaten und was ihre nicht länger wegzudisputierenden *costs*?

Damit kommen wir zur zweiten Falschdarstellung: Der Euro sei für Deutschland die „Reformpeitsche" schlechthin (Wolfgang Schäuble). Er zwinge, um im europäischen und globalen Wettbewerb bestehen zu können, dazu, die immer wieder aufgeschobenen oder verwässerten Reformen ohne Abstriche in Angriff zu nehmen. Tatsache ist, daß der Euro die Kosten dieser Reformen ins Unbezahlbare steigert. Man kann keiner demokratischen Regierung den Vorwurf machen, daß sie die sozialen (und unpopulären) Kosten selbst unerläßlicher Reformprojekte zu minimieren versucht, denn das ist ihre Pflicht. Niemand sollte verlangen, daß sie zur Zerreißprobe für Staat, Gesellschaft und die politische Ordnung des Landes werden. Das Schicksal der Weimarer Republik darf sich nicht wiederholen. In der Krise von 1931/32, als Kanzler Brünings rigorose Reform- und Sparprogramme der deutschen Währung den internationalen Status raubten, den Bankenapparat in die Zahlungs- und Kreditunfähigkeit trieben und die Arbeitslosigkeit auf über fünfundzwanzig Prozent ansteigen ließen, katapultierte die Krise (die schlimmste, die es je gegeben hatte) Hitler an die Macht.

Soweit wird es bei den jetzigen Spar- und Reformplänen nicht kommen. Dennoch muß sich jede künftige Bundesregierung, gleich welcher Couleur, fragen lassen, wie sie Rentenansprüche, sie erreichen bereits heute die Größenordnung von fünf, sieben bis sechs Billionen Euro (zweieinhalb Bruttoinlandsprodukte), bedienen will, wenn ab dem Jahr 2010 die Babyboomergeneration aus dem Erwerbsleben (und dem Kreis der Einzahler) ausscheidet? Es werden dann mit von Jahr zu Jahr steigender Tendenz Summen fällig, die weder mit Maastricht-Kriterien noch der rigiden und schematischen Geldmengen- und Zinspolitik der EZB vereinbar sind. Um sie auch nur annähernd aufbringen zu können – und zwar inflationsfrei und ohne den Staatsbankrott zu riskieren – wären langfristig stabile Wachstumsraten der Volkswirtschaft in Höhe von zweieinhalb bis drei Prozent per anno erforderlich, was einer Verdopplung des Bruttoinlandsprodukts in zwanzig bis fünfundzwanzig Jahren entspräche. Ein solches, auf Investitionen und Innovationen gestütztes gesamtwirtschaftliches Wachstum wäre ohne das Eurokorsett sowohl real wie finanzierungstechnisch möglich. Es würde weder am deutschen Kapitalaufkommen noch an den Steigerungsmöglichkeiten der Produktivität scheitern. Jahr für Jahr errechnet die jeder Schönfärberei unverdächtige Deutsche Bundesbank einen beträchtlichen Überhang der Geldersparnisse über die Sachinvestitionen (die letzten drei Jahre zusammengezählt betrug er eine halbe Billion Euro). Gestützt auf dieses Mittelaufkommen wären inländische Investitionsoffensiven im privaten wie im öffentlichen Sektor möglich, wenn die dafür erforderlichen Instrumente: Wechselkurs, Zins und flexible Haushaltsführung noch zur Verfügung stünden. Doch im Euro-System gibt es weder situationsgerechte Wechselkurse noch investitionsgerechte Zinsen, und der noch immer gültige Euro-Stabilitätspakt läßt keine bewegliche, antizyklische Haushaltsführung zu, wie sie das deutsche Stabilitäts- und Wachstumsgesetz und das Grundgesetz in Artikel 109 im Falle eines „gesamtwirtschaftlichen Ungleichgewichts" verbindlich vorschreibt. Das Euro-System gleicht einem Auto mit gedrosseltem Motor, starrem Lenkrad, aber überdimensionierten Bremsen, die man angesichts seiner geringen Fahrtgeschwindigkeit kaum braucht. Man hat es aus Furcht vor der Inflation konzipiert und darüber die viel realere Krisengefahr vergessen. Nicht der Sozialstaat ist unser Problem,



Ein anderes Europa – Unterzeichnung der Römischen Verträge, 1957

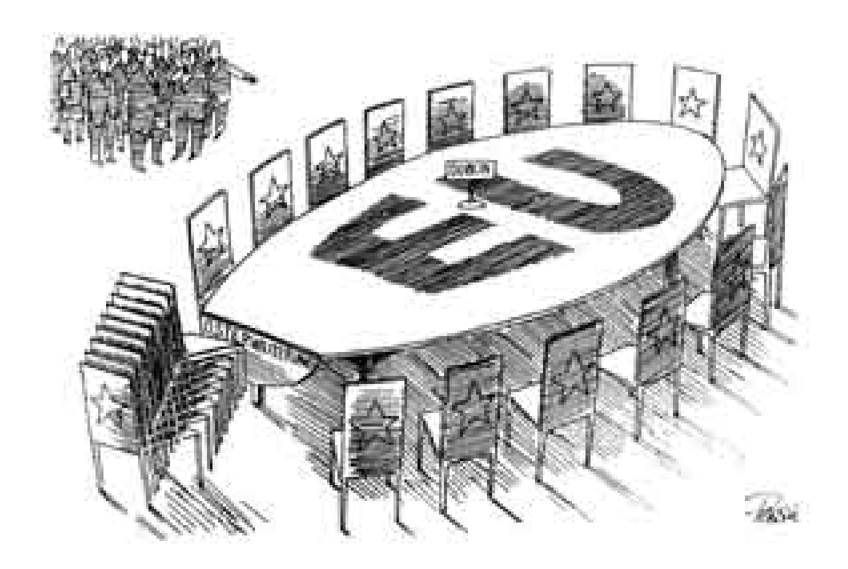
zumal man am Älterwerden von Menschen und der abnehmenden Zahl von Heiraten und Geburten politisch nichts ändern kann, noch es sollte. Was Deutschland zu schaffen macht, ist die sinnlose Paralyse der für Stimulierung und Verstetigung des gesamtwirtschaftlichen Wachstums benötigten wirtschaftspolitischen Instrumente. Diese Paralyse ist sinnlos, denn die Währungsunion blockiert bei den Mitgliedsstaaten, was sie auf ihrer Ebene gar nicht ersetzen kann! Und sie ist selbstmörderisch, denn ein Währungseuropa, das sich in Zukunft auf geschwächte Volkswirtschaften und politisch instabile Staaten stützen muß, wird weder seine Ziele erreichen noch seinen Zusammenhalt sichern können.

Damit ist zugleich die dritte immer wieder zu hörende Falschdarstellung angesprochen: Die deutsche Krise habe nichts mit dem Euro zu tun. Es hätte sie, weil struktureller Art, auch unter einem DM-Regime gegeben. Beweisen läßt sich das natürlich nicht. Aber gerade diese Argumentation blendet die mit der DM verschenkten Standortvorteile der deutschen Volkswirtschaft aus – von den psychologischen Effekten einer starken nationalen Währung auf das Investitionsverhalten der Unternehmen und das Konsumentenvertrauen nicht zu reden.

Die DM, eine Währung, die nur ein Risiko kannte: die Aufwertung, nicht die Abwertung, verschaffte Deutschland den Vorteil des nominal wie real niedrigsten Zinsniveaus in der EU und des für Ausländer günstigsten Investitionsstandortes – denn in DM-Anlagen gab es Kapitalgewinne, keine Verluste. Zugleich war jede DM-Aufwertung eine Realeinkommenserhöhung für Arbeitnehmer und Rentner, „eine Sozialdividendenausschüttung für das deutsche Volk“ (Karl Schiller), denn man konnte mit harter DM billig reisen und billig tanken. Die Exportwirtschaft kompensierte ihren Aufwertungsnachteil mit der Verbilligung ihrer Rohstoff- und Vorleistungsimporte, mit niedrigen Finanzierungs- und gebremsten Lohnkosten – wie gut, das zeigte der trotz nachhaltiger DM-Aufwertungen ungebrochene Anstieg von Exportvolumen und -überschuß während aller Vor-Euro-Jahre.

Für Europa und seinen Gemeinsamen Markt war die DM Leitwährung und Stabilitätsanker. Als Leitwährung hielt sie den Währungswettbewerb in Trab, als Stabilitätsanker hielt sie das Inflations- und Abwertungsrisiko der Partnerländer im Zaum; denn eine zu starke Abwertung zur DM bedeutete für sie nicht Korrektur der Inflation, sondern ihre Verschärfung. Der Europäische Binnenmarkt hat nie besser funktioniert als in seinen ersten vierzig Jahren (ab 1958) vor Einführung des Euro (1998/99). Kein Mitgliedsland klagte über Krisenimport oder Globalisierungsschäden – denn es konnte sie leicht abwehren über gegenhaltende Zins- und Wechselkurspolitik. Keine nationale Krise (und deren gab es etliche) sprang über auf Europa, denn man konnte sie national bekämpfen und trotzdem im europäischen Marktverbund verbleiben.

Letztlich war es ein schwerer Kunstfehler der Deutschen Bundesbank, der in den Krisenjahren 1992/93 – als es in Deutschland wegen der



Vor der Osterweiterung – Karikatur von 1996

Wiedervereinigung boomte, im übrigen Europa nicht – die noch keineswegs startklare Euro-Rakete zündete. Statt den inflatorischen Vereinigungsboom (wie bisher üblich) über eine weitere Aufwertung der DM abzukühlen, setzte man im Frankfurter Währungsareopag auf steil anziehende Zinsen. England, Frankreich, Italien und andere Partner monierten zu Recht, daß die deutsche Zins-Roßkur ihren Volkswirtschaften schade – sie mußten der deutschen Vereinigung wegen auf Wachstum und Arbeitsplätze verzichten. Damals kam das Gerede vom deutschen Währungs- und Zins-Imperialismus auf, das dann ein bekannter Hamburger (Helmut Schmidt) aufgriff, um den Euro in seiner Partei hoffähig zu machen. Der Rest der Geschichte ist bekannt.

Der Übergang von der DM zum Euro ist nicht nur für Deutschland ein Verlustgeschäft, er ist es für Europa. Der alte Kontinent steht vor dem Dilemma: Entweder nach der Schlacht um den Verfassungsvertrag die nächste um die Währungsunion zu verlieren oder umzusteuern; denn ein Pub, in dem der Gastwirt seine armen Gästen solange freihält, bis er selber pleite ist – lange bevor auch nur einer der Gäste selber zahlen kann – muß den Laden früher oder später schließen. Entweder der Wirt verriegelt die Tür, oder die Gäste bleiben weg. Selbst wenn die Regierungswirte die Türen offenhielten, warum sollten Gäste kommen, wenn es nichts mehr zu trinken gibt? Ihre Abstimmung per Geldschein, ausgeführt an den globalen Finanzmärkten, hat bereits begonnen. Die Währungsgäste wenden sich anderen, ergiebigeren Rast- und Trinkstätten zu. Ihr Votum wird stärker werden, wenn die Risse im europäischen Währungshaus nicht mehr zu übersehen sind.

Das Dilemma der EU ist, abzuwarten bis das auf schwankendem Grund gebaute Währungsgebäude einbricht – oder rechtzeitig für ein neues Europa auch eine neue Währungsverfassung zu planen.

Strategische Weitsicht beendet Schlachten, Projekte, Experimente, bevor sie für alle sichtbar scheitern. Der Euro ist als Ersatz für nationales, im Wettbewerb mit anderen nationalen Währungen stehendes Geld nicht zu halten – denn ein Geldwesen, das die Schutzfunktion oder richtiger -verpflichtung des Staates gegenüber seinen Bürgern blockiert, ist mit keiner demokratischen (rechts- wie sozialstaatlichen) Verfassung vereinbar. Der Euro, obwohl durch das Bundesverfassungsgericht, (im sogenannten Maastricht-Urteil vom 23. Oktober 1993) mit Vorbehalten sanktioniert, war von Idee und Konstruktion immer ein Gegenentwurf zum Modell des Sozialstaates und zu Ludwig Erhards „Sozialer Marktwirtschaft“. Erhard war es, der zusammen mit Charles de Gaulle der bereits in den Römischen Verträgen, der Geburtsurkunde des Europäischen Binnenmarktes, enthaltenen Idee eines gemeinsamen Europageldes den Garaus machte. Konsequenterweise verwenden auch die Texte der Maastricht-Verträge niemals das Adjektiv „sozial“ in Verbindung mit Marktwirtschaft, sondern immer das Adjektiv „frei“. Mit Neo-Liberalismus hat das natürlich nichts zu tun!

Die soziale Einbettung der Marktwirtschaft ist jedoch nicht nur ein Stück deutscher Tradition, sondern europäischer. Genau in diesem Punkt will sich ja der alte Kontinent vom kalten Marktradikalismus angelsächsischer Prägung unterschieden wissen. Die monetäre Konsequenz daraus ist, die Einbindung der Geldpolitik in das Gesamtinstrumentarium staatlicher Wohlfahrtspolitik mit den vier im Stabilitäts- und Wachstumsgesetz von 1967, dem gemeinsamen Erbe Ludwig Erhards und Karl Schillers, definierten Zielen: Wachstumssicherung, Geldwertstabilisierung, faire Einkommensverteilung und außenwirtschaftliches Gleichgewicht. Keines dieser Ziele läßt sich ohne Rückgriff auf monetäre Lenkungsinstrumente wie Zins und Wechselkurs auch nur annähernd verwirklichen.

Für die anstehende Neuordnung in der EU (Erweiterung, Vertiefung, Finanzplanung) bedeutet dies: Die Verantwortung für die Geldpolitik muß den Mitgliedstaaten zurückgegeben werden. Europäische Währungsunion und EZB müssen deswegen nicht aufgelöst, aber in ihren Funktionen und Aufgaben beschränkt werden. Es geht:

(1) um die Wiederherstellung der nationalen Währungssouveräni-tät: die Reaktivierung der alten Zentralbankgesetze und -statuten, die Wiedereinführung nationaler Geldscheine und -münzen;
(2) um die Neudefinition des in Maastricht geschaffenen „Systems Europäischer Zentralbanken“ (ESZB). Mit den nationalen Geldemissionsmonopolen entfällt das der EZB. Statt die nationalen Zentralbanken (NZB) zu refinanzieren, überwacht und koordiniert die EZB dann deren Politik aus gesamteuropäischer Sicht;
(3) die Herstellung eines multi-monetären europäischen Geldmarktes, an dem sich durch Währungswettbewerb einschließlich dem der globalen Geldmärkte die Wechselkurse der europäischen Währungen bilden. Sie können durch mit der EZB abgesprochene Interventionen der NZB korrigiert werden;
(4) um die Rückführung des Euro von einem für die Mitgliedstaaten „gesetzlichen Zahlungsmittel“ zu einer internen Verrechnungseinheit für EZB und NZB, analog der früheren ECU (Economic Currency Unit des Europäischen Währungssystems EWS der Vor-Maastricht-Zeit). EZB und NZB können sich darauf verständigen, die Schwankungsbreite „ihrer“ Währungen mittels Euro durch ein „Band“ zu begrenzen. Der neue Euro würde als Bemessungsgrundlage und Referenzwert für die Wechselkursstabili-sierung fungieren (Euro-Standard).

Diese im wesentlichen dem alten EWS der Vor-Euro-Ära nachgebildete Währungsverfassung würde die Vorteile des Währungswettbewerbs (fairer Standortwettbewerb, Verfolgung sozialstaatlicher Ziele) mit denen einer engen europäischen Währungskooperation verbinden. Das neue System knüpft an die vierzig Erfolgsjahre des Europäischen Binnenmarktes an, als jedes Land für seine Währung verantwortlich war und jede Währung die reale Leistung der Volkswirtschaft unverfälscht widerspiegelte.

Europa muß wieder werden, was es in der Vor-Euro-Zeit war: eine Gemeinschaft wirtschaftlich zusammenwachsender Nationen unter eigener nationaler Selbstbestimmung und Haftung: keine „Freihandelszone“, sondern die Wiedergeburt jenes Hansa-Bundes, in dem zu Beginn der Neuzeit freie Staaten, Städte und Kaufleute unter allgemein akzeptierten Regeln und Gesetzen die Grundlagen des europäischen Wohlstandes legten und verbreiteten. In einer solchen Hanse-Konzeption verlöre auch die geplante EU-Erweiterung viel von ihrem Schrecken – schloß die damalige Hanse doch große Teile des jetzt an die EU-Pforten klopfenden nördlichen wie östlichen Europa ein. Der alte Kontinent war niemals mehr ein Wirtschafts-, Kultur- und Lebensraum als zu jener Zeit.

Frankreich und das Ende der *laicité*

von Daniel L. Schikora

Wer hätte sich vor einer Generation vorstellen können, daß das quasi perfekte Modell einer Staatsnation, die Heimat der schwarzen Husaren der Republik, das Land der Revolution, das Frankreich von Napoleon und de Gaulle den Kurs eines multikulturellen Staats nach amerikanischem Vorbild ansteuern würde?

Alain Minc, *Epitres à nos nouveaux maitres*, 2003

In der Phase der „alteuropäisch"-amerikanischen Zerwürfnisse im Kontext des dritten Golfkrieges (Frühjahr 2003) gingen Neokonservative in den USA so weit, das Verdikt zu verkünden, Frankreich sei „kein westliches Land mehr". Dies wurde mit dem Umstand begründet, daß in vielen französischen Städten „junge Mädchen abends nicht mehr ausgehen können, zumindest nicht ohne Burka". Polemiken solcher Art hatten ihren konkreten Anlaß in der Befürchtung eines Wiederauflebens „neogaullistischer" Ambitionen eines französischen Schulterschlusses mit anti-amerikanischen Kräften im arabisch-islamischen Raum. Unabhängig davon jedoch legten sie, wenn sie als sozio-kulturelle Auswirkungen des islamischen „Integrismus" den Verlust des Genusses elementarer individueller Freiheitsrechte innerhalb der Grenzen eines säkularen europäischen Gemeinwesens anprangerten, den Finger in die Wunde einer Einwanderungs- und Integrationspolitik der vergangenen drei Jahrzehnte, die auch in Frankreich selbst vielfach als mißlungen beurteilt wird: Nicht weniger als die Laizität – eines der zentralen Verfassungsprinzipien der Französischen Republik – sieht sich gegenwärtig durch den Multikulturalismus zur Disposition gestellt.

Constanze von Krosigk: *Der Islam in Frankreich. Laizistische Religionspolitik von 1974 bis 1999*, in: *Politica*, Bd. 42, Hamburg 2000.

Um zu erfassen, warum die säkular-republikanische Mehrheitsgesellschaft die Herausforderung des Laizismus durch „kommunitaristische“ Tendenzen innerhalb der muslimischen Bevölkerungsteile Frankreichs als existentielle Bedrohung versteht, soll im folgenden zunächst die Historizität der *laicité* skizziert werden. Bereits im Verlaufe der Ersten (Großen) Französischen Revolution vollzog sich in Gestalt der Zivilverfassung des Klerus vom 12. Juli 1790 eine systematische Inkorporation der Kirche von Frankreich in den modernen Gesetzgebungsstaat. Die kirchenpolitischen Initiativen der Konstituante erfaßten – als Ausdruck des Willens, die Kirche von Frankreich als eine potentiell oppositionelle, dem *Ancien Régime* verpflichtete Formation auszuschalten – im Kern das Anliegen der *laicité*, der Befreiung des politischen Körpers der Nation von jeglicher Beeinflussung durch religiöse Institutionen. So hatte sich bereits in Art. 10 der Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte vom 26. August 1789 der Primat der Herrschaft des Gesetzes manifestiert: „Niemand darf wegen seiner Meinungen, auch nicht wegen seiner religiösen Meinungen behelligt werden, solange der Ausdruck dieser Meinungen nicht die vom Gesetz festgelegte öffentliche Ordnung stört.“

Verwirklicht wurde die Laizität in ihrer „klassischen“ Form in einer Phase der Vollendung der parlamentarischen Demokratie: in der III. Republik. Der Begriff der *laicité* (von griech. laikos = dem Volk angehörend), der sich ab 1873 auch in Lexika fand, diente der Bezeichnung einer Ordnungskonzeption, als deren zentrale Postulate (1) die Gewissensfreiheit des individuellen Einzelnen, (2) die Gleichheit aller geistlichen und religiösen Formationen vor dem Gesetz und (3) die staatliche Neutralität gegenüber den Religionen galten. Die Jahre 1880–1903 waren geprägt durch eine Reihe säkularistischer Initiativen, die unter anderem in einer Aufhebung des Verbots der Sonntagsarbeit, einer Aufhebung konfessioneller Friedhöfe, in einer antiklerikalen Modifikation des Scheidungsrechtes und insbesondere in einer Verdrängung des kirchlichen Lehrpersonals in den öffentlichen Schulen ihren Ausdruck fanden. Letzteres schuf die strukturellen Voraussetzungen für eine laizistische Neutralität des (staatlichen) Schulwesens. Diese gilt bis in die Gegenwart als ein zentrales Moment der nationalstaatlich-republikanischen Vergesellschaftung des Einzelnen gegenüber partikularistischen Formen der (religiösen) Vergemeinschaftung. Das Trennungsgesetz vom 9. Dezember 1905 markierte schließlich einen Triumph der laizistischen Bestrebungen der republikanischen „Linken“ über eine „Rechte“, die im Verlaufe der Dreyfus-Affäre (1894–1906) vielfach mit Klerikalismus, Antisemitismus und Republikfeindschaft identifiziert wurde. Art. 1 des Trennungsgesetzes – der *Lex Briand* – deklarierte die Religions- und Gewissensfreiheit; in Art. 2 hingegen wurde die Verpflichtung des Staates verankert, sich jeglicher Benachteiligung oder Bevorzugung irgendeiner Religionsgemeinschaft – einschließlich deren Finanzierung – zu enthalten.

Philippe Crevel/Norbert Wagner: *Laizität – Garant der politischen Stabilität Frankreichs oder Selbsttäuschung?* http://www.kas.de/publikationen/2004/3873_dokument.html.

Daß die *Lex Briand* den Vatikan zu einem (1924 revidierten) Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Frankreich veranlaßte, ist geeignet, zu veranschaulichen, inwieweit bereits unmittelbar nach der Verabschiedung dieses Gesetzes dessen verfassungspolitische Relevanz auch und gerade durch die politischen Antagonisten der Laizität erkannt wurde. Allerdings ließ sich der Prozeß einer Vergesetzlichung und verfassungsrechtlichen Verankerung der Prinzipien des Laizismus angesichts der innenpolitischen Konstellationen der III., der IV. und der V. Republik zunächst kaum aufhalten oder gar umkehren. Ernsthafte verfassungspolitische Versuche einer Revision der Laizisierung Frankreichs nach 1905 reduzierten sich wesentlich auf die Phase des Vichy-Regimes und wurden mit der *libération* 1944/45 naturgemäß Makulatur. In Art. 1 der Verfassung der V. Republik vom 4. Oktober 1958 wird die Laizität in den Rang eines Verfassungsprinzips erhoben: „Frankreich ist eine unteilbare, laizistische, demokratische und soziale Republik.“ In der V. Republik machte sich zudem ein tendenzieller Rückzug der katholischen Religionsausübung aus dem kulturellen Leben Frankreichs bemerkbar: Bekannten sich noch im Jahre 1960 sechsundachtzig Prozent der Franzosen zum Katholizismus, waren es im Jahre 2000 nur noch neunundsechzig Prozent; zu den praktizierenden Katholiken zählen sich hingegen nur zehn Prozent der Franzosen.

Ernest Gellner: *Nationalismus und Moderne*, Hamburg 1995.

Wie die französischen Debatten über die Anwendbarkeit des Verfassungsgrundsatzes der Laizität vor Augen führen, erschöpft sich die seit

Fernand Ouellet / Michel Pagé (Hrsg.): *Pluriethnicité, education et société. Construire un espace commun*, Quebec 1991.

dem Beginn der Kopftuch-Kontroverse (November 1989) in einer breiten Öffentlichkeit wahrgenommene Krise des laizistischen Selbstverständnisses der Republik nicht in einer Problematisierung der Widerstandsfähigkeit republikanisch-laizistischer Souveränität gegenüber konkurrierenden „theokratischen" Ordnungsansprüchen des (politischen) Islam. Wenn öffentlich Notwendigkeiten einer Modifikation des laizistischen Legitimationssystems und der mit diesem verbundenen Normen und Institutionen – insbesondere hinsichtlich des Schulwesens – thematisiert werden, so ist dies vielmehr mit einer Problematisierung eines Staats- und Gesellschaftsmodells in seiner Gesamtheit – der *République une et indivisible* – eng verflochten.

Johann Baptist Müller: *Religion und Politik. Wechselwirkungen und Dissonanzen*, in: *Beiträge zur Politischen Wissenschaft*, Bd. 95, Berlin 1997.

Hatte sich die „klassische" Integrationspolitik des republikanischen Frankreich gegenüber Migrantengruppen (wie gegenüber „autochthonen" ethnisch-regionalen Minoritäten) auf eine Assimilation an eine nationalstaatlich fundierte Zivilisation gerichtet, wird seit Ende der 1970er Jahre nicht nur ordnungspolitischen Postulaten einer Regionalisierung Rechnung getragen, sondern zusehends auch in der Einwanderungspolitik auf ein demonstratives Bekenntnis zu dem universalistischen Anspruch der „Kultur der Mehrheit" verzichtet. So tritt anstelle des Begriffs der Assimilation in öffentlichen Stellungnahmen französischer Politiker der Begriff der Integration – ein Ausdruck der Rücksichtnahme auf das Bedürfnis auch naturalisierter Einwanderer, eine Akkulturation an die Werte und Normen der französischen Mehrheitsgesellschaft unter den Bedingungen der Garantierung eines zivilen Handlungsspielraums zu bewerkstelligen, der es dem Einzelnen ermöglicht, sich dem Zwang einer vorbehaltlosen Identifikation mit der Mehrheitskultur des Aufnahmelandes zu entziehen.



Noch eine gewisse Idee von Frankreich – France, Bronzeplastik von Bourdelle

Über eine solche tendenzielle Angleichung der französischen Republik an einen zivilgesellschaftlichen Pluralismus hinausgehend, weisen die Resultate einer als fehlgeschlagen eingestandenen Integrationspolitik insbesondere gegenüber muslimischen Zuwanderergruppen, wie sie in den 1960er und 1970er Jahren aus dem Maghreb in Frankreich eintrafen, Züge einer „multikulturellen" Pluralisierung auf. Tendenzen zu einer Ghettoisierung unter ethno-religiösen Vorzeichen treten (unter anderem) im Departement Seine-Saint-Denis offen zutage. Sie werden in der Sicht einer republikanisch-laizistischen Staats- und Gesellschaftsauffassung als Ausdruck des „Kommunitarismus" gegeißelt. Der Begriff des Kommunitarismus dient der Bezeichnung des mit den Ordnungsansprüchen der Republik konkurrierenden Bestrebens einer (partikulären) Gemeinschaft, einen maßgebenden Einfluß auf Sozialisation, kulturelle Entfaltung und politische Organisation eines Teils der Staatsbürgernation auszuüben. In diesem Kontext werden das etatistisch-republikanische Assimilationsmodell Frankreichs einerseits und das ethno-pluralistisch ausgerichtete Integrationskonzept angelsächsischer Staaten andererseits einander antithetisch gegenübergestellt.

Bereits seit den 1980er Jahren hatte mit der Realität einer Konturen gewinnenden „multikulturellen Gesellschaft" ein für das republikanisch-zentralistische, „jakobinische" Frankreich grundsätzlich neuartiges Gesellschaftsmodell scheinbare Bruchlinien des parteipolitischen und weltanschaulichen Spektrums der Republik in Frage gestellt. Teile der ethnozentrischen nationalen Rechten traten nun, in Anbetracht der ethno-religiösen Identität von als nicht assimilierungsfähig oder -willig betrachteten Immi-

granten aus dem arabisch-islamischen Raum, sogar als Verfechter einer Verteidigung der republikanischen Errungenschaften der *laicité* auf, um – zum Zwecke einer Bewahrung französischer Identität unter Einschluß ihrer säkularistischen Momente – die (Staatsbürger-) Nation als *ethnos* zu propagieren; die antilaizistische Herausforderung durch den politischen Islam wäre demnach also durch staatsbürgerliche Exklusion von ethnisch-kulturell der französischen Mehrheitskultur inkompatiblen Einwanderern zu beantworten. Eine republikanische Linke wiederum sieht sich insofern vor ein politisch-legitimatorisches Dilemma gestellt, als die – demokratiepolitisch in ihrer Sicht naheliegende – Option einer „Reaktivierung der Bürgernation, der *nation citoyenne* durch großzügige Gewährung von Bürgerrechten für integrationswillige Einwanderer“ (Rudolf von Thadden) die Frage nach der Legitimation einer Unverhandelbarkeit des „geschlossenen“ (republikanischen) Laizismus aufwirft – jedenfalls insoweit dieser seitens muslimischer Einwanderer als ein „ethnozentrischer“ Oktroi der französischen Mehrheitsgesellschaft empfunden werden kann. So drängt sich die Frage auf, ob oder inwieweit die Auseinandersetzung mit dem politischen Islam einen Abschied von dem Axiom einer von ethnischen Bindungen weitestgehend emanzipierten laizistischen Staatsbürgernation zu begünstigen geeignet ist.

Michael Minkenberg und Ulrich Willems (Hrsg.): *Politik und Religion*, in: *Politische Vierteljahresschrift* Sonderheft 33/2002, Wiesbaden 2003.

Rudolf von Thadden: *Citoyenneté und republikanisches Bewußtsein. Fragen zur Auseinandersetzung mit dem Erbe der Revolution in Frankreich*, in: ders.: *Brückenwege nach Europa. Aufsätze und Essays*, Berlin 2003.

Der Islam in Frankreich jedenfalls wird auch von dezidierten Gegnern einer „kommunitaristischen“ Aufhebung des Prinzips der Laizität, wie dem früheren Innenminister Chevènement, nicht ausschließlich als eine Religion, sondern vielmehr als eine (fremdartige) Zivilisation begriffen, deren Werte- und Normensystem eine Herausforderung laizistischer Ordnungsprinzipien darstelle. Diese Sichtweise spiegelt sich auch in statistischen Verfahren zur Ermittlung der Zahl der in Frankreich lebenden Muslime wider, die auf dem Kriterium der Nationalität (respektive der ethnischen Zugehörigkeit) beruhen: Ein Franzose arabisch-maghrebinischer Abstammung wird als Muslim erfaßt. Der Bericht des Sonderausschusses zur Anwendung des Prinzips der Laizität in der Französischen Republik vom Dezember 2003 rechnet dem Islam in Frankreich fünf Millionen Gläubige zu, von denen rund fünfzig Prozent die französische Staatsangehörigkeit besitzen.



Der Gemeinschaft eine Stimme geben – muslimische Demonstration vor einer französischen Schule

Im Jahre 1981 garantierte eine Änderung des Assoziationsgesetzes von 1901 der Gründung ausländischer Vereinigungen Rechtssicherheit und schuf so die rechtlichen Grundlagen einer Institutionalisierung ethnisch-religiöser Identitätsbildung von Muslimen in Frankreich. Mehr noch: Durch staatliche Zuwendungen, die ethnozentrisch ausgerichteter Vereinstätigkeit zuteil wurden, mußten sich in vielen Fällen ethnische Minoritätenbevölkerungen aus dem arabisch-islamischen Raum in ihrem Bedürfnis einer Aufrechterhaltung kultureller Traditionen zuungunsten einer vorbehaltlosen „Assimilation“ in das durch den laizistischen Republikanismus geprägte Normensystem Frankreichs bestärkt sehen.

Auf der anderen Seite dokumentiert die im November 1989 durch die Kopftuch-Kontroverse ausgelöste Debatte über die laizistische Identität der Republik das Bestreben des offiziellen Frankreich, der Wortführer des Spektrums der etablierten Parteien sowie zahlreicher Exponenten des kulturellen Lebens, den Laizismus offensiv gegenüber „kommunitaristischen“ und „integristischen“ Tendenzen zur Geltung zu bringen. Diese Eintracht des Bekenntnisses zum Verfassungsprinzip der Laizität vermochte freilich nicht darüber hinwegzutäuschen, in welchem Ausmaße die ursprüngliche Stoßrichtung des Laizismus – die systematische Ausschaltung kirchlicher Institutionen und religiöser Assoziationen aus Angelegenheiten des Staates – gegenüber Neuinterpretationen laizistischer Grundsätze im Sinne der

Alain Finkielkraut: *Die Niederlage des Denkens*, Reinbek 1989.

Gewährleistung eines religiösen Pluralismus in Staat und Gesellschaft bereits als rechtfertigungsbedürftig galt. So wurde in den Kontroversen, wie sie innerhalb des *Parti Socialiste* sowie des Lehrerverbandes *Education Nationale* ausgetragen wurden, dem „klassischen“ laizistischen Etatismus das Konzept eines nicht-diskriminatorischen zivilgesellschaftlichen Pluralismus entgegengestellt, in dessen Logik ein (Rechts-)Anspruch auch kollektiver Identitäten auf gleichberechtigte Anerkennung als für die demokratische Republik konstitutiv anerkannt würde.

Yves Bizeul/Ulrich Bliesener/Marek Prawda (Hrsg.): *Vom Umgang mit dem Fremden. Hintergrund, Definitionen, Vorschläge*, Weinheim 1997.

Nach der Wiederwahl Präsident Jacques Chiracs und den für die „bürgerliche Rechte“ erfolgreichen Parlamentswahlen 2002 initiierte die neue Regierung die Konstituierung einer Dachorganisation der muslimischen Gemeinde. Die Schaffung des *Conseil Français du Culte Musulman* konnte zwar mit guten Gründen als Meilenstein auf dem Wege zu einer Gallikanisierung des in französischem Territorium präsenten Islam gewürdigt werden, warf allerdings die Frage auf, inwieweit eine Politik der aktiven staatlichen Förderung des Aufbaus einer solchen Dachorganisation den Prinzipien der Laizität kompatibel sei. Tatsächlich verbanden sich in der Institutionalisierung und Zentralisierung eines französischen Islam unter regierungspolitischer Anleitung Elemente der – prä-laizistischen – Religionspolitik Napoleons mit Legitimationsfiguren eines zivilgesellschaftlichen oder – in Ansätzen – sogar multikulturalistischen Pluralitätsverständnisses.

Norbert Wagner/Philippe Crevel: *Kommunitarismus in Frankreich: Das Ende des Integrationsmythos?* http://www.kas.de/publikationen/2004/5358_dokument.html.

Nicht nur mit Blick auf den Rechtfertigungsdruck, dem die Kooperation mit islamischen Organisationen ausgesetzt war, sondern auch anläßlich des virulenten Kopftuchstreits entschloß Präsident Chirac sich zur Berufung einer Kommission unter der Leitung des UDF-Politikers Bernard Stasi, deren Auftrag in der Erstellung eines Berichtes über „Die Anwendung des Prinzips der Laizität in der Französischen Republik“ bestand. Die Stasi-Kommission legte im Dezember 2003 ihren Bericht vor, der gravierende Verletzungen der laizistischen Normen und Prinzipien im Alltagsleben des gegenwärtigen Frankreich offenlegt. Als besonders schwerwiegende Verstöße gegen die Laizität werden unter anderem die verstärkte Bevormundung junger Frauen, die vom Sport und von jeglichem Vereinsleben ferngehalten werden, die immer wieder auftretende unmittelbare physische Gewaltanwendung gegen Frauen in Gestalt der Genitalverstümmelung sowie die antisemitischen Straftaten, denen die Angehörigen der jüdischen Gemeinde Frankreichs zunehmend seitens junger Muslime ausgeliefert sind, angeführt.

In seiner Rede vom 17. Dezember 2003, die sich mit den Ergebnissen des Berichtes der Stasi-Kommission befaßte und auf die das Augenmerk der gesamten französischen Öffentlichkeit gerichtet war, brandmarkte der französische Staatspräsident kommunitaristische Bestrebungen einer partikularistischen Vergemeinschaftung außerhalb der unteilbaren und laizistischen Republik als der Geschichte und den humanistischen Traditionen Frankreichs zuwiderlaufend. Durch den Bericht der Stasi-Kommission sah sich Chirac in seinem Bestreben, das Tragen von Kopftüchern in öffentlichen Schulen gesetzgeberisch unterbinden zu lassen, bestätigt. Andererseits nahm er – entgegen den Empfehlungen der Kommission – Stellung für einen Laizitätskodex und gegen eine Einführung zweier neuer Feiertage – Yom Kippur und Aid-El-Kebir –, die der freien Religionsausübung durch die jüdische und die muslimische Gemeinde Rechnung tragen könnten. Durch letztere Positionierung erteilte der Präsident einer Öffnung des regierungsoffiziellen Laizismus zu einem pluralistischen Konzept, in dem die Laizität zuvörderst als Garantie der gleichberechtigten Koexistenz religiöser Entitäten im öffentlichen Leben Frankreichs postuliert wird, eine Absage.

Nicolas Sarkozy: *La République, les religions, l'espérance. Entretiens avec Thibaud Collin et Philippe Verdin*, Paris 2004.

Mit Unterstützung einer breiten Mehrheit von Abgeordneten der Nationalversammlung ließ die französische Regierung wenig später ein Gesetz verabschieden, das auffällige religiöse Symbole, wie das Kopftuch, die Kippa und große Kreuze, aus öffentlichen Räumen verbannt. Doch selbst dieser auf den ersten Blick kämpferisch-laizistische Vorstoß läßt eine gewisse Unsicherheit im Umgang mit der Herausforderung des politischen Islam erkennen: Das im Februar/März 2004 durch Nationalversammlung und Senat angenommene Gesetz gegen das Tragen religiöser Zeichen (unter anderem) in den öffentlichen Schulen stellte sich augenscheinlich als eine Konsequenz der Auseinandersetzung mit den



Ein häßliches Ende der Idylle – Jugendkrawalle in Toulouse, Dezember 1998

antilaizistischen Demonstrationen islamischer Gruppierungen dar, wie sie seit 1989 in Gestalt der Kopftuch-Kontroverse offen geführt worden war. Gleichwohl strich der Gesetzgeber durch die analoge Ächtung auch jüdischer respektive christlicher Symbole eine Äquidistanz (nicht nur) gegenüber den drei monotheistischen Religionen heraus. Diese Äquidistanz freilich entspricht immerhin dem laizistischen Postulat einer Nichtanerkennung, im Gegensatz zu der Regierungspolitik einer ausdrücklichen Anerkennung der Existenz einer – in sich keinesfalls homogenen – islamischen Gemeinschaft auf französischem Territorium.

Daß den Prinzipien der laizistischen Republik ohnehin nicht allein durch gesetzgeberische Initiativen zur Geltung verholfen werden kann, macht der Fall Louis Chagnon deutlich. Weil Chagnon, ein Geschichts- und Geographielehrer am Collège Georges-Pompidou in Courbevoie (Hauts-de-Seine), ihm anvertraute Schüler mit der historischen Tatsache der Massaker, die auf Veranlassung Mohammeds an den Juden von Quraizah verübt wurden, konfrontiert und in diesem Zusammenhang geäußert hatte, der Religionsstifter habe sich „in einen Dieb und Mörder verwandelt", sah sich der Pädagoge durch einen Schulrat allen Ernstes einer „rassistischen" Äußerung beschuldigt; zudem wurde er durch einen Disziplinarausschuß gerügt. Im laizistischen Frankreich, dessen Nationalversammlung, ungeachtet auswärtiger Proteste, im Januar 2001 die ethno-religiös motivierte Verfolgung der christlichen Armenier im Osmanischen Reich 1915/16 offiziell als Völkermord verurteilte, erstatteten der *Mouvement contre le Racisme et pour l'Amitié entre les Peuples* (MRAP) und die *Ligue des droits de l'Homme* Anzeige gegen einen Lehrer, der es gewagt hatte, seinen Schülern gegenüber die Frühgeschichte des Islam mit Verbrechen gegen Juden in Verbindung zu bringen.

Wiliam Pfaff: *Die europäische Gefahr*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*. Heft 8/2003.

Als streitbarer Verfechter des „institutionellen" Laizismus gab Chagnon in einer im Februar 2004 in *Le Figaro* veröffentlichten Stellungnahme zu bedenken: „Der religiöse Glaube muß in der Privatsphäre bleiben und darf weder eine politische Waffe, noch ein Druckmittel sein. Man ist genötigt, festzustellen, daß die Demokratie in Frankreich ernsthaft in Gefahr ist: Daß ein bürgerlicher Lehrer vor Gericht gezerrt werden kann, weil er über Tatsachen und Handlungen einer vor vierzehn Jahrhunderten verstorbenen Persönlichkeit berichtet hat, beweist dies zur Genüge." Die Kampagne gegen Chagnon beleuchtet schlaglichtartig die Möglichkeiten einer radikalen Neuinterpretation universalistischer Begriffe, wie der Toleranz oder der Religionsfreiheit, infolge einer „Pluralisierung" der Laizität: Selbst die Ächtung des Antisemitismus und die öffentliche Verurteilung antijüdischer Gewalt kann – so legt das Verhalten der genannten Menschenrechtsorganisationen nahe – mit Blick auf religiöse Befindlichkeiten der in Frankreich lebenden Muslime einer „Güterabwägung" unterworfen werden.

Louis Chagnon: *Est-il permis de parler de l'islam à l'école?*, in: *Le Figaro*, 6. Februar 2004.

Die Neue Mitte – Aufstieg und Verfall

von Karlheinz Weißmann

In einem Referat vor dem Bergedorfer Gesprächskreis sprach Richard von Weizsäcker zum Thema „neue Mitte". Wesentlich ging es ihm darum, die Vorstellung zurückzuweisen, daß eine „neue Mitte" in Reaktion auf den gesellschaftlichen Strukturwandel entstanden sei; „neue Mitte", so Weizsäcker, gebe keine brauchbare Bezeichnung für ein politisches Lager her, es handele sich nur um ein „Schlagwort", einen „der in der Politik üblichen Etikettenschwindel". Das war 1973 und polemisch gewendet gegen Erhard Eppler, der den überraschenden Wahlerfolg der Sozialdemokratie im Jahr zuvor damit erklären wollte, daß Willy Brandt eine „neue Mitte" für sich und die Ideen der SPD gewonnen habe. „Neu" insofern, als die „alte Mitte" erledigt sei, und „Mitte" insofern, als diesseits und jenseits des Zentrums Radikalismen unerwarteten Zulauf erhielten. Gemeint war vor allem die „neue Linke"; von einer „neuen Rechten" wurde zwar gelegentlich gesprochen, aber sie spielte kaum eine Rolle.

Bergedorfer Gesprächskreis zu Fragen der freien industriellen Gesellschaft, Protokoll Nr. 44: *Die „neue Mitte": Schlagwort oder Strukturwandel?*, Hamburg 1973.

„Neue Mitte" sollte Abstand vom Radikalismus signalisieren, Distanz zum Utopischen, und den Beunruhigten ein Gefühl der Sicherheit geben. Sehr erfolgreich war das aber nicht, und die Formel verschwand rasch aus den politischen Diskussionen. Sie kehrte erst unter völlig anderen Bedingungen wieder: nach dem Ende des 20. als dem „sozialdemokratischen Jahrhundert" (Ralf Dahrendorf) und dem Kollaps des Ostblocks. Schon 1991 führte die FDP eine Tagung zum Thema durch, weil man in ihren Reihen glaubte, der natürliche Fokus entsprechender Tendenzen zu sein: Kern der „politischen", „aktiven" und – sogar – „theoriefähigen", weil „aristotelischen" Mitte, die nach dem Scheitern der „Extreme" als selbstverständlicher Sieger auf dem Platz blieb.

Aber den Liberalen gelang es nicht, den Begriff dauerhaft zu besetzen, denn die „neue Mitte ist eine linke“ (Otto Schily). In Deutschland hatte vor allem Gerhard Schröder die Parole aufgenommen und damit seinen ersten Wahlsieg auf Bundesebene erfochten. Das war symptomatisch insofern, als Schröder – typischer Vertreter der Achtundsechziger – von ganz links kam, indes verstanden hatte, daß sich ein genuin linkes Programm kaum noch durchsetzen ließ. Der Endsieg des Westens bedeutete die Alternativlosigkeit von Parlamentarismus, Kapitalismus, Bindung an die USA. All die schönen Träume von Basisdemokratie, alternativer Wirtschaft und Äquidistanz zwischen den Blöcken, die die achtziger Jahre beflügelt hatten, waren dahin.

Da hieß es umdenken, und das gelang mit verblüffender Leichtigkeit. So wie sich der größte Teil der Linken schnell mit der Wiedervereinigung arrangiert hatte, übernahm er auch alle möglichen „neoliberalen“ Konzepte. Wer eben noch vor der Allmacht ökonomischer Verwertungsinteressen gewarnt hatte, die Belastbarkeit des industriellen Systems erproben wollte und den einzelnen mühsam erzog, seine Interessen gegen die des größeren Ganzen durchzusetzen, den beherrschte plötzlich die Überzeugung, man müsse jeden gesellschaftlichen Bereich nach Marktprinzipien organisieren, sollte die Erfordernisse der Betriebe als vorrangig betrachten und von jedem mehr Anstrengungen und Opfer verlangen.

Bernd Guggenberger und Klaus Hansen (Hrsg.): *Die Mitte. Vermessungen in Politik und Kultur*, Opladen 1992.

Die Bürgerlichen waren von so viel Lernfähigkeit angetan. Schröder erschien als gerngesehener Gast in Unternehmerkreisen, Herbert Kremp zollte Joschka Fischer Anerkennung für seine Außenpolitik und in der Zentrale des Springerkonzerns diskutierte man launig die Kampagnen und Brandanschläge während der APO-Zeit. Diese Bewegung auf den Gegner zu hatte sich bei den Bürgerlichen abgezeichnet, nachdem ihre „geistig-moralische Wende“ gescheitert war und man unter dem Eindruck der „Lagerwahlkämpfe“ Möglichkeiten eines Kurswechsels sondierte. Es gab damals Gründe für die Annahme, daß Schwarz-Gelb dauernd Rot-Grün strategisch unterlegen bleiben würde, wenn der Union nur ein denkbarer Koalitionspartner blieb – die in ihrer politischen Existenz bedrohte FDP – während sich die Sozialdemokraten sowohl mit den Liberalen als auch mit den Grünen verbinden konnten. Der Generalsekretär der CDU, Heiner Geißler, entdeckte also die „weichen Themen“ (Frauen, Umwelt, Soziales) und suchte die „harten“ (Verteidigung, Außen- und Deutschlandpolitik, Wirtschaft) in den Hintergrund zu schieben.

Wenn er damit nicht vollständig durchdrang, hatte das wenig mit organisiertem Widerstand zu tun, mehr mit Trägheit. Die Basis wollte den großen Schritt ins Progressive, neuerdings allgemein Akzeptierte nicht mitgehen. Hier trat noch einmal die „alte Mitte“ auf, die die politische Mentalität der Nachkriegszeit entscheidend geprägt hatte, getragen von der „skeptischen Generation“ (Helmut Schelsky), die immer nur wußte, was sie nicht wollte. Das machte unempfindlich gegen ideologische Verführung, minderte aber auch die Gestaltungskraft. Kaum etwas hat auf das bürgerliche Lager so desorientierend gewirkt wie die allmähliche Aufzehrung aller Selbstverständlichkeiten aus den fünfziger und sechziger Jahren.

Die Bürgerlichen hätten „Neue Mitte“ gern selbst reklamiert, kamen aber zu spät. Da waren die anderen schon da, flott und postmodern und gleichgültig, sofern der Betrieb nicht gestört wurde. Wenn überhaupt nennenswert opponiert wurde, dann von links. Anfang der neunziger Jahre schrieb Hans Magnus Enzensberger in einem Essay: „Der Mittelweg der Republik hat sich, wenigstens vorläufig, als durchaus golden erwiesen. Die Mehrheit der Bevölkerung will von Abenteuern nichts mehr wissen … Der Appell an Einsicht und Verständnis gehört zum Habitus. Ausgewogenheit soll zwischen dem Falschen und dem Richtigen vermitteln. Ja, da und dort greift sogar der absonderliche Gedanke um sich, alle Widersprüche ließen sich lösen, wenn nur die Beteiligten zum ‚Dialog‘ bereit wären.“ Hinter dem Spott kaum verborgen, blieb die alte Feindschaft gegen das *juste milieu* spürbar, das seine Feigheit als Klugheit tarnte. Aber geholfen hat es nichts. Enzensberger ist selbst zu einem wichtigen Repräsentanten der „Neuen Mitte“ geworden, im Feuilleton des Klassenfeindes angekommen.

Hans Magnus Enzensberger: *Mittelmaß und Wahn. Gesammelte Zerstreuungen*, Frankfurt a.M. 1988.

Was man den Bürgerlichen als Modernisierung andiente, hat die Linke als historischen Kompromiß verstehen gelernt. Auch dafür gab es eine längere Zeit der Vorbereitung: Beginnend mit der Auflösung der K-Gruppen und der mehr oder weniger geglückten Integration ihrer Kader in

die Partei der Grünen, fortgesetzt im Sieg der „Realos" über die „Fundis" und vollendet durch den entschlossenen Schritt ins Arrivierte. Die Linke erfand sich neu als Erben des Liberalismus, betreute Klassikerausgaben und machte in Kulturkritik, nutzte den großen Einfluß auf den Kunst- und Literaturbetrieb nicht mehr nur für Agitation und Propaganda, sondern gab auch dem Zwecklos-Schönen Raum, und wandte sich schließlich sogar einem Gebiet zu, das ihr von Hause am fremdesten ist: den Manieren. Das alles hat dazu beigetragen, daß in den neunziger Jahren ein Konsens zu etablieren war, der – nach einer Formel Frank Schirrmachers – von Habermas bis Stoiber reichte. Was links davon stand, wurde geduldet, aber nicht zugelassen, was rechts davon stand, wurde nicht einmal geduldet. Die Politische Klasse, aber auch die Prominenz drumherum, bildet seither ein Ganzes von erstaunlicher Homogenität, sowohl, was den Stil des Auftretens, als auch, was die Inhalte betrifft. Es gibt keine Differenzen, sondern nur noch Nuancen, minimiert bis an die Grenze des Verschwindens.

Ähnliche Prozesse wie in Deutschland waren in den letzten zehn bis fünfzehn Jahren auch in anderen europäischen Ländern zu beobachten. Der Abschied der französischen Sozialisten von Mitterrand und die Akzeptanz der multikulturellen Gesellschaft durch Chirac, der Aufstieg von *New Labour* in Großbritannien und die Unverfrorenheit, mit der Blair das ihm nützlich erscheinende von Margret Thatcher übernahm, die Mäßigung der kommunistischen und der nationalistischen Parteien Spaniens und Italiens, das alles könnte man als Tendenz zur „Neuen Mitte" beschreiben. Im Grunde gibt es in Europa am Beginn des 21. Jahrhunderts nur noch Liberale, genuine und solche „après la lettre" (Jan-Werner Müller): Post-Faschisten, Post-Konservative, Post-Klerikale, Post-Sozialisten, Post-Kommunisten.

Jean-Christophe Rufin: *Die Diktatur des Liberalismus*, Berlin 1994.

Das muß man nicht erfreulich finden. Jean-Christophe Rufin, einer der interessanteren linken Politikwissenschaftler, veröffentlichte 1994 ein Buch unter dem Titel *Die Diktatur des Liberalismus*, in dem er darauf hinwies, wie erfolgreich das westliche System jeden Widerstand gegen sich korrumpiere und absorbiere und daß das bedenkliche Folgen nach sich ziehe. Die „liberale Kultur", so Rufin, verfüge „… über die einzigartige Fähigkeit, sich von dem zu nähren, was sich ihr widersetzt, alle Kräfte, die sie vernichten wollen, in zuträgliche Energien umzuwandeln, was gelegentlich so weit geht, daß sie sich ihre eigenen Feinde schafft und sie heimlich unterstützt, um sie sich dann zunutze zu machen". Das ist im Prinzip nicht neu, sondern wurde früher schon von Konservativen (etwa Juan Donoso Cortés) oder Sozialisten (etwa Georges Sorel) gesehen, aber die Diagnose hat eine gewisse Verschärfung dadurch erfahren, daß der Liberalismus auch seinen letzten und größten Feind fällen und verzehren konnte. Die Alleinstellung potenzierte die Gefahr und bot einer Ideologie, die ausdrücklich im Namen der Freiheit aufgetreten war, die Möglichkeit, den Zwang als politisches Mittel zu entdecken. Daß die Befürchtungen nicht aus der Luft gegriffen sind, ist daran abzulesen, daß parallel zum Aufstieg der „Neuen Mitte" ein Abstieg von Begriffen zu beobachten war, die mit Bürgerrechten, Selbstbestimmung und Pluralismus zu tun hatten. Die „Neue Mitte" vergaß nach ihrer Machtübernahme schlagartig jede Staatsskepsis und bediente sich unverfroren der Mittel direkter und indirekter Zensur.

Panajotis Kondylis: *Der Niedergang der bürgerlichen Denk- und Lebensform. Die liberale Moderne und die massendemokratische Postmoderne*, Weinheim 1991.

Indes wäre es falsch, ihren Siegeszug nur als Überbauphänomen zu deuten. In einer seiner besten Analysen der „massendemokratischen Postmoderne" hat Panajotis Kondylis vor entsprechenden Kurzschlüssen gewarnt und auch eine Interpretation der „Neuen Mitte" geliefert. Deren Aufkommen hielt er für zwangsläufig, weil sie einer notwendigen Adaptation an veränderte materielle Umstände entsprach: „Indem die Kulturrevolution in der selbstgefälligen Gestalt des Bürgerschrecks auftrat, erweckte sie bei vielen den Eindruck, sie könnte den Sturz des ‚Systems' herbeiführen. In Wirklichkeit war sie keine Revolution, sondern eine Anpassungsbewegung auf dem Weg zur reifen Massendemokratie. Ihr zentrales Begehren, die Selbstverwirklichung hier und jetzt zu erreichen oder zu erleben, entsprach strukturell einem wesentlichen Merkmal der massenhaft konsumierenden und hedonistisch ausgerichteten Massendemokratie. … So hat zum Beispiel die sogenannte sexuelle Revolution, von der Legitimierung der Perversion bis zur Abtreibungsfreiheit, der weiteren

Zersetzung der Familie und somit der weiteren Atomisierung der Gesellschaft und der Intensivierung der sozialen Mobilität gedient.“ Der große linke Aufbruch der sechziger Jahre hatte in dieser Perspektive nur den Zweck, letzte Widerstände gegen die Durchsetzung der modernen Konsumgesellschaft abzuräumen. Die Schwäche der gegenwirkenden Kräfte lag dann begründet in deren historischer Überholtheit und der Desertion jener Gruppen, die ahnten, welchen Profit man aus der unerwarteten Gelegenheit schlagen konnte.

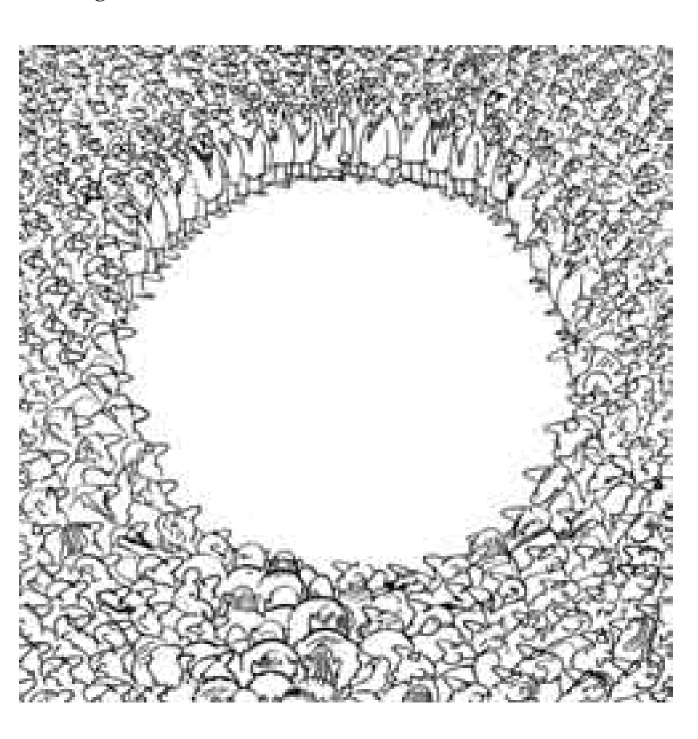


Triumph der alten Neuen Mitte

Wenn aber der Erfolg der „Neuen Mitte“ im Interesse des objektiven Fortschritts lag, dann bleibt irritierend, wie rücksichtslos sie die ökonomischen und sozialen Bedingungen zerstört hat, die ihren Aufstieg ermöglichten. Wachsende Verschuldung, wachsende Arbeitslosenzahl, wachsende Kriminalität, wachsende Einwanderung bei schwindender Investitionsbereitschaft, schwindender Disziplin, schwindender Rechtssicherheit und schwindender Bevölkerung sind Kennzeichen einer Lage, die nicht über Nacht entstand, sondern ihre Ursache in Fehlentwicklungen hat, die bis in die frühen siebziger Jahre zurückreichen, als man begann, die tradierte gesellschaftliche Struktur zu zerschlagen und verantwortungslose Ausgabenpolitik im Namen der „Fundamentalliberalisierung“ (Jürgen Habermas) zu betreiben. Die „Neue Mitte“ versteht sich als deren Erbin und durfte lange glauben, den Konsequenzen ausweichen zu können. Aber das ist jetzt vorbei. Mit der Demontage des Sozialstaats verliert sie den Zugriff auf ihre erfolgreichste Methode gesellschaftlicher Pazifizierung, und das muß politische Rückwirkungen haben. Die Wiederkehr der Flügelkräfte in Deutschland ist ein deutliches Symptom. So sehr man bezweifeln darf, daß von NPD/DVU und PDS/WASG konstruktive Vorschläge kommen werden, sie erscheinen doch als naheliegende Reaktion auf einen Prozeß, den die „Neue Mitte“ nicht mehr steuern kann.

Die Polarisierung folgt außerdem einer Entwicklung, die in den Nachbarländern schon weiter vorgeschritten ist. Hier wird das Zentrum seit zehn Jahren regelmäßig von den Flanken her erschüttert und haben sich Offenheit und Heftigkeit der Diskussion deutlich verschärft. Gekennzeichnet scheint die Situation vor allem durch das Mißtrauen des *demos* gegenüber der Politischen Klasse insgesamt und die radikale Kritik des wichtigsten gesellschaftlichen Umbauprojekts der letzten Jahre: Auflösung des Nationalstaats durch Integration in die EU einerseits und die Duldung oder Förderung des Multikulturalismus andererseits. Der niederländische Journalist Michael Zeeman äußerte im Hinblick auf das Abstimmungsergebnis zur Europäischen Verfassung in seiner Heimat, es beweise das Vorhandensein einer besorgniserregenden „Kluft zwischen dem politischen Establishment und der Wählerschaft“, aber das sei an sich nicht neu, sondern nur die Fortsetzung jener Entwicklung, die 2002 mit dem „Fortuyn-Aufstand“ gegen die ungeregelte Migration begonnen habe.

Jede Menge Platz in der Mitte



Man erkennt hier ein Zusammenspiel innen- und außenpolitischer Faktoren, das die „Neue Mitte“ neben der wirtschaftlichen Misere am stärksten unter Druck setzt. Außenpolitik hatte für sie immer etwas Verstörendes, so als ob sie jenseits diplomatischer Alltagsbeziehungen gar nicht vorgesehen wäre. Eigentlich glaubte man an

Weltinnenpolitik und dauernde Entspannung. Als sich das als Täuschung erwies, verlegte man sich aufs Experimentieren. Die Regierung Schröder konnte im einen Fall das amerikanische Argumentationsmodell für militärisch-moralische Interventionen übernehmen, im anderen ablehnen. Die Begründungen bildeten eine Melange aus Pazifismus und Realpolitik, nur die Anteile waren je verschieden. Schröder verlangt größeres Gewicht im Weltmaßstab, ist aber nicht in der Lage, zwischen Westbindung und kontinentaler Blockbildung zu entscheiden. Deutschland soll zwar „Motor" der europäischen Einigung sein, aber über das Wesen des projektierten Europas vermag man keine Aussage zu treffen. Abgesehen von gewissen Affekten, die seit langem ideologisch fundiert sind, läßt sich weder bei ihm noch bei seinem Außenminister eine Strategie erkennen, und hier zeigt sich noch einmal und besonders deutlich, was Stärke und Schwäche der „Neuen Mitte" zugleich ist: Konzeptionslosigkeit.

Konzeptionslosigkeit bedeutet Stärke insofern, als sie die Beweglichkeit in der Politik erhöht, alles zur Manövriermasse werden und jene Skrupel schwinden läßt, die sonst an der Instrumentalisierung von Menschen und Ideen hindern. In ruhigen Zeiten kann man damit weit kommen, und viele Erfolge der „Neuen Mitte" erklären sich wesentlich aus dem Nutzen solcher Chancen. Umgekehrt führen krisenhafte Entwicklungen regelmäßig dahin, daß die Frage nach der Legitimität politischen Handelns lauter gestellt wird, daß sich der einzelne – nachdem der Verweis auf das Funktionieren nicht mehr überzeugt – wieder klar darüber wird, daß es niemals nur um das „Wie", sondern immer auch um das „Warum" geht. In solchen Situationen genügen Konfliktvermeidung, geschicktes Marketing und Belohnung kaum, die ihre Wirkung sonst selten verfehlen. Das ist der Politischen Klasse durchaus bewußt, unklar bleibt aber, was man tun kann.

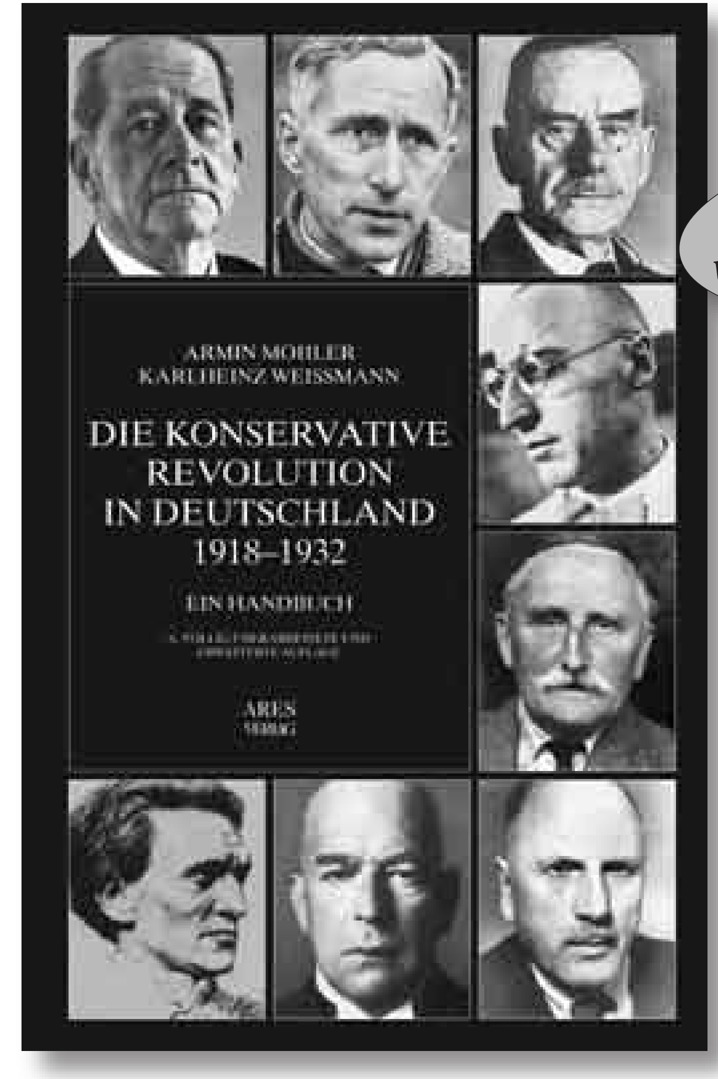
Einige möchten den einmal beschrittenen Weg fortsetzen und die „Neue Mitte" zu einer „libertären" Bewegung machen, die im Namen der „Autonomie" (Daniel Cohn-Bendit) jene Tendenzen radikalisiert, die bisher schon zur Auflösung der Bestände genutzt wurden, eine zweite Gruppe, vor allem in der Führungsspitze der SPD, will den Akzent verschieben, hin zu einer „linken neuen Mitte" (Franz Müntefering), um die Loyalität der Massen noch einmal mit den alten Methoden zu sichern, und eine dritte plant, qua „Rüttgerisierung" an die Macht zu kommen, die „Neue Mitte" ganz zu sich selbst zu bringen, wenn sie „Akteur einer mündigen Gesellschaft" (Paul Nolte) wird, und endlich allein zu bestimmen, was die „Mitte" ist.

Aber wird, wenn das gelingt, auch die gewohnte Prämie auf den Sieg gezahlt? Bisher konnte man diese Frage bejahen. Schon bei der eingangs erwähnten Veranstaltung des Bergedorfer Gesprächskreises wurde Helmut Kohl mit der Weisheit zitiert, die Union könne die Wahlen nur in der Mitte, aber nicht auf der Rechten gewinnen. Armin Mohler, der an der Diskussion teilnahm, kritisierte diese Auffassung allerdings unter Hinweis darauf, daß der Begriff „Mitte" so eine Bedeutung erhalte, die ihm nicht zukomme. Das Pathos der Mitte habe einen Sinn in traditionellen, religiös bestimmten oder monarchischen Gesellschaften, aber nicht unter den Bedingungen der Moderne, zu deren Realität die – geordnete – Konkurrenz verschiedener Gruppen um Einfluß und Macht gehöre. Heute der Mitte eine Präferenz zuzubilligen, bedeute den Kompromiß zur Norm zu erheben, auch wenn der Kompromiß in der Sache falsch oder gefährlich sei, und: Politik der Mitte bestehe dann „darin, daß die eine Partei an einem Tag zu einem bestimmten Problem ja sagt, am nächsten Tag nein, und dann wieder ja. Welches Ergebnis dabei herauskommt, hängt jeweils davon ab, an welchem Tag die Abstimmung stattfindet."

Hans Sedlmayr: *Verlust der Mitte. Die bildende Kunst des 19. und 20. Jahrhunderts als Symptom und Symbol der Zeit*, zuletzt Salzburg 1998.

Man könnte eine weitere Überlegung hinzufügen: Neben der Einteilung in Linke-Mitte-Rechte hat es seit der Französischen Revolution noch ein anderes, allerdings rasch wieder vergessenes Schema der politischen Zuordnung gegeben, das „Berg", „Ebene" und „Sumpf" unterschied. Die Berg- war die Bewegungspartei, die Ebene die Partei der Beharrung und der Sumpf die Masse dazwischen, ohne eigenen Willen, immer bereit, sich dem stärkeren Lager anzuschließen. So betrachtet, erscheint die Mitte als das, was sie ist: unselbständig und nur geeignet, die eine oder die andere Tendenz zu verstärken.

Das Standardwerk in neuer Bearbeitung von Karheinz Weißmann



Erstmals mit umfassenden Bildteil!

ISBN 3-902475-02-1
Armin Mohler / Karlheinz Weißmann

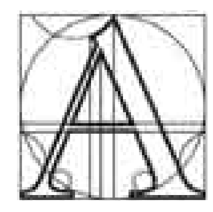
DIE KONSERVATIVE REVOLUTION IN DEUTSCHLAND 1918–1932

Ein Handbuch
6., völlig überarb. und erweiterte Auflage,
640 Seiten, 130 S/W-Abb.,
15 x 23 cm, geb. mit Schutzumschlag

Preis: € 48,–

Das in fünf Auflagen erschienene bio-bibliographische Handbuch (ursprünglich Wissenschaftliche Buchgesellschaft) von Armin Mohler ist längst ein Klassiker und unverzichtbares Hilfsmittel für jeden, der sich mit der Geschichte der rechten und konservativen geistesgeschichtlichen Strömungen während der Weimarer Republik beschäftigt.

Für die sechste Auflage wurde das Standardwerk von einem der profundesten Kennern der Materie, Karlheinz Weißmann, überarbeitet, in dessen Hände Mohler die Fortführung seines Werkes vor seinem Tod legte. Ohne den bisherigen Duktus des Buches zu ändern, hat Weißmann eine Fülle von neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen in diese Neuauflage einfließen lassen.
Über 350 Personen werden in Kurzbiographie mit ausführlicher Bibliographie vorgestellt, darunter Carl Schmitt, Ernst Jünger, Oswald Spengler, Thomas Mann, Edgar Julius Jung, Ludwig Klages, Hans Zehrer und der Tat-Kreis, Othmar Spann, Hans Freier, Stefan George, Hermann Löns, Hugo von Hofmannsthal, Gottfried Benn, Martin Niemöller, Ernst Niekisch u.a.



ARES VERLAG

Erhältlich in Ihrer Buchhandlung oder gleich direkt im Versand über:
„Bücherquelle“, Hofgasse 5, A-8011 Graz, Tel.: +43/316/82 16 36, Fax +43/316/83 56 12
E-Mail: office@ares-verlag.com, Internet: www.ares-verlag.com

Götzendämmerung? FPÖ und BZÖ

von Lothar Höbelt

Die FPÖ unter Jörg Haider hat in den letzten anderthalb Jahrzehnten des vergangenen Jahrhunderts eine in Europa, dem „alten Europa" zumindest, ziemlich einzigartige Stellung eingenommen: Sie war die einzige Partei auf der Rechten, der es gelang, das Protestpotential, das sich anderswo in neuen Bewegungen sammelte, von der *Lega Nord* im Süden bis zur norwegischen Fortschrittspartei im hohen Norden, mit dem Charakter einer altetablierten Traditionspartei zu verbinden, die seit Jahrzehnten ins politische Getriebe eingebunden war. (Allenfalls in Italien findet sich dazu mit dem MSI/AN eine Parallele – und mit der *Forza Italia* eine neue Bewegung, deren explosionsartige Dynamik alle anderen in den Schatten stellt.) Im Vergleich zur BRD, wo es von derlei neuen „rechtspopulistischen" Bewegungen keine so recht geschafft hat, obwohl oder gerade weil sich seit 1989 so viel änderte wie sonst nirgendwo, war die FPÖ damit ein Außenseiter. Betrachtet man sie jedoch als Traditionspartei, so stellt der „Bürgerblock", den es in der BRD seit Adenauer immer wieder gegeben hatte, in Österreich aber 2000 tatsächlich zum ersten Mal, ein bloßes Nachziehverfahren dar.

Ralph Vallon: *Harakiri – Die Selbstzerstörung einer Partei*, Wien 2003.

Diesem Janusgesicht der freiheitlichen Bewegung entsprachen auch die beiden inhaltlichen Schwerpunkte, die ihren Aufstieg kennzeichneten: zum einen die damals noch meist als „neokonservativ" bezeichnete Strömung, die in den achtziger Jahren mit Thatcher und Reagan in der angelsächsischen Welt ihre Triumphe gefeiert hatte, auf dem Kontinent und zumal in Österreich aber nur sehr zögerlich rezipiert worden war. Mit der Großen Koalition, der Schattenregierung der Sozialpartnerschaft, einem übergroßen Verstaatlichtenanteil und einer ziemlich einmaligen Durchdringung des öffentlichen Lebens mit Parteibuchwirtschaft gab es gegen entsprechende Vorstöße in Österreich auch Widerstände in einem überdurchschnittlichen Ausmaß.

Ausgelöst durch die massive Einwanderungswelle der Jahre 1990–93, begleitet auch von einer Verschärfung der Polarisierung, wie sie mit Haiders Abwahl als Kärntner Landeshauptmann 1991 einsetzte, schob sich dann aber in den neunziger Jahren das Thema Zuwanderung in den Vordergrund, das als Katalysator diente, um die FPÖ 1999 zur mit Abstand stärksten Arbeiterpartei zu machen. Eine gewisse Spannung zwischen beiden Stoßrichtungen war unverkennbar, aber nicht unüberbrückbar. Die Zuwanderungsfrage war hier nur ein Indiz dafür, daß die sozialdemokratische Arbeiterbewegung zum Teil von „Alt-68ern" und „Nadelstreifsozialisten" gekapert worden war, während sich die Gewerkschaften in den öffentlichen Sektor zurückgezogen hatten – und beide dem „Lohnabhängigen", dessen Arbeitsplatz von der Konkurrenzfähighkeit seiner Betriebe abhing, immer weniger Antworten zu geben vermochten. Ob von der Umverteilung, wie sie der moderne Wohlfahrtsstaat praktiziert, aber tatsächlich „der Arbeiter" profitiert, zumal der junge Facharbeiter, wie er in der FPÖ-Klientel stark vertreten war, muß ohnedies äußerst fraglich erscheinen.

Andreas Mölzer: *Jörg! Der Eisbrecher – Jörg Haider und die Freiheitlichen. Perspektiven der politischen Erneuerung*, Wien 1990.

Die sozial ausgewogene Zusammensetzung der FPÖ-Wählerschaft verhielt sich komplementär zur Mitgliederstruktur der ÖVP, mit ihren Schwerpunkten bei Bauern und Beamten. Dieser Charakter der „Allerweltspartei" war in Zeiten der politischen Konjunktur ein Vorteil, weil man den Gegner beliebig attackieren und stets auf dem falschen Fuß erwischen konnte. In der Defensive erweist sich dieser Mangel von Kernschichten hingegen als Nachteil. Bei ökonomischen Verteilungskämpfen waren Erosionserscheinungen da geradezu vorprogrammiert – was wohl mit ein Grund dafür sein dürfte, warum die Große Koalition und ihr großer Gegner beide liebend gern auf „Kulturkämpfe" auswichen.

Jörg Haider: *Die Freiheit, die ich meine*, zuletzt Berlin 1994.

Bei den Wahlen im Herbst 1999 wurde die FPÖ zweitstärkste, Anfang 2000 in Umfragen sogar stärkste Partei: Dann kam die Regierungsbeteiligung. Die Abkehr von der Großen Koalition wurde meisterhaft inszeniert; die internatonale Empörung verschaffte der neuen Regierung Schüssel ungeahnten Rückhalt durch einen „nationalen" Schulterschluß. Davon profitierte – keineswegs überraschend – die Kanzlerpartei ÖVP. Die überhöhten und zum Teil widersprüchlichen Erwartungen, die auf die FPÖ projiziert worden waren, konnten nicht alle erfüllt werden – die inhaltlichen nur mit Abstrichen, die persönlichen, die so mancher klammheimlich gehegt hatte, in Zeichen des Personalabbaus im öffentlichen Dienst schon gar nicht.

Verluste bis zu einem Drittel der Wählerschaft müsse man einkalkulieren, gab sich Haider anfangs realistisch. Doch die Leidensfähigkeit entsprach nicht der Erkenntnis. Haider hatte im Frühjahr 1999 eben erst seinen persönlichen Triumph in Kärnten erlebt, wo er zweiundvierzig Prozent errang und wieder zum Landeshauptmann gewählt wurde. Eine Koalition auf Bundesebene war nur möglich, wenn die FPÖ auf den Kanzler verzichtete – Haider tat es, legte sogar den Parteivorsitz nieder, mit welchen Hintergedanken auch immer. Das war sein historischer Moment – mit Beispielwirkung für Europa, wo in den nächsten Jahren gleich mehrere Regierungen mit direkter und indirekter Unterstützung der gesamten Rechten ins Amt traten.

Doch dann forderte das Menschlich-Allzumenschliche seinen Tribut. Nicht daß man hier eine neue Alleinschuld-These bemühen müßte. Wie Cäsar in Gallien hatte auch Haider seinen Koch dabei. Aber was immer enttäuschte Karrieristen, als gesinnungstüchtige *hardliner* getarnt, auch intrigierten, vom Unwesen der Sekretäre und Pressesprecher auf allen Seiten ganz zu schweigen, ohne sein Zutun (und das mag man als letztes Kompliment werten) wäre die katastrophale Entwicklung der letzten Jahre nicht denkbar. Der Ex-Obmann deckte der Regierungsfraktion nicht den Rücken, sondern machte sich in eklektizistischer Manier zum Sprecher des Unmuts. Den „Jörg, der sich was traut" (so der Slogan der Frühzeit) überfiel die Angst vor der eigenen Courage. Sorgsam darauf bedacht, sich von allen Maßnahmen, die unpopulär hätten sein können, zu distanzieren. Strukturell rächte sich das *lean management* und die Konzentration auf Augenblickserfolge. Haider war der Rommel seiner Partei – ein genialer Taktiker mit Instinkt, aber ohne Sinn für langfristige strategische Planungen.

Die Entladung folgte im Spätsommer 2002. Anlaß war die Flutwelle, die in der BRD Schröder ins Amt zurückspülte. In Österreich hingegen

schwemmte sie beinahe die Regierung weg, die aus diesem Anlaß die Verlegung einer Steuerreform ankündigte, um den Flutopfern zu helfen. Haider – sein Kärnten war von der Flut ja nicht betroffen – mobilisierte eine Mehrzahl der Parteitagsdelegierten gegen die Regierungsfraktion und die Vizekanzlerin Susanne Riess-Passer. Deren Sturz war vermutlich nicht sein Ziel, aber doch eine Inszenierung, die *urbi et orbi* seine Unentbehrlichkeit demonstrieren sollte. Seinen symbolischen Höhepunkt erreichte der innerparteiliche Rosenkrieg auf der Versammlung in Knittelfeld, als einer von Haiders Vertrauten ein Kompromißpapier, das Haider am Abend zuvor mit Riess-Passer ausgehandelt hatte, vor aller Augen zerriß und konfuse Delegierte dem Finanzminister erklärten, die Schuldenpolitik der Sozialisten sei ihnen lieber als sein ausgeglichenes Budget.

Vizekanzlerin, Finanzminister und Generalsekretär traten zurück; der Kanzler schrieb Neuwahlen aus. Während gelernte Österreicher schon mit dem Rückfall in die Große Koalition rechneten, behielt Schüssel die Nerven: Er zog mehr als die Hälfte der ehemaligen FPÖ-Wähler an sich, verhinderte eine Rot-Grün-Mehrheit und bildete im Frühjahr 2003 mit der Rest-FPÖ, die gerade noch zehn Prozent erreicht hatte, neuerlich eine Koalition.

Die „Knittelfelder" haben mit ihrer Unbeherrschtheit die Halbierung der Partei provoziert und machen seither in einer Serie von Verschwörungstheorien Gott und die Welt, die Waffenlobby oder den Kanzler für die Resultate ihrer Dummheit verantwortlich. Erstaunlich war ja nicht, daß die Partei seither unter einer Reihe von kaleidoskopisch wechselnden Vorsitzenden, zuletzt Haiders Schwester Ursula Haubner, allesamt ehrlich bemüht, aber von dem Spagat zwischen den Launen Haiders und den Anforderungen der Regierungsbeteiligung sichtlich gezeichnet, kein Terrain gutmachen konnte – erstaunlich und ein Indiz für die residuale Beharrungskraft der Lager war, daß Umfragen der FPÖ trotz katastrophaler Optik weiterhin etwa acht Prozent gaben. Haider selbst sicherte sich 2004 mit einer teuren Kampagne gegen würdige, aber inferiore Gegner noch einmal die Wiederwahl in Kärnten und brach dann 2005 mit seinen Kumpanen unter den Knittelfeldern – wobei er sich ausgerechnet Mölzer zur Zielscheibe erkor, der selbst wendig genug ist und mit seinem EU-Wahlkampf gerade erst einen unbestreitbaren persönlichen Erfolg erzielt hatte. Nach einem Hin und Her, das jede Spur der alten taktischen Brillanz vermissen ließ, zog er dieses Frühjahr schließlich eine neue Partei, das „Bündnis Zukunft Österreich" (BZÖ) aus dem Hut. Zwingender Grund für diese Flucht nach vorne ist keiner ablesbar. Was er sich dabei genau gedacht hat, muß man der Spekulation überlassen – wenn man sich in seiner Umgebung denn überhaupt viel dabei gedacht hat, Denken nämlich im Sinne rationalen Planens und nicht bloß schwammiger Wunschvorstellungen betrachtet. (Diese Ratlosigkeit verleitet Kommentatoren zu allerlei Verschwörungstheorien – wenn Mölzer und die Zeitgeistmedien dabei vielfach dieselben alten Hüte bemühen, spricht das Bände, doch für keinen von beiden.) Ohne das Bleigewicht der mühsamen Funktionärskader besser abzuschneiden, war plausibel allenfalls in Zeiten der Hochkonjunktur; im Abschwung erweist sich gerade die Organisation als Sicherheitsnetz: Sogar die sprichwörtliche Blinddarmfraktion – ständig erregt und zu nichts nütze – findet da einen Rest von Existenzberechtigung. Vermutlich war alles auch mehr auf einen Etikettenschwindel angelegt, einen PR-Gag, der überdies die Chance bot, einige lästige Kritiker loszuwerden – und wieder eine Zeitlang im Licht der Kameras zu baden.

Lothar Höbelt: *Kornblume und Kaiseradler. Die deutschfreiheitlichen Parteien Altösterreichs 1882–1918*, München 1993.

Die blauen, jetzt „orangen" Regierungsmitglieder und die Mehrheit des Parlamentsklubs (der formal bis heute seine Einheit bewahrt hat!) wiederum sahen in dem Manöver des innerparteilichen *les extrèmes se touchent* die Chance, ihre Kritiker zu spalten, den Teufel mit Beelzebub auszutreiben, und gegen die publizistisch agile, aber im Nationalrat bestenfalls mit ein oder zwei Mandaten vertretene Gruppe um Mölzer die gefährlicheren Kärntner auszuspielen, die mit ihren vier oder fünf Abgeordneten tatsächlich die Regierungsmehrheit in Gefahr bringen könnten. Diese Arithmetik erklärt auch das gottergebene Gebaren des Koalitionspartners Haiders Launen gegenüber.

Doch Haiders Nimbus war außerhalb Kärntens schon zu sehr angeschlagen. Nur „sein" Kärnten folgte Haider; zwei wichtige Länder

(Oberösterreich und Vorarlberg) erklärten sich für neutral beziehungsweise bis auf weiteres selbständig; sechs von neun verblieben bei der alten FPÖ. Gelungen ist ihm tatsächlich, die Fronten des Jahres 2002 – pro und contra Regierungsbeteiligung – aufzubrechen. Das Resultat erinnert an den Vers über die Spaltung der DDP 1930: „Koch schlug, was übrig war, entzwei / und nannte es die Staatspartei." Die innerparteilichen Fronten sind von Bundesland zu Bundesland verschieden. Die „alte" FPÖ gibt sich seither beleidigt und oppositionell, weil nicht mehr im Kabinett vertreten, doch alle ihre Abgeordneten (bis auf eine) stehen treu zur Regierung; die orange BZÖ gibt sich regierungsfreundlich „konstruktiv" – und doch lauern alle Journalisten bloß auf den Tag, wo die Kärntner wieder der Koller überfällt. All diese seltsamen Allianzen stellen politologisch eine höchst interessante Versuchsanordnung dar – ob sie die Glaubwürdigkeit beim nicht einschlägig interessierten Wähler erhöhen, ist schon nicht einmal mehr die Frage. Alle Versuche, das Chaos ideologisch zu behübschen, fallen dabei wenig überzeugend aus: Das BZÖ ist wenigstens ehrlich genug, nicht einmal ein Programm aufzustellen – wer weiß schließlich, was Haider bis zur Drucklegung wiederum neues einfällt. Die FPÖ verläßt sich im Zweifelsfall auf EU-Themen – die ohnedies nicht in Österreich entschieden werden, was ihre Relevanz umso mehr in Frage stellt. Ordnungspolitisch wären Mölzers Leitartikel in einem Aufsatzwettbewerb der Ebert-Stiftung durchaus preisverdächtig. „Hardliner" und „Umfaller" kaschieren dabei nur notdürftig das verzweifelte Bemühen, irgendwo wiederum politischen Boden unter den Füßen zu bekommen.

Das BZÖ wird, so oder so, mit Haider verglühen. Die FPÖ könnte theoretisch an die Honoratiorenpartei der Vor-Haider-Ära anknüpfen – müßte dazu freilich an die gesamte Breite des nationalliberalen Spektrums anknüpfen. Ihr junger, nicht untalentierter Obmann Heinz-Christian Strache hat anfangs einige Zeichen in diese Richtung gesetzt, doch inzwischen dominiert Bunkerstimmung: Man erlaubt drittklassigen Apparatschiks – *nomina*, und nicht nur diese, *sunt odiosa* – der BZÖ durch Schikanen und Ausschlüsse gegen alle noch Schwankenden überflüssigerweise Anhänger und Abgeordnete zuzutreiben und führt mit Winkeladvokaten und Schlosserwerkstätten vor dem kleinen Bezirksgericht Krieg um Parteilokale und Schulden. Der Versuchung, sich als *duro e puro* zu stilisieren, als die einzig Gesinnungstreuen mit Charakter und Rückgrat, die endlich ihren Weg durchsetzen, von dem sie bloß nicht wissen, wo er hinführt, erscheint offenbar unwiderstehlich. Hält diese Tendenz an, so droht der FPÖ als Kombination findiger nationaler Devotionalienhändler mit bieder-apolitischen Tolpatschen ein Schicksal in der Nachfolge der bundesdeutschen Möchtegern-Rechtsparteien.

Lothar Höbelt: *Von der „vierten Partei" zur „dritten Kraft". Die Geschichte des VdU*, Graz und Stuttgart 1999.

Einen möglichen Ausweg könnten die Regionalwahlen im Oktober zeigen, die fast die Hälfte der österreichischen Wähler erfassen. Vor allem werden sie eine Klärung der Größenverhältnisse bringen, die mangels Masse in der Demoskopie nicht mehr präzise wahrgenommen werden können. Die Wahlen finden auf für die BZÖ ungünstigem Terrain statt; seine übereifrigen Wiener Anhänger haben Haider da in Zugzwang gebracht. Die Niederlage müßte der BZÖ den Rest geben – wenn Haider nicht den Trumpf im Ärmel hätte, daß seine BZÖ sich um die vier-Prozent-Klausel – wie sie in Österreich gilt – nicht zu kümmern braucht, weil sie in Kärnten auf ein Direktmandat hoffen darf. Die FPÖ könnte den Wiedereinzug in die Landtage schaffen. Ob man ihr das wünschen soll? Im Prinzip: ja – wenn sie es einem nicht gar zu schwer macht: Der Appell an die Lagersolidarität tut seine Wirkung nur, solange man ihre Parteizeitung (oder ihren Generalsekretär) nicht zu Gesicht bekommt. Vielleicht bedarf es schallender Ohrfeigen für beide Teile – als Anlaß zur Wiedervereinigung, für die im Hintergrund so ziemlich alle *Elder Statesmen* der Partei eintreten. Wenn einige Hauptprotagonisten der jüngsten Grabenkämpfe dabei auf der Strecke blieben, wäre der Verlust zu verschmerzen. Als vor genau fünfzig Jahren die Vorgängerpartei der FPÖ, der „Verband der Unabhängigen", vor einer ähnlichen Lage stand, fanden die Konflikte wenigstens noch hinter verschlossenen Türen statt, nicht im Hauptabendprogramm. Auf dem Höhepunkt der Krise sperrte die Industriellenvereinigung damals die Gelder. Das wirkte Wunder. Ein ähnlicher *Deus ex machina* läßt sich derzeit nicht ausmachen. Als Ansatz könnten allenfalls die beiden Landesorganisationen dienen, die sich aus

den Konflikten herauszuhalten versuchen. Doch knabbern an der maßgeblichen in Oberösterreich auch schon alle möglichen Spalter.

Ob hier ein politisches Lager zugrunde geht? Wenn es denn so sein sollte, ist das zwar schade – fordert freilich die Frage heraus: wieviel Substanz denn tatsächlich noch vorhanden war. Die Kulturkampffronten des neunzehnten Jahrhunderts, wie sie in ganz Europa einst die politischen Lager getragen haben, sind nun tatsächlich inhaltlich ausgedünnt – vor Klerikal-Konservativen haben sich Freiheitliche der Jahrtausendwende zuallerletzt zu fürchten. Faßt man den Begriff ein wenig weiter und gängiger, so mag man die polemische Frage daran knüpfen: Was ist eine (deutsch-)nationalliberale Partei wert, die gegen Neo-Liberalismus wettert und „Österreich zuerst" skandiert? Freilich, sachlich gehen die wesentlichen Fragen ohnehin schon längst quer durch alle Parteien – die soziologisch dann in einem angesichts dieses Befundes erstaunlichen Ausmaß doch wiederum zusammenhalten.

Einziger demoskopischer Lichtblick für all unsere traurigen Helden ist ja immerhin, daß fünfzehn Prozent auch weiterhin finden, eine Partei wie die FPÖ sollte es geben. Prinzipiell zumindest. Die Leute sind nicht plötzlich für unkontrollierte Zuwanderung und *political correctness*, ja – bei aller dämlichen Polemik gegen „Neo-Liberalismus" – Gott sei dank auch nicht wirklich für Sozialismus und Schuldenpolitik. Aber sie mißtrauen dem Personal, das sich zum Gaudium der Linken so einzigartig danebenbenommen hat. Das kann ihnen nun wirklich keiner übelnehmen.

Für Österreich stellt sich bei all den seltsamen Metamorphosen des Haiderschen Chamäleons auch die Frage, ob mit der FPÖ nicht zwangsläufig die Idee einer bürgerlichen Koalition stirbt oder zumindest wiederum auf Jahrzehnte eingemottet wird. Ideen vermögen „meta-politisch" auch ohne Parteien weiterzuleben, werden durch sie gelegentlich sogar kompromittiert; aber Koalitionen sind ohne Parteien schwierig. Und die EU ist nun einmal ein Kartell der Regierungen. Das, was sich durch kleine Parteien in der realen Politik eines Kleinstaates innerhalb der EU noch verändern läßt, schlägt jedenfalls mehr ins Fach der kleinen Koalitionen als der großen Ideen. Die Alternativen, die sich da anbieten – entweder die lähmende Große Koalition oder aber die Grünen als Zünglein an der Waage – sind allesamt wenig attraktiv. Kein Regierungschef in Europa hat die Rechte so eingebunden wie Schüssel und Berlusconi; beide haben wider alle Anfechtungen ihr bestes getan, dieses Bündnis zusammenzuhalten. Wer ihr System mutwillig stürzt, hat das, was nachkommt, auch tatsächlich verdient.

Lothar Höbelt (Hrsg.): *Republik im Wandel. Die große Koalition und der Aufstieg der Haider-FPÖ*, München 2001.

Daran ist in erster Linie Haider schuld, zweifellos. Das ist ein richtiger, aber nicht hinreichender Schluß. Denn wäre Haider nicht ein so begabt-besessener Selbstdarsteller, hätte er eben auch seine Erfolge nicht erzielen können. Daß sich ein solches Naturell für das geduldige Bohren harter Bretter nicht eignet, ist mehr als nur Zufall, sondern Dilemma jeglicher Politik im TV-Zeitalter. Derlei *circenses*, wie man solche *campaigns* früher nannte, sind jedoch notwendig, sobald die *machine politics* nicht mehr greifen, weil die *panes*, die zur Verteilung kommen sollten, nicht mehr in hinreichendem Ausmaß vorhanden sind. Es ist eine Fiktion, daß Bürger sich unablässig für das öffentliche Wohl begeistern. Da müssen schon Zusatzreize her – Künstlerpech freilich, wenn die Darsteller darüber die Hauptsache vergessen.

Das bringt uns zum springenden Punkt: der mangelnden Politikfähigkeit der bürgerlichen Rechten, die als Impulsgeber für die konservative Routineverwaltung sozialistischen Erbes so notwendig wäre, doch sich in geschmäcklerischen Ressentiments ergeht, seit ihr mit dem realen Sozialismus das übergreifende Feindbild verlorengegangen ist. (Es ist wohl kein Zufall, daß es damit in Italien am besten bestellt ist, wo die Kommunisten noch ein Hauch von Realpräsenz umgibt.) Dabei zeigt es sich, daß gerade Recken, die gern preußische Tugenden beschwören und bis zum Überdruß von Charakterstärke schwärmen, leider meist der Selbstverwirklichung frönen, dem Prinzip der *instant gratification* verfallen sind und politisch über die eigenen Füße stolpern, weil sie sich über entlegene *Causen* ereifern und die Macht (beziehungsweise den Zipfel davon, der zur Disposition steht) *hic et nunc* den anderen überlassen.



Dieter Stein (Hrsg.)
Die Tragödie des Westens
128 S., Pb., EUR 9,90
ISBN 3-929886-10-3



Alain de Benoist
Die Wurzeln des Hasses
64 Seiten, Pb., EUR 6,90
ISBN 3-929886-11-1



Der Streit um Martin Walser
120 Seiten, Pb., EUR 8,90
ISBN 3-929886-13-8



Alexander von Stahl
Kampf um die Pressefreiheit
224 Seiten, Pb., EUR 12,00
ISBN 3-929886-15-4



Alexander von Stahl
Pressefreiheit II
130 S., Pb., EUR 8,90
ISBN 3-929886-17-0



Alexander von Stahl
Pressefreiheit III
64 S., Pb. EUR 6,90
ISBN 3-929886-18-9



Alain de Benoist
Kritik der Menschenechte
168 S., Pb., EUR 10,90
ISBN 3-929886-19-7



Alain de Benoist
Die Schlacht um den Irak
82 Seiten, Pb., EUR 7,90
ISBN 3-929886-14-6



Rettet die deutsche Sprache
192 Seiten, Pb., EUR 10,90
ISBN 3-929886-21-9



Phantom „Neue Rechte"
ca. 130 Seiten, Pb., EUR 8,90
ISBN 3-929886-22-7

NEUERSCHEINUNG FEBRUAR 2005



EDITION JF
www.JF-Buchdienst.de
Versandkostenfreie Lieferung ab 20,– Euro!

Vertrieb:
Junge Freiheit Verlag GmbH & Co.
Hohenzollerndamm 27 a
10713 Berlin
E-Post:
buchdienst@jungefreiheit.de
Tel. 030/86 49 53-0
Fax 030/86 49 53-50

Vlaams Belang

von Jerker Spits

Noch immer lehnen die belgischen Parteien jede politische Zusammenarbeit mit dem „Vlaams Belang“ ab. Der Isolationskurs gegenüber der Nachfolgepartei des „Vlaams Blok“ geht sogar so weit, daß Parteimitgliedern, die sich über das Verbot der Zusammenarbeit hinwegsetzen, der Ausschluß droht. Noch scheint eine stillschweigende Vereinbarung der politischen Eliten gültig zu sein, wonach der Vlaams Belang aus politischen Entscheidungsprozessen herausgehalten werden soll. Aber es gibt Grund zu der Annahme, daß die flämische Bevölkerungsmehrheit längst nicht mehr derselben Auffassung ist wie die etablierte Politik. Auch unter Politikern werden jetzt Stimmen laut, die für eine Zusammenarbeit mit der stärksten Partei Flanderns plädieren.

Der Vlaams Blok ging 1979 aus der „Vlaamse Volkspartij“ und der „Vlaams Nationale Partij“ hervor. Gründer und langjähriger Vorsitzender der Partei war der Flame Karel Dillen. Die Hafenstadt Antwerpen galt als Hochburg des Blok. Unter dem Antwerpener Vorsitzenden und Spitzenkandidaten für die Kommunalwahlen Filip Dewinter richtete die Partei sich seit den neunziger Jahren verstärkt gegen die Einwanderung und die liberale belgische Integrationspolitik. In Wallonien, dem frankophonen Süden Belgiens, spielte der Blok keine bedeutende Rolle. Im niederländischsprachigen Flandern hingegen wählt in den Städten Antwerpen, Gent und Mechelen bis zu einem Drittel der Bevölkerung die Partei Dewinters.

In den letzten Jahren wurde die Partei verstärkt zum Ziel einer juristischen Gegenkam-pagne. Belgiens Grüne und Sozialisten versuchten, die Parteienfinanzierung gezielt zu reformieren, um so „verfassungsfeindliche“ Parteien von öffentlichen Steuermitteln fernzuhalten. Die juristische Grundlage für diese Initiative bildete ein belgisches Gesetz aus dem Jahr 1999. Problematisch war allerdings, daß in diesem Gesetz die entsprechenden Durch-führungsbestimmungen fehlten. Die Grünen und Sozialisten wußten im Oktober 2003 das Parteiengesetz aber entsprechend zu „reparieren“: eine Änderung, die vor allem den Vlaams Blok traf.

Daß es eine Partei, die sich nicht nur gegen die Schattenseiten der „multikulturellen Gesellschaft“ ausspricht, sondern dazu noch für die Rechte der Flamen eintritt, nicht leicht hat, erfuhr der Vlaams Blok am 9. November 2004. An diesem Tag befand der belgische Hohe Gerichtshof, daß der Vlaams Blok sich schwerer Verstöße gegen belgische Antirassismusgesetze schuldig gemacht habe. Die Entscheidung des Gerichts kam einem Parteiverbot gleich. Dem Blok standen durch das Urteil keine staatlichen Gelder mehr zu, was umso problematischer war, als private Parteienfinanzierung in Belgien weitgehend verboten ist. Außerdem drohte Mitarbeit in der Partei mit dem Entscheid strafbar zu werden.

Die nüchterne Reaktion des Parteivorsitzenden Frank Vanhecke – „auch wenn wir juristisch als Kriminelle gelten, werden wir wiederkommen“ – hat sich mittlerweile als erfolgreich erwiesen. In Erwartung des Urteils wurden von der Parteispitze bereits Vorbereitungen getroffen, den Blok aufzulösen und eine Nachfolgepartei zu schaffen. Diese Neugründung wurde am 14. November letzten Jahres unter der Bezeichnung „Vlaams Belang“ (Flämisches Interesse) vollzogen.

Hat diese Namensänderung zu einer inhaltlichen Neuorientierung geführt? Hat der Vlaams Belang sich von den politischen Auffassungen des Vlaams Blok entfernt? Oder ist alles beim alten geblieben? Die Neugründung Vlaams Belang ist eindeutig als Nachfolgepartei des Vlaams Blok zu erkennen. Doch ist unübersehbar, daß Dewinter und die Seinen Änderungen in den Parteistandpunkten durchgeführt haben. Sie haben die Chance genutzt, die Partei in den Augen vieler salonfähiger zu machen. Durch den Abschied von Vorstellungen, die vom Gerichtshof als „rassistisch" bezeichnet wurden, will die Führungsspitze der Partei künftigen Prozessen vorbeugen. Außerdem hätte ein salonfähiger Vlaams Belang mehr Chancen auf eine künftige Zusammenarbeit mit rechten Liberalen und wertekonservativen Christdemokraten aus den anderen flämischen Parteien.

Es ist denn auch keineswegs überraschend, daß der Vlaams Belang ein entschärftes Parteiprogramm verabschiedet hat, aus dem die Forderung, alle nichteuropäischen Ausländer sollten abgeschoben werden, gestrichen wurde. Der Abschied von diesem Plan stellt einen deutlichen Bruch mit einstmals vertretenen, als extremistisch kritisierten Standpunkten dar. Parteigründer Dillen hatte 1979 als Grundsatz seiner Partei „die Rückkehr der übergroßen Mehrheit der nicht-europäischen Gastarbeiter nach ihrem eigenen Vaterland" innerhalb eines „vertretbaren Termines" angekündigt. Dieses Vorhaben wurde 1992 von Filip Dewinter auf dem Kolloquium „Immigration – Der Westen vor der Wahl" bestätigt, indem er einen „70-Punkte-Plan" vorlegte, in dem die konkrete Umsetzung der Immigrantenrückkehr präsentiert wurde. Dieser Plan wurde, wie die ursprünglichen Grundsätze der Partei, für den Hohen Gerichtshof zum durchschlagenden Beweis für die Berechtigung der Klage des flämischen „Centrum voor Rassismebestrijding" (Zentrum für Rassismusbekämpfung) und der „Liga voor de mensenrechten" (Liga für die Menschenrechte), es handle sich beim Vlaams Blok um eine „rassistische Partei", die sich auf „Ethnie" statt auf „Nationalität" berufe.

Daß die Partei keineswegs geneigt ist, sich gänzlich von ihren Grundsätzen zu verabschieden, macht der Wahlspruch deutlich, mit dem der Vlaams Belang ebenso wie der einstige Vlaams Blok seine Wähler mobilisiert. Es ist ein Spruch, der nichts an Deutlichkeit zu wünschen übrigläßt: „Aanpassen of terugkeren" (Anpassung oder Rückkehr). Nach wie vor setzt die Partei auf konservative Werte wie Familie, Heimat und eigene Identität. In den wirtschaftlichen Vorstellungen des Vlaams Belang ist eine verstärkte Orientierung am marktwirtschaftlichen Denken zu beobachten, die sich an amerikanischen konservativen *think tanks* wie dem Intercollegiate Studies Institute orientiert. Die Partei hat den Anti-Amerikanismus der belgischen Sozialisten wiederholt kritisiert. In der belgischen Politik macht sich die Partei nach wie vor für die Unabhängigkeit des wirtschaftlich stärkeren Flanderns stark. Auch plädiert sie, wie der Vlaams Blok, für einen direkten Emigrationsstopp. Obwohl der Vlaams Belang keine konfessionelle Partei ist, setzt sie auf christliche Werte und spricht sich als einzige belgische Partei gegen Abtreibung und Sterbehilfe aus.

Gegner des Vlaams Belang werfen der Partei aber immer noch vor, das Recht auf freie Meinungsäußerung zu mißbrauchen. Nach wie vor versuchen die flämische und wallonische Linke, auf den „rassistischen Charakter" der Partei zu verweisen. Ihnen reicht es dabei, wenn der Vorsitzende Frank Vanhecke über die Unvereinbarkeit von westlicher Demokratie und Islam spricht. Sollte der belgische Hohe Gerichtshof sich von dieser Anschuldigung überzeugen lassen, stünde allerdings eine bunte Reihe von prominenten Politikern und Intellektuellen vor Gericht: der syrisch-libanesische Dichter Adonis, die niederländische Islamkritikerin Ayaan Hirsi Ali, der britische Philosoph Roger Scruton, der Harvard-Politologe Samuel Huntington, der ehemalige deutsche Bundeskanzler Helmut Schmidt und der niederländische Parlamentarier Geert Wilders.

Die belgische etablierte Politik ist ohne Zweifel von einem *cordon sanitaire* geprägt, von einem *cordon médiatique* kann aber nicht die Rede sein: Die flämische Presse berichtet überwiegend sachlich über die Partei. Und es sind gerade die auflagenstärksten Zeitungen wie *De Gazet van Antwerpen* und *Het Laatste Nieuws*, die nicht selten sympathisierend über die Vorschläge der Partei schreiben. Lediglich die ausgesprochen linke Zeitung *De Morgen* greift den Vlaams Belang in ihrer Berichterstattung stark an – daran hat auch die Transformation von Vlaams Blok zu Vlaams Belang wenig geändert.

Darüber hinaus gibt es Grund für die Annahme, daß auch Teile der belgischen Politik eine Revidierung des *cordon sanitaire* anstreben. So hat der Genter Professor und liberale Politiker Boudewijn Bouckaert neulich für einen „rechten Aufwind" im Land plädiert. Der Vlaams Belang gehöre nach Bouckaerts Ansicht in eine belgische Mitte-Rechts-Regierung.

Auch das Ausland scheint einer inhaltlichen Zusammenarbeit mit Dewinters Partei immer offener gegenüberzustehen. So kündigte Hilbrand Nawijn, ehemaliger Integrationsminister der Niederlande und bislang Abgeordneter der „Liste Pim Fortuyn", im letzten Monat eine verstärkte Zusammenarbeit mit Dewinter an. Im Wohnhaus des 2002 ermordeten rechten Politikers Pim Fortuyn gründeten beide Politiker eine Stiftung, die in Europa für die Rechte der Niederländischsprachigen eintreten und sich mit den Themen nationale Identität, Ausländerpolitik, Kultur und wirtschaftlicher Zusammenarbeit befassen soll. Dewinter hat eine verstärkte Zusammenarbeit verschiedener rechtsgerichteter Parteien wiederholt befürwortet und die Deutschen ausdrücklich dazu eingeladen.

Europa am Tag danach

von Alexander Griesbach

Das Projekt Europäische Union befindet sich nach dem Nein von Franzosen und Niederländern zur EU-Verfassung und dem Scheitern des EU-Finanzgipfels im Juni wohl in der schwersten Krise seiner Geschichte. „Krise" ist hier wortwörtlich zu verstehen, sprich: als Scheidung beziehungsweise Entscheidung. In den nächsten Monaten dürfte sich nämlich entscheiden, wohin der Weg der EU führt. Auslöser dieser Krise ist vor allem der britische Premierminister Tony Blair, der Änderungen am sogenannten „Briten-Rabatt" ablehnt, solange nichts an den milliardenschweren Agrarsubventionen geändert wird, von denen vor allem Frankreich profitiert. Den „Briten-Rabatt" hatte Englands Premierministerin Maggie Thatcher auf dem EU-Gipfel 1984 in Fontainebleau regelrecht erpreßt. Sie drohte damit, den Gipfel scheitern zu lassen, wenn Großbritannien bei den Beiträgen zum EU-Haushalt keine Ermäßigung gewährt werde. Als Begründung führte sie an, daß Großbritannien aufgrund seines eher unbedeutenden Agrarsektors nur in kleinem Rahmen von den EU-Subventionen für die Landwirtschaft profitieren würde.

Dieser Vorstoß, der in der Sache auf den ersten Blick durchaus nachvollziehbar erscheint, steht allerdings in einem seltsamen Licht, da die Agrarsubventionen 2002 bis zum Jahre 2013 mit Zustimmung Blairs festgeschrieben worden sind. Warum hat Blair in dieser Frage nicht bereits 2002 seinen Hut in den Ring geworfen? Die Kompromißvorschläge, die Ratspräsident Jean-Claude Juncker, der luxemburgische Premierminister, vorlegte, wurden von London rigoros abgelehnt. Juncker hatte vorgeschlagen, den Rabatt, dessen Höhe sich in den kommenden Jahren verdoppeln würde, auf den Status quo einzufrieren. Gegen diesen Kompromißvorschlag Junckers optierten auch die Niederlande, Schweden und Finnland. Nach dem Scheitern aller Versuche, einen Kompromiß herbeizuführen, mußte Juncker entnervt eingestehen: „Europa ist nicht in einer Krise, es ist in einer tiefen Krise."

Ein Ausdruck dieser Krise ist zum Beispiel der aktuelle Umgang mit der Frage einer möglichen EU-Vollmitgliedschaft der Türkei, die plötzlich wieder zur Disposition steht. Einer der größten Trommler für einen Beitritt der Türkei, nämlich der jetzige Industrie- und Erweiterungskommissar Günter Verheugen, spricht nun davon, daß die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei, die im Oktober beginnen sollen, „ergebnisoffen" sein werden. Das Ergebnis würden wir, so Verheugen, „vielleicht in zehn Jahren kennen" (AFP, 19. Juni). In der Vergangenheit drohte Verheugen immer wieder: „Jede Entscheidung, die von der Türkei als Zurückweisung verstanden würde, könnte das Ende des Reformprozesses in diesem Land bedeuten." (*Handelsblatt*, 2. Oktober 2004) Dem CSU-Politiker Glos versuchte Verheugen noch vor kurzem eine Mitverantwortung für künftige Folteropfer in der Türkei anzuhängen, weil dieser gegen eine Vollmitgliedschaft der Türkei sei.

Wie es um die Menschenfreundlichkeit Verheugens wirklich bestellt ist, ließ dieser laut Nachrichtenmagazin *Focus* (3. Juni 2005) vor kurzem gegenüber EU-Umweltkommissar Stavros Dimas durchblicken. Verheugen, jetzt ganz der Lobbyist der Großindustrie, wehrt sich vehement gegen strengere Auflagen für Straßenverkehr und Schwerindustrie. Den Hinweis von Dimas, daß Feinstaub viele ältere Menschen das Leben kosten würde, konterte Verheugen mit Blick auf die leeren Rentenkassen mit den Worten: „Ein Problem weniger." Eine Äußerung, die schlaglichtartig deutlich macht, was hinter der

humanitären Rhetorik so mancher EU-Funktionäre wirklich steckt.

Auch Tony Blair dürfte es um ganz andere Dinge als um das „Projekt Europa“ gehen, dem er angeblich so gerne „weiterhelfen“ möchte. Nicht ungeschickt inszeniert sich der britische Premier derzeit als EU-Reformer, der den Agrarhaushalt zugunsten von Bildung, Forschung und Entwicklung zusammenstreichen möchte. Bei seiner Antrittsrede zur Eröffnung seiner sechsmonatigen Amtszeit vor dem EU-Parlament am 22. Juni sprach Blair visionär davon, daß heute die USA die „einzige Supermacht“ seien. „Aber in wenigen Jahrzehnten werden China und Indien die größten Volkswirtschaften sein“. Europa müsse sich deshalb zusammenschließen, um sich ökonomisch und politisch behaupten zu können.

Dazu gehöre ein „rationalerer“ EU-Haushalt und eine Modernisierung des europäischen Sozialmodells, das gescheitert sei, wie annähernd zwanzig Millionen Arbeitslose in der EU zeigten. In Europa zeigten nach Blair alle Indikatoren, wie Ausbildung, Forschung und Entwicklung, nach unten. Die Produktivität falle hinter die der USA zurück. Das europäische Sozialmodell sollte so konzipiert sein, daß es die Konkurrenzfähigkeit verbessere, unterstrich Blair. Was Blair hier meint, zeigt sein Hinweis auf den sogenannten Kok-Bericht (benannt nach dem früheren holländischen Ministerpräsidenten Wim Kok) vom November 2004. Dieser Bericht fordert von der EU eine weitgehende Umstrukturierung auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiet. Es sei mehr oder weniger alles abzuschmelzen, was flexibleren und mobileren Arbeitsverhältnissen im Wege stünde. Mit anderen Worten: Blair empfiehlt Europa eine neoliberale Roßkur. Daß eine derartige Ausrichtung den europäischen Wirtschaftsraum dem angloamerikanischen mehr und mehr angleicht, dürfte der beabsichtigte Effekt der ganzen Unternehmung sein. Blair geht es also um nichts weniger als um die definitive Festschreibung der atlantischen Orientierung der EU.

Daß eine derartige Neuausrichtung der EU in Frankreich massivste Proteste der französischen Bauern zur Folge hätte, die Chirac das Amt kosten dürften, muß Blair bewußt sein. Chirac ist seit dem Scheitern des EU-Referendums sowieso schon schwer angeschlagen. Aber auch eine derartige Entwicklung paßt durchaus in das Kalkül Blairs, steht doch mit dem UMP-Vorsitzenden Nicolas Sarkozy, dem schärfsten innerparteilichen Rivalen Chiracs, ein Politiker bereit, der Blairs Wirtschaftsverständnis weitgehend teilt. Sarkozy habe einen „unbändigen Machthunger“ und schrecke auch vor „Treulosigkeit“ nicht zurück, urteilte jüngst die Hamburger Wochenzeitung *Die Zeit* über Sarkozy, der seinen Ziehvater Chirac schon einmal düpierte, als er 1995 die Präsidentschaftskandidatur von Chiracs Konkurrenten Edouard Balladur unterstützte. Von Chiracs Beratern wird Sarkozy als „zu liberal, zu energisch, zu individualistisch und zu atlantisch“ charakterisiert. Eigenschaf-



Deckblatt Siplizissimus

ten, die durchaus im Sinne von Blair sein dürften. Möglicherweise eignet sich Sarkozy sogar zum Protagonisten einer französischen Version des Thatcherismus.

Bei Licht betrachtet geht es bei der derzeitigen Krise der EU also um zwei völlig verschiedene Auffassungen von Europa. Nicht zu Unrecht formulierte Jean-Claude Juncker daher: „Da gibt es diejenigen, die nur einen Markt wollen und nichts anderes als einen großen Markt. Und es gibt diejenigen, die ein politisch integriertes Europa wollen." Daß Großbritannien, das neben Italien und Polen zu den „trojanischen Pferden" der USA in der EU gezählt wird, an einem politisch integrierten Europa nicht interessiert ist, hat es schon öfter durchblicken lassen.

Wie ernst die USA die EU nehmen, kann wohl immer auch am Verhalten der oben bereits angesprochenen „trojanischen Pferde" der USA in der EU abgelesen werden. Die jüngsten Zwistigkeiten in der EU zeigen auch deutlich, daß es „den Westen" als einheitlichen Block nicht mehr gibt. Unter der Oberfläche der angeblichen „Wertegemeinschaft" erodieren längst vielfältige Rivalitäten und Interessengegensätze die im Kalten Krieg so homogene Fassade des Westens.

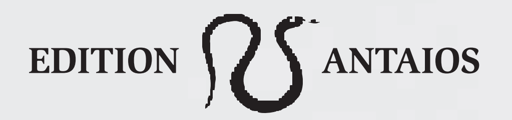
Diese Entwicklung hat sich in letzter Zeit Rußlands Präsident Putin zunutze gemacht, der derzeit Anstalten macht, eine „asiatische Troika" (Rußland, Indien und China), die wohl ganz bewußt als Gegengewicht zur „einzigen Weltmacht" gedacht ist, anzustoßen. Um die „unilaterale" Hegemonie der Vereinigten Staaten zu unterminieren, ist Putin allerdings nicht nur im asiatischen Raum aktiv. Eine einseitige Festlegung hier hätte womöglich den Effekt, über kurz oder lang in eine immer weiter gehende Abhängigkeit von China, dem immer noch mit Mißtrauen begegnet wird, zu geraten. Darüber hinaus liefe Rußland unter anderem Gefahr, in die Auseinandersetzungen und Streitigkeiten zwischen den zentralasiatischen Bevölkerungsgruppen hineingezogen zu werden. Wohl auch deshalb versucht Putin, die Beziehungen zur EU zu einer strategischen Partnerschaft auszubauen. Hierbei kommen ihm aktuell verschiedene Entwicklungen entgegen. Einmal die trotz aller gegenteiligen Beteuerungen wachsende Entfremdung zwischen den Vereinigten Staaten und der EU. So charakterisierte zum Beispiel Richard Haass, Planungsdirektor im US-Außenministerium, nach Informationen des Publizisten Rudolf Maresch die ritualhaften Beschwörungen „gemeinsamer Werte" diesseits und jenseits des Atlantiks jüngst schlicht als „Geschwafel".

Die EU ist jetzt schon der größte Investor in Rußland. Auf der anderen Seite steigt die Bedeutung Rußlands als Energielieferant für die EU mehr und mehr. Kommt es gar zum Bau einer Erdgas-Pipeline durch die Ostsee, die die Gasfelder Sibiriens mit Westeuropa verbinden soll, dann könnte das nach Einschätzungen der International Energy Agency (IEA), die bei Maresch zitiert werden, dazu führen, daß Europa 2030 zu neunzig Prozent vom russischen Öl abhängig sein und der Anteil der Gasversorgung Europas durch Rußland von vierzig auf einundachtzig Prozent steigen könnte.

Daß Deutschland in diesem Zusammenhang eine Schlüsselposition einnimmt, liegt in der Natur der Sache. Ob und inwieweit Putins geostrategische Ambitionen allerdings nach einem möglichen Regierungswechsel in Berlin auf Sand gebaut sein könnten, muß die Zukunft weisen. Denn ein Wechsel von Gerhard Schröder, zu dem Putin einen mehr als guten Draht hat, zur bekennenden „Atlantikerin" Angela Merkel hätte möglicherweise erhebliche Konsequenzen. Eine Achse Paris-Berlin-Moskau könnte in einem derartigen Falle zunächst einmal ad acta gelegt werden.

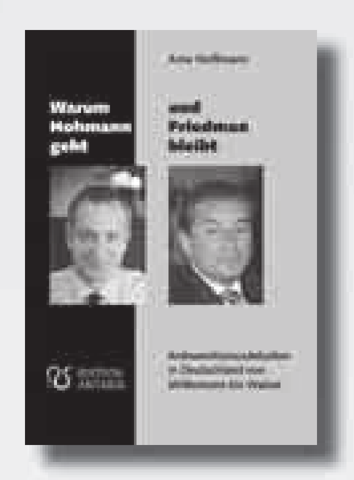
Aber auch wenn es nicht so käme, dürften die Vereinigten Staaten im geostrategischen Schlüsselbereich Eurasien kaum ruhig zusehen, wie Rußland und auch die EU mehr und mehr Einfluß erringen. Es sei hier nur daran erinnert, daß die graue Eminenz der US-Außenpolitik, nämlich Zbigniew Brzezinski, in aller Deutlichkeit klargestellt hat, daß der Fortbestand der globalen Vormachtstellung Amerikas „unmittelbar davon ab[hänge], wie lange und wie effektiv es sich in Eurasien behaupten kann".

Alle diese Aspekte dürften bei dem Vorstoß von Tony Blair eine Rolle gespielt haben. Die EU scheint derzeit jedenfalls auf unabsehbare Zeit gelähmt und in eine Debatte über ihre soziale und ökonomische Verfaßtheit verstrickt. Darüber hinaus punktet Blair aber auch innenpolitisch. Sein durch seine Zustimmung zum Irakkrieg ramponiertes Image in Großbritannien wird durch seine unnachgiebige Haltung in Sachen „Briten-Rabatt" aufgeschönt. Er erscheint, wie weiland Maggie Thatcher, als unbeugsamer Verfechter britischer Interessen. Bleibt die Feststellung, daß dem strategischen Geschick und der Chuzpe, die Blair derzeit an den Tag legt, im Moment kein Politiker auf dem europäischen Festland gewachsen zu sein scheint.



Vorschau Sommer/Herbst 2005







Siegfried Gerlich
Im Gespräch mit Ernst Nolte
Einblick in ein Gesamtwerk
128 Seiten, Broschur, 12 €

Arne Hoffmann
Warum Hohmann geht und Friedman bleibt
Antisemitismusdebatten von Möllemann bis Walser
304 Seiten, Broschur, 24 €

Frank Lisson
Oswald Spengler
Philosoph des Schicksals
154 Seiten, Broschur, 12 €

Werner Maser
Nürnberg
Tribunal der Sieger
450 Seiten, kartoniert, 26 €

Günter Zehm
Die große Schauspielerin Vernunft
Eine Geschichte des Rationalismus in der frühen Neuzeit
300 Seiten, Leinen, 25 €

Günter Zehm
Das Böse und die Gerechten
Die Suche nach dem ethischen Minimum
300 Seiten, Leinen, 25 €







Rittergut Schnellroda · 06268 Albersroda · Tel./Fax 034632-90941
www.edition-antaios.de **verlag@edition-antaios.de**

Polemisches Kompendium

Ibn Warraq: *Warum ich kein Muslim bin*. Aus dem Amerikanischen übersetzt von Abu Al-Adjnabi. Berlin: Matthes & Seitz 2004. 528 S., 28.90 €

Dieses Buch ist eine wahre Fundgrube an Informationen über den Islam, eine Art polemisches Kompendium. Der Autor stützt sich für jedes einzelne Kapitel auf anerkannte wissenschaftliche Autoritäten und gibt auch deren Quellen an. Die Benutzung wird darüber hinaus durch die üblichen wissenschaftlichen Hilfsmittel erleichtert: Anmerkungen, Register, weiterführende Literatur. Manche Dinge sind auch Nichtislamwissenschaftlern schon seit längerem ein Begriff, so beispielsweise die Fragwürdigkeit eines Vorbildes wie Mohammed, welcher sich unter anderem durch Heuchelei, ungezügelte Lüsternheit, politischen Mord, Folterung, Raub, Überfall, Versklavung und Massenmord auszeichnete, ebenso die Grausamkeit der islamischen Eroberungszüge sowie die anschließende Diskriminierung und Dezimierung, teilweise Vernichtung der eroberten Völker. Dagegen dürfte die detaillierte, zuweilen ätzende, sowohl sachliche als auch stilistische Kritik am Koran und den Hadithen, gestützt auf das Instrumentarium der historischen Bibelkritik, einem breiteren Publikum bis dahin weniger bekannt gewesen sein. Auch durch die Darstellung der facettenreichen Geschichte von Frei- und Querdenkern, Häretikern, Rationalisten, Hedonisten und sogar Atheisten innerhalb der historischen Entwicklung der islamischen Kultur, dürfte das Buch für viele Leser zu einer echten Bereicherung werden.

Einer dieser Abweichler, ein ketzerischer Theologe aus dem 10. Jahrhundert, verhalf dem Autor sogar zu seinem Pseudonym. Daneben stellt sich Warraq in die Tradition europäisch-westlicher Aufklärer und Humanisten, wie der an Bertrand Russells berühmte Absage an das Christentum angelehnte Titel des Buches schon signalisiert.

Konservative Christen könnten sich an Warraqs Generalkritik des Religiösen stören, welche das Christentum ausdrücklich einschließt. In seiner radikal rationalistischen Äquidistanz zu allem Religiösen übersieht Warraq, daß seine eigene humanistische Position letztlich aus dem kulturellen Boden des Christentum hervorgegangen ist, während sich Aufklärung, Rationalität und nicht zuletzt humanistische Sentimentalität im islamischen Raum niemals in gleicher Weise durchsetzen konnten. Es sei daran erinnert, daß Russell die Christen unter anderem dafür schalt, daß sie sich an bestimmte jesuanische Gebote, wie zum Beispiel das Armutsgebot, das Friedensgebot, das Verbot zu richten und so weiter, eben *nicht* halten würden, während Warraq die Muslime genau umgekehrt dafür kritisiert, *daß* sie sich an Mohammeds Gebote halten, welche mit Armut und Frieden meist nicht viel am Hut haben.

Es bleibt allerdings fraglich, ob die pakistanischstämmige Physikerin und Menschenrechtsaktivistin Taslima Nasrin recht behalten wird, die das Buch als „intellektuelle[n] Vorstoß, mit dem die islamische Aufklärung begann" bezeichnete. Der „zerstörerische Skeptizismus" Warraqs, den Nasrin in ihrem Vorwort preist, wird vermutlich auf den Westen beschränkt bleiben – mangels Aufnahme und Akzeptanz im islamischen Raum. Außerdem: Kann man noch von „islamischer Aufklärung" sprechen, wenn ein im Westen ausgebildeter Mann im Westen ein Buch publiziert, das westliche Werte verkündet? Wohl kaum. Warraqs Intention scheint auch mehr auf die Aufklärung des Westens über den Islam abzuzielen. Vor allem den westlichen Intellektuellen wirft er vor, aus Feigheit und Opportunismus eine offene Kritik des Islam zu scheuen. Diese Feigheit und intellektuelle Unredlichkeit beschreibt er detailliert anhand der Rushdie-Affäre, durch welche der Autor selbst von seinem Glauben abgebracht wurde. Besonders hart geht er auch mit berühmten westlichen Islamwissenschaftlern ins Gericht, allen voran mit seinem ehemaligen Professor an der University of Edinburgh, Montgomery Watt. Den vielfachen Bemühungen liberaler Islamapologeten, einen Unterschied zwischen „gutem" Islam und „bösem" Fundamentalismus zu konstruieren, erteilt er zu Recht eine glatte Absage, weil ein Fundamentalismus im Sinne wortwörtlicher Auffassung der heiligen Schriften, inklusive ihrer archaischen Rechtsvorschriften, zum Selbstverständnis der großen Mehrzahl aller Muslime weltweit unmittelbar dazugehört.

Angesichts solcher Angriffe wundert man sich kaum, daß der bereits 1995 in New York herausgegebene Band erst letztes Jahr ins Deutsche übersetzt worden ist. Unter politischen Realisten wird Warraqs rigoroser Menschenrechtsmoralismus kaum auf ungeteilte Zustimmung treffen. Liest man aber die erschütternde Schilderung der Behandlung pakistanischer Frauen unter dem islamisch inspirierten Gesetz, neigt man eher zur Nachsicht mit der offensiven Menschenrechtspolemik des Autors. Man hat den Eindruck, daß ein Glaube nicht durch den Verstand allein besiegt werden kann, sondern nur durch einen anderen Glauben, und sei es, wie in diesem Fall, der Glaube an die Menschenrechte.

Martin Schmidt

Frauen und Rechte

Ayaan Hirsi Ali: *Ich klage an. Plädoyer für die Befreiung der muslimischen Frauen.* München: Piper 2005. 214 S., 13.90 €
Inci Y.: *Erstickt an euren Lügen. Eine Türkin in Deutschland erzählt.* München: Piper 2005. 300 S., 14.90 €

Auf den ersten Blick haben die beiden Autorinnen sehr unterschiedliche Hintergründe. Die unter dem Pseudonym Inci Y. schreibende türkische Gastarbeitertochter steht dabei sicher ein wenig im Schatten der berühmten gebürtigen Somalierin Ayaan Hirsi Ali, die vom *Time Magazine* im Mai dieses Jahres zu einer der hundert einflußreichsten Persönlichkeiten der Welt gekürt worden ist. Doch eine Gemeinsamkeit vereint ihre auch stilistisch sehr unterschiedlichen Bücher: beide schreiben an gegen die aus westlicher Sicht schockierende Behandlung von Frauen in islamisch geprägten Gesellschafts- und Familienstrukturen. Incis Kritik ist eine implizite, sie wird in der Erzählung ihrer persönlichen Geschichte zum Ausdruck gebracht, während Hirsi Ali direkt und konfrontativ die Früchte der Aufklärung für die islamischen Frauen einfordert – und sich damit deutlich in eine liberale und emanzipatorische Tradition stellt. Die Reaktionen auf die beiden vom Piper-Verlag herausgegebenen Titel in der politischen Öffentlichkeit verdeutlichen aber einmal mehr ein grundlegendes Paradox der heutigen Situation: Während die Rechte eher dazu neigt, die humanistischen Ideale der niederländischen VVD-Abgeordneten Ali zu unterstützen, möchte eine postmoderne, kulturrelativistische Linke ihr genüßliches Zelebrieren des westlichen Selbsthasses nicht von solch „umstrittenen" Autoren gefährdet sehen. Incis und Hirsi Alis Anklagen werden wahrscheinlich niemanden veranlassen, zur praktischen Befreiung der Frau in islamischen Staaten zu schreiten – und dies wäre angesichts der dazu notwendigen enormen Aufwendungen auch ein mehr als fragwürdiges Unterfangen. Man kann aber hoffen, daß dem einen oder anderen Europäer durch solche aus eigener Erfahrung gespeisten Bücher über bestimmte Praktiken und Konventionen islamischer Gesellschaften gerade im sexuellen Bereich die Brisanz einer Kombination von muslimischer Massenzuwanderung und ausbleibender muslimischer Integration im eigenen Land aufgeht. Diese Brisanz beschränkt sich natürlich nicht allein auf die Behandlung der Frau in islamisch geprägten Strukturen, aber dieser Komplex ist ein hervorragendes Vehikel, um den größeren Problemzusammenhang einer breiteren Öffentlichkeit zum Bewußtsein zu bringen. Solche Bücher sind gerade auch jenen Konservativen zu empfehlen, die im Islam eine Art Bruder im Geiste oder zumindest einen Verbündeten zu erblicken glauben.

Christoph Kramer

Chimäre

Dominik Geppert und Udo Wengst (Hrsg.): *Neutralität – Chance oder Chimäre. Konzepte des Dritten Wegs für Deutschland und die Welt 1945–1990.* München: Oldenbourg 2005. 304 S., br, 39.80 €

Neutralität setzt einen Konflikt voraus. Mindestens zwei müssen streiten, damit ein Dritter sich neutral verhalten kann. Staatliche Neutralität verlangt im weiteren, daß dieser Staat die streitenden Parteien gleichwertig behandeln kann und – die Streitenden diesen Standpunkt respektieren. Ob es im Ost-West-Konflikt nach 1945 für Deutschland eine solche Chance gegeben hätte, darüber ist sehr lange und aus unterschiedlichsten Perspektiven gestritten worden. Dominik Geppert und Udo Wengst haben jetzt einen profunden Sammelband herausgegeben, der inhaltlich auf einer Konferenz basiert, die das Deutsche Historische Institut in London und das Institut für Zeitgeschichte zu diesem Thema veranstaltet haben. Das Spektrum der Themen umfaßt die innere Verfassung der beiden deutschen Staaten ebenso wie die Machtpolitik der Weltmächte und die in Frankreich und England bis 1990 ungebrochenen Ambitionen, die deutsche Teilung zum Zweck der besseren Kontrolle zu konservieren. An Beispielen wie Indien, Jugoslawien und Finnland werden andere Versuche geschildert, unter den Bedingungen des Ost-West-Konflikts „Dritte Wege" zu gehen und gar eine Organisation der Blockfreien zu etablieren. Beide Weltmächte erhoben jedoch nach 1945 je einen weltweiten Führungsanspruch, der prinzipiell keine Neutralität anderer akzeptierte. In dem eben gerade besiegten Deutschland wurde daher der Streit über die eigene Neutralität mehr ein Teil der Selbstfindung als eine politische Perspektive, das wird aus den Beiträgen deutlich. Erst die Auflösung des Sowjetblocks hat diese Fragestellung beendet. Die Konflikte, in denen Neutralität gefordert sein könnte, bilden sich gerade erst neu.

Stefan Scheil

Der amerikanische Disraeli

Robert Mason: *Richard Nixon and the Quest for a New Majority.* Chapel Hill and London: The Universitiy of North Carolina Press 2004. 239 S., 34.96 $

Robert Mason hat in seiner Studie über Richard Nixon einen wichtigen Beitrag zum Verständnis der tiefen kulturellen Kluft geleistet, die das heutige Europa vom konservativen Amerika trennt. Als Nixon im Jahr 1994 starb, erklärte der republikanische Senator Robert Dole, die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts werde beschrieben werden

als das Zeitalter von Richard Nixon. Dies mag eine Übertreibung gewesen sein, aber es läßt sich nicht leugnen, daß Nixon als Präsident tiefgreifende Veränderungen angestoßen hat. Sein Scheitern am Watergate-Skandal blieb in Erinnerung, ebenso seine Chinapolitik, die das internationale Gleichgewicht revolutionierte. Mit dem epochalen Sieg von George W. Bush bei den letzten Präsidentenwahlen rückte Nixons innenpolitische Strategie stärker in den Mittelpunkt des historischen Interesses. Während die Protestbewegung gegen den Vietnamkrieg rebellierte, Feminismus und *Black-Power*-Bewegung auf den Plan traten und den politischen Grundkonsens der USA in Frage stellten, hatte Nixon sich vorgenommen, der „amerikanische Disraeli“ zu werden. Wie dieser englische Staatsmann im 19. Jahrhundert den Torys, wollte er der republikanischen Partei durch soziale und populistische Elemente und die Öffnung des alten Establishments zu einer neuen mehrheitsfähigen Basis verhelfen. Nixon organisierte zielgerichtet die Auflösung der alten „Roosevelt-Koalition“, die das Land seit den dreißiger Jahren dominiert hatte. Mason beschreibt das stete Werben Nixons um die Gunst traditionell demokratischer Unterstützergruppen, wie Katholiken, ethnische Minderheiten, Teile der Gewerkschaften und die konservativen Südstaatendemokraten. Bereits der rechtskonservative Präsidentschaftskandidat Barry Goldwater hatte den Versuch unternommen, die Partei Abraham Lincolns zum Anwalt der alten Südstaaten zu machen. Durch die „ethnische Polarisierung“ und die Aufspaltung von „Patrioten“ und Kriegsgegnern sollte ein Keil in das demokratische Lager getrieben werden. Nixons zentraler Begriff für dieses Konzept war die „schweigende Mehrheit“.

Darunter verstand er all jene moderat konservativen Amerikaner, die sich einen „ehrenhaften Frieden“ in Vietnam und die Rückkehr zu Recht und Ordnung im Inneren wünschten. Nixon gelang es, eine starke Mehrheit der Amerikaner hinter seiner Person zu sammeln, vorerst jedoch nicht hinter seiner Partei. Seine Konzeption wies jedoch über den Wahlsieg von 1972 und seinen schmählichen Rücktritt hinaus und bereitete einem Zeitalter konservativer Hegemonie in der amerikanischen Innenpolitik den Boden, die nun ihre Vollendung erreicht zu haben scheint. Wer den Schlüssel zum Verständnis dieser Hegemonie und der Umgestaltung gesellschaftlicher Mehrheitsverhältnisse sucht, der findet sie auf diesen 239 Seiten.

Martin Schmidt

Imperialer Sündenbock

Christian Wipperfürth: *Von der Souveränität zur Angst. Britische Außenpolitik und Sozialökonomie im Zeitalter des Imperialismus*. Historische Mitteilungen, Beiheft 54. Stuttgart: Franz Steiner Verlag 2004. 473 S., 78.00 €

Die Nachwirkungen des Imperialismus sind bis heute spürbar. Was es weltweit an Grenzen und ethnischen Gegebenheiten gibt, verdankt seine Existenz in wesentlichen Zügen der Politik dieser Ära. Christian Wipperfürth stellt nun die doppelte Frage, wofür in diesem Rahmen die damalige imperiale Nummer eins auf dem Globus verantwortlich ist und wie die innerenglischen Wandlungen zum Gang der Dinge beigetragen haben. Das Buch läßt sich daher in zwei große Themenbereiche gliedern. Zum einen hakt Wipperfürth in einer recht konventionell ausgefallenen Geschichte die Etappen britischer Außenpolitik des 19. Jahrhunderts ab. Faschoda, Samoa, Siam, Venezuela, Abessinien und der Burenkrieg liefern einige der Stichworte. Bismarcks ironische Frage von 1883, ob Gegenstand englischer Ansprüche „die ganze Welt“ sei, ließe sich im Prinzip mit ja beantworten. Zum anderen geht der Autor der Frage nach, wer diese Außenpolitik eigentlich machte und ob der Verfall der englischen Außenpolitik nicht auch mit dem Wandel ihrer aristokratischen Struktur zusammenhing. Bis zum Ende des 19. Jahrhunderts regierten vorwiegend einige reiche und vornehme Familien das Land. Der soziale Wandel untergrub diese Stellung teilweise, der demokratische Massenmarkt schuf einen neuen Faktor der Hysterie. Wipperfürths Leitthese besteht darin, daß innenpolitisch etabliertes liberales Gedankengut in England zu dieser Zeit von den schwierigen außenpolitischen Not-wendigkeiten bedrängt wurde und sich dann in einer Angststimmung auf den selbstgeschaffenen „Sündenbock“ Deutschland konzentrierte. Sein Fazit, England sei 1914 im weiteren Sinn aus Angst vor Rußland in den Krieg gegen Deutschland eingetreten, wirkt etwas überspannt, aber die manipulierbare Kopflosigkeit des englischen Imperialismus zeigt er treffend auf.

Stefan Scheil

Kriegsende

Hubertus Knabe: *Tag der Befreiung? Das Kriegsende in Ostdeutschland*. Berlin: Propyläen 2005. 388 S., 24.00 €

Angesichts des nur noch grotesk zu nennenden Eiferertums, das die aus der DDR stammende Sprachregelung „Tag der Befreiung“ für den 8. Mai 1945 im wiedervereinigten Deutschland durchzusetzen sucht, fällt das Buch Hubertus Knabes schon durch seine Fragestellung sowie seine nüchterne Sachlichkeit auf. Zum Terminus „Befreiung“ wird kurzerhand festgestellt, er sei seiner Herkunft nach kein analytischer Begriff und stamme aus dem Arsenal der politischen Propaganda. Die Rede Richard von Weizsäkkers von 1985, die heute vielfach als unhintergehbarer Referenzpunkt der richtigen historisch-politischen Gesinnung

betrachtet wird, biete mit ihren blumigen Formulierungen ein reichlich verschwommenes Bild der Geschichte.

Die Erinnerung an die Greuel der Roten Armee, die „Säuberung der Ostgebiete“ sowie die ersten Schritte zur Errichtung der kommunistischen Diktatur in der SBZ/DDR, der sich Knabe widmet, ist höchst notwendig, denn trotz aller wohlfeilen Feiertagsreden, die Verbrechen der Vergangenheit dürften nicht vergessen werden, bleiben die Untaten Stalins und seiner Genossen allzuoft mit dem Mantel des Schweigens bedeckt. Daß schon die bloße Erinnerung an sie in manchen Kreisen Unruhe erzeugt, weil dadurch die NS-Verbrechen relativiert würden, zeigt sich auch an der Rezeption von Knabes Buch, dem durch politisch motivierte Verrisse – am absurdesten im Berliner *Tagesspiegel* – das Lesepublikum genommen werden soll. Vorwürfe, Knabe biete inhaltlich keine neuen Erkenntnisse, sind aber dann verfehlt, wenn es in der Öffentlichkeit nicht einmal ein angemessenes Bewußtsein dessen gibt, was den Forschern natürlich längst bekannt ist. Dabei ist es Knabe hoch anzurechnen, daß er sich nicht am bösen Spiel der Relativierung von Verbrechen beteiligt, nur weil diese an Opfern verübt wurden, die nach den Maßstäben der politischen Korrektheit keine Opfer gewesen sein dürfen.

Till Kinzel

Kriegspropaganda

Anne Morelli: *Die Prinzipien der Kriegspropaganda*. Springe: zu Klampen 2004. 156 S., 14.00 €

Die Manipulation der sogenannten öffentlichen Meinung spielt für die Ausübung von Herrschaft eine bedeutende Rolle. Geht es um die Frage von Krieg und Frieden, so gewinnt die Propaganda noch an Gewicht. Will man die wesentlichen Prinzipien, nach denen Kriegspropaganda immer wieder funktioniert, verstehen, empfiehlt sich ein Blick in das prägnante und klare Buch der belgischen Historikerin, die sich auf die Erkenntnisse Arthur Ponsonbys in seinem Werk *Falsehood in Wartime* von 1928 stützt und sie aktualisiert. Die grundlegenden Muster der Argumentation beziehungsweise Agitation werden in zehn Kapiteln von „Wir wollen keinen Krieg“ bis zu „Wer unsere Berichterstattung in Zweifel zieht, ist ein Verräter“ an konkreten Beispielen veranschaulicht. Erschwerend für den Desinformations-Konsumenten ist, daß die von der Propaganda aufgestellten Behauptungen auch der Wirklichkeit entsprechen können, eine Überprüfung in aktuellen Entscheidungssituationen aber kaum möglich scheint. Um Wahrheit und Lüge zu entwirren, ist es nicht genug, die Propagandaprinzipien zu durchschauen, es bedarf der historischen Analyse. Deshalb ist systematischer Zweifel stets das Gebot der Stunde, wenn auch kein Allheilmittel.

Till Kinzel

Das betrunkene Volk

Sonja Margolina: *Wodka. Trinken und Macht in Russland*. Berlin: wjs 2004. 144 S., 16.00 €

„Das betrunkene Volk ist einfacher zu regieren“ erklärte Katharina II. von Rußland. Um diesen Zusammenhang von Wodka und Politik geht es in dem kleinen und gut lesbaren Buch der in Berlin lebenden Publizistin Sonja Margolina. Daß Wodka in der russischen Kultur eine herausgehobene Rolle spielt, gehört zu den nationalen Klischees wie das Bild vom Tee trinkenden Engländer und Bier trinkenden Deutschen. Die Autorin beleuchtet nun den realen kulturhistorischen Hintergrund dieses Klischees. Der Zusammenhang von Sucht, Macht und Religion wird von ihr als eine prägende Größe der russischen Geschichte herausgearbeitet. Ins Blickfeld kommt ein Herrschaftssystem, das die Alkoholabhängigkeit seiner Bürger nicht nur zum Mittel der Bereicherung ausnutzte, sondern aktiv beförderte. Dabei reicht die Tradition der „Wodka-Despotie“ bis zur Zeit Iwans des Schrecklichen zurück, der sich das Monopol auf den Spirituosenhandel sicherte und den Kabak, eine besondere Form von Trinkstube, in Rußland einführte, um seine Staatskasse unabhängig von Steuereinnahmen zu finanzieren. Margolina beschreibt die Symbiose von Kirche und Massentrunksucht. Die Kirche profitierte nicht nur materiell von der Alkoholabhängigkeit ihrer Gläubigen, ihre Vertreter selbst waren in ihrer großen Masse abhängige Trinker, was dem Rausch selbst im Laufe der Zeit, besonders im romantischen 19. Jahrhundert, einen Anschein von Heiligkeit verlieh. Abstinenz wurde hingegen zum Sinnbild für Fremdheit und Sektierertum und Trinkfestigkeit zum Bestandteil eines positiven russischen Selbstbildes. Der Versuch der Kommunisten, das verhaßte zaristische Wodkaregime durch sozialistische Askese abzulösen, war zum Scheitern verurteilt, so daß auch die Sowjetunion, wie zuvor das Russische Reich, den sozialen Schaden kaum in Grenzen zu halten vermochte.

In den Augen der Autorin gewinnt der Alkoholismus angesichts seiner Massenwirkung geradezu eine geopolitische Dimension. Hohe Sterblichkeitsraten, die destruktiven Auswirkungen auf Geburtenrate und Arbeitsmoral, machten es unwahrscheinlich, daß Rußland auf lange Sicht den Wettbewerb mit den aufstrebenden und nach Sibirien ausgreifenden Chinesen bestehen könne. Die Darstellung führt uns in schockierende Abgründe von Ausbeutung und Machtmißbrauch und zeigt, daß die Ausbreitung eines Suchtverhaltens, das sich schließlich zum festgefügten kulturellen Muster verdichtet, den Niedergang einer ganzen Nation befördern kann.

Martin Schmidt

Lob des Müßiggangs

Eberhard Straub: *Vom Nichtstun. Leben in einer Welt ohne Arbeit*. Berlin: wjs 2004. 135 S., 16.00 €

Jeder vernünftige Mensch, der dieses Büchlein von Eberhard Straub in die Hand nimmt, wird vermutlich sofort zu einer Reihe von Einwänden ansetzen. Zuallererst wird er dem Autor einen mangelnden Sinn für ökonomische Realitäten vorwerfen wollen. Ist es nicht zynisch, wird er fragen, Arbeitslosigkeit als Chance für eine Gesellschaft der wahrhaft freien, weil von Arbeit befreiten, Müßiggänger zu verbrämen, während sie tatsächlich meist materiellen und sozialen Abstieg bedeutet? Ist die Vorstellung einer „müßiggängerischen" Aristokratisierung des arbeitslosen *demos* nicht gar zu romantisch für die heutige Zeit? Schließlich wird er gegen den teilweise pastoralen Ton des Autors als eines Hirten der Menschenwürde einwenden wollen, daß man mit der katholischen Soziallehre genausowenig Nationalökonomie betreiben könne, wie mit der Bergpredigt Außenpolitik. Doch nach jedem Einwand zaubert der Autor einen neuen antiken Philosophen oder mittelalterlichen Theologen oder modernen Romantiker aus dem Hut, welcher den Müßiggang und dessen Begleiterscheinungen mit noch überzeugenderen Worten als des Menschen eigentliche, höchste Vollendung bestimmte. Angesichts dieser Fülle von philosophischen und historischen Autoritäten wird der vernünftige Mensch schlußendlich seine Einwände einfach fahrenlassen, um sich der charmanten Sprachfertigkeit und dem gelehrten Anspielungsreichtum von Straubs unerhörtem Pamphlet hinzugeben. Er wird sich hinsetzen und verwundert feststellen, daß dieses Buch ihn auf verschmitzte Weise zu einer ungeahnt fruchtbaren Einkehr in sich selbst und seine tiefsten Sehnsüchte bewegt hat.

Christoph Kramer

Pankraz lehrt

Günter Zehm: *Eros und Logos. Eine Geschichte der antiken Philosophie*. Schnellroda: Edition Antaios 2004. 319 S., Ln, 25.00 €; ders.: *Der Leib und die Seele. Von den vielen Wurzeln der menschlichen Vernunft*. Schnellroda: Edition Antaios 2004. 276 S., Ln, 25.00 €

Günter Zehm (Jg. 1933), „Pankraz"-Kolumnist und Meister des philosophischen Feuilletons, ist ein eigenständiger philosophischer Kopf. Er hatte in den fünfziger Jahren bei Ernst Bloch studiert, war als Dissident in der DDR vier Jahre in Haft und mußte in den Westen fliehen. In Frankfurt studierte er bei Iring Fetscher, Theodor Adorno und Carlo Schmid, entwickelte sich dann aber zum konservativen Denker. Seit der Wende nimmt Zehm einen Lehrauftrag als Professor an der Universität Jena wahr, wo er immer wieder Anfeindungen ausgesetzt ist, da er zu keiner Zeit bereit war, seine geistige Freiheit Einschränkungen einer vermeintlichen politischen Korrektheit unterzuordnen.

In seinen in Jena gehaltenen philosophischen Vorlesungen, die hier in Buchform zugänglich gemacht werden, versucht Zehm nun, seine philosophischen Überlegungen zu bündeln. Die substantielle Kenntnis antiker Mythologie, Literatur und Philosophie verdunstet immer mehr, denn eine Tiefenerinnerung an Grundstrukturen des Menschseins hält verstörende Einsichten bereit. Dieses Wissen muß daher wieder neu vermittelt und in Erinnerung gerufen werden, was zu den Grundlagen unseres kulturellen Selbstverhältnisses gehört. Zehms Darlegungen führen in diese Welt des griechischen Denkens ein, die sich in der Verschränkung von Logos und Eros als eine der zeitüberdauernden Errungenschaften herausstellen sollte. Dabei folgt er einer teils chronologischen, teils sachlichen Betrachtungsweise, indem er die wichtigsten Denker und ihre Schulen Revue passieren läßt. Inhaltlich ließen sich vereinzelt Einwendungen gegen Zehms vorgetragene Deutungen machen. So könnte man sich eine ausführlichere Diskussion etwa des Höhlengleichnisses in Platons *Politeia* wünschen, die vor allem auf die wirkungsmächtige Interpretation Heideggers hätte eingehen müssen; und insgesamt wird man sagen müssen, daß das aktuelle Potential der Sokratisch-Platonischen Philosophie als Muster einer philosophischen Zeitkritik weitaus stärker gemacht werden könnte als es Zehm tut. Dennoch: Zehm gibt in seiner Darstellung Ausblicke auf den Unterschied und Zusammenhang antiker philosophischer Vorstellungen mit modernen naturwissenschaftlichen Ansätzen, so daß die Lektüre Anlaß zur produktiven Kritik bietet.

Der zweite Band der auf fünf Bände projektierten Jenaer Vorlesungen widmet sich dem Problemkreis von Leib und Seele. Man findet Untersuchungen der Affekte wie Liebe, Freude am Schönen, Heimatverbundenheit, Begeisterung für große Tat und edlen Traum, die auf eine philosophische Anthropologie hinauslaufen. Zehms sehr zugängliches Philosophieren hat essayistische Qualitäten, was indes nicht auf Kosten des geistigen Tiefgangs geht. Er bietet ein sehr bodenständiges und leiborientiertes Philosophieren, das sich stets an den Realitäten des menschlichen Daseins orientiert. Damit leistet er etwas, das sich im Zeitalter oft abstrakter Diskurse verdächtig schnell verflüchtigt – Philosophieren erscheint hier wieder seinem Wesen nach als ein Unterfangen, das nicht bloß die logische Klärung der Gedanken bietet. Vielmehr finden sich hier politisch wichtige Erinnerungen an die fundamentalen Koordinaten des Menschseins jenseits religiöser oder weltanschaulicher Beschränktheiten, die den Menschen vorschnell „feststellen" wollen.

Exemplarisch sei hier Zehms Deutung des Ästhetischen so-

wie der Heimat erwähnt. Er verteidigt mit großer kultur- und philosophiegeschichtlicher Gelehrsamkeit einen Vernunftbegriff, der sich nicht auf rationalistische Aspekte einschränken läßt. Er räumt den sinnlichen beziehungsweise leibgeistigen Dimensionen des Daseins gebührenden Raum ein. Von erheblicher politischer Bedeutung ist Zehms Apologie des Nationalen auf der Basis anthropologischer Fundamentalbestimmungen, obwohl die begriffliche Fixierung der Nation ein notorisch schwieriges Problem darstellt. Gegen eine weitverbreitete Auffassung unter Philosophen und Politologen – als Ausnahme nennt er Kurt Hübner – betont Zehm, daß der klassische Nationalstaat das Erfolgsmodell der Gegenwart ist. Dieser ist nämlich besser als andere politische Ordnungsmodelle geeignet, Rechtsstaatlichkeit, bürgerliche Freiheit und Marktwirtschaft zu gewährleisten. Schließlich findet Zehm auch zu einem an Heidegger geschulten Begriff der Heimat als „Bei-sich-selbst-zu-Hause-Sein", der nichts mit Kuhglockenläuten zu schaffen habe, sondern vielmehr geradezu als Kunstwerk zu gelten habe. Dieses Kunstwerk aber wird nicht zuletzt durch Einwohnung in die Sprache des Eigenen geschaffen, die es deshalb mit besonderer Sorgfalt zu pflegen gilt. Zugleich gilt es sich der Paradoxie zu vergewissern, daß es nicht möglich ist, unsere Muttersprache vollständig logisch zu erfassen. Die Sprache sei Heimat und Fremde zugleich, und indem die Dichter die Sprache zum „Haus des Seins" machten, stifteten sie Heimat und die Möglichkeit der leibgeistgen Verortung.

Till Kinzel

Landschaftsphilosophie

Walter Hoeres: *Der Weg der Anschauung. Landschaft zwischen Ästhetik und Metaphysik*. Kusterdingen: Die Graue Edition 2004. 24.00 €

Walter Hoeres' Buch zeigt, daß Erkenntnis wesentlich „Anschauung" ist. Auch das Geheimnis des Seienden kann sich in der Anschauung des einzelnen Phänomens einstellen, was in diesem Buch exemplarisch an Formationen der Landschaft deutlich gemacht wird. Hoeres grenzt sich gegen die transzendentalphilosophische Unterscheidung von Ding an sich und Erscheinung im Ausgang von Kant ab. Nicht minder zielt er gegen Heideggers Auflösung des Problems der Erkenntnis durch die Auslegung des Daseins als „In-der-Welt-sein". Heideggers Dasein ist nach Hoeres reiner Selbstentwurf, in dem das Selbstsein der begegnenden Welt nicht in seinem Eigenrecht bewahrt sei. Hoeres ist Phänomenologe im Sinne der Maxime Adornos, seines Lehrers, daß ein „Mehr an Subjekt" erforderlich sei, um sich in unreduzierter Erfahrung der Eigensphäre der Welt auszusetzen. Er insistiert aber zugleich darauf, daß Anschauung das „An-sich" des Seienden zu erfassen habe. Das „An-sich" führt auf das Geheimnis der Dinge, eröffnet deren unerschöpflichen Spielraum und muß nicht der vollen Enthüllung preisgegeben werden. Hoeres will vor dem Hintergrund seines Problemansatzes dartun, daß die Stimmungen, die wir an einer Landschaft gewahren, immer schon im Zwischenraum des Anschauungsraumes spielen. Sie sind nicht auf subjektive Projektionen zu reduzieren, ebensowenig auf die Gegenstandswelt.

Zu fragen wäre, ob die Trennung von „inneren" und „äußeren" Stimmungen dieser differenzierten Problemsicht in jedem Fall gerecht wird. Hoeres zeigt nun in den zentralen Abschnitten, daß Stimmungen eine spezifische Rationalitäts- und Urteilsform eigen ist. Sie wirken erschließend und setzen Distanznahme voraus. Dabei zielen sie auf das Ganze eines Sinngebildes, die Evidenz der Idee einer Gestalt, die niemals in die Summierung und Proportion ihrer Glieder aufgelöst werden kann. Hoeres erweist sich als Schriftsteller vor allem in dem Abschnitt über die „Metaphysischen Stimmungen", der die Erfahrung der Stille, der Dunkelheit, in der einzelne Konturen verschwimmen, heraufruft. Er scheut sich nicht vor konkreten Phänomenbildern wie den Wasserwüsten des Meeres oder dem Blick von einem Berggipfel herab, an denen der anschauungshaft spontane Zugang in die Metaphysik, ihr Über-sich-hinaus-Weisen eine Anzeige erfährt. Fokus jener Beschreibung ist die gegliederte Landschaft, in die immer auch die Prägungen von Kultur und Geschichte eingehen. Eindrücklich sind seine Reminiszenzen an eine seit Generationen prägende Rheinlandschaft. Auch ohne Absicht kann Hoeres Heideggers Beschreibung der Grundstimmungen als derjenigen Modi, in denen Seiendes im Ganzen und in seiner Mitte: die Seinserfahrung aufbricht, eindrucksvoll ergänzen. Melancholie und Heiterkeit, ein Schweigen, das in den Rhythmus der Stille eindringt und auf die Doppelbewegung von Suchen und Finden hinführt, werden in concreto mitvollziehbar. Daß damit „Landschaft zwischen Ästhetik und Metaphysik" aufscheint, heißt, daß Hoeres Grundzüge einer Naturphilosophie skizziert. Es wird sichtbar, daß dieses Buch die Probe auf das Exempel einer Unwiderlegbarkeit von Grunderfahrungen des Glücks und des Leides in einer durch planetarische Technik veränderten Welt abgibt.

Daß am Evidenz-Wissen die kontemplative Bestimmung des Menschen ihren höchsten Punkt erreicht, die allen Aktivitäten einer Kultur zugrunde liegen muß, wenn sie nicht bankrott gehen soll, – dies deutet Hoeres an, und dem Diktum Adornos, daß es kein richtiges Leben im falschen geben könne, antwortet er durch den Aufweis irreduzibler Spuren des Anschauungsglücks. Es ist kein „Buch für Alle und Keinen", sondern eines, das sich unter verschiedenen Voraussetzungen lesen läßt. Der Fachkollege erfreut sich der

subtilen Argumentation und des sorgfältig gearbeiteten Anhangs. Weit darüber hinausgehend eröffnet Hoeres kontemplative Perspektiven auf „das Geheimnis der anschaulichen Welt", die einer im Sekundären sich verlierenden Kultur vor Augen zu halten bleibt.

Harald Seubert

Ein Perspektivenwechsel im Rückblick

Einblick in ein Gesamtwerk. Siegfried Gerlich im Gespräch mit Ernst Nolte. Schnellroda: Edition Antaios 2005. 128 S., br, 12 €

Wenn Ernst Nolte ein konservativer Historiker ist, dann ist er das nicht im üblichen Sinne, sondern in der Methode, dem von individuellen Prämissen geprägten Ringen um Objektivität. Nolte begegnet seinem Forschungsgegenstand mit Sympathie und will ihn aus seiner Situation heraus selbst sprechen lassen. Nolte hat nie eingesehen, warum das für bestimmte Ideen, Personen und Ereignisse der Geschichte nicht gelten sollte, warum also plötzlich wissenschaftliche Grundsätze in ihr Gegenteil verkehrt werden. In diesem Pathos des Verstehens liegt der Grund, warum Nolte zu einem Außenseiter wurde, dem heute die verdiente Anerkennung verwehrt wird. Das Gespräch mit Siegfried Gerlich läßt die bahnbrechenden Werke vom *Faschismus in seiner Epoche* (1963) bis zum *Europäischen Bürgerkrieg* (1987), aber auch die philosophischen Bücher bis hin zur sonst wenig beachteten *Historischen Existenz* (1998) Revue passieren. Doch nicht nur als Hinführung zum Werk Noltes ist dieses Büchlein wertvoll. Es erweist sich selbst für den Kenner der Werke als erhellend, weil die zurückhaltende Selbstkommentierung Begriffe klärt und Noltes Fazit unter sein wissenschaftliches Leben deutlich macht: Er hat einen „Perspektivenwechsel" in der Geschichtswissenschaft herbeigeführt, der zwar bekämpft wird, aber nicht mehr aus der Welt zu schaffen ist und in Zukunft wohl eher deutlicher hervortreten muß, wenn vom 20. Jahrhundert etwas begriffen werden sollte. Nolte, der das Fach Geschichte nie studiert hat, bestätigt mit seinem ganzen Leben nicht zuletzt die Bedeutung der Philosophie als Grundlage wirklicher Wissenschaft.

Fritz Keilbar

Die Kunst, regiert zu werden

Wyndham Lewis: *Die Kunst, regiert zu werden. Aus dem Englischen von Nikolaus Stingl*. Waltrop und Leipzig: Edition Sonderwege bei Manuscriptum 2004. 595 S., br, 36.00 €

Wyndham Lewis ist einer der großen Künstler der Moderne, doch kann man nicht behaupten, daß die Kenntnis seiner Werke heute in irgendeiner Form zum unabdingbaren Bildungswissen gehöre. Zwar erschienen einige seiner Romane wie *Tarr* und *Revenge for Love* vor einiger Zeit sogar in deutschen Ausgaben, doch fehlte bisher eine Übersetzung der ebenso wichtigen Schriften kultur- und literaturkritischer Art. Es war Caspar von Schrenck-Notzing, der immer wieder darauf hinwies, daß sich ein deutscher Verleger des Großessays *The Art of Being Ruled* annehmen sollte – und zwar schon deshalb, weil die wenigsten von uns je in die Lage kämen, selbst zu regieren. Regiert zu werden – und das oft auch noch schlecht genug – ist das unentrinnbare Schicksal von uns allen, weshalb die Kunst, regiert zu werden, eigentlich zu den Schlüsselqualifikationen des Massenzeitalters gehören müßte. Es ist deshalb sehr verdienstvoll, daß der Manuscriptum Verlag das Wagnis unternommen hat, dieses voluminöse Werk mit seiner Fülle an Gedanken (das selbst in der Sekundärliteratur zu Lewis leider nur sehr spärliche Erwähnung findet) dem deutschen Leser (in übrigens gut lesbarer) Übersetzung vorzulegen. Aus dieser Fülle kann hier nur da und dort etwas angetippt werden – als Appetitanreger, denn Lewis' Diagnosen und politische Wertungen sind es immer wert, als Denkanstöße genommen zu werden, und zwar auch dort, wo er völlig danebenliegt (so etwa, wenn er umstandslos die Zerstörung der Familie für gut befindet). Lobenswert ist die frische, zupackende Art Lewis', der sich durch keine Denkverbote einschüchtern läßt. Lewis betont etwa, daß in der Moderne Freiheit und Verantwortungslosigkeit zu Synonymen geworden sind: Fehlende Verantwortung sei das, was die meisten Menschen für sich wollten, sie wollten Ruhe und Luxus. Der Mensch, so deutet Lewis die traditionelle Auffassung um, sei eben doch kein politisches Wesen, dies treffe nur für eine Minderheit der „Führer" zu. Von größter Aktualität sind Lewis' Bemerkungen über den demokratischen „pädagogischen Staat", der mit seiner „Doktrin dessen, *was die breite Öffentlichkeit will*", der Bevölkerung auf die Nerven gehe. Die „demokratische" Regierungsform sei viel effektiver als die körperliche Gewalt, weil es den wenigsten gelinge, sich dem ideologischen Apparat zu entwinden, der durch Erziehung und Suggestion über die Medien wirkt. Lewis' Ausführungen leiden allerdings insgesamt daran, daß man die scharfen und anregenden Gedanken aus einer sehr umfänglichen Abhandlung destillieren muß, deren Fokus nicht immer klar ist. Auch erweisen sich so manche seiner Meinungen als zeitgebunden und sind daher nur noch von historischem Interesse. Angesichts dieser Zeitgebundenheit vieler Ausführungen wird man es bedauern, daß der Verlag die deutsche Übersetzung zwar mit einer Reihe von erläuternden Anmerkungen versah, die aus der englischen Ausgabe übernommen wurden, es sich aber versagte, in einem Nachwort einige nötige Informationen zu vermitteln – so als sei

Wyndham Lewis jedermann schon ein Begriff und bedürfe keiner Einführung mehr.

Till Kinzel

Die Permakultur eines Agrar-Rebellen

Sepp Holzer: *Der Agrar-Rebell*. Graz-Stuttgart: Leopold Stocker Verlag, 240 S., 19.90 €

Sepp Holzer: *Sepp Holzers Permakultur*. Graz-Stuttgart: Leopold Stocker Verlag, 304 S., 19.90 €

Seit der Industrialisierung (der Landwirtschaft) verliert die auf mehrere Jahrtausende kultureller Erfahrung aufbauende bäuerliche Tradition eines ökologisch nachhaltigen Wirtschaftens immer mehr an Bedeutung. Ergebnis dieses Traditionsverlustes sind neben der allgemeinen selbstzerstörenden Naturabgewandtheit der Menschen unter anderem auch nahezu von Bodenlebewesen befreite und zusehends unfruchtbarere Böden.

Ein Bauer, der nicht bereit ist, den Weg der Zerstörung der eigenen Existenzgrundlagen mitzugehen, ist Sepp Holzer – Bergbauer aus dem Salzburger Land und Vorreiter einer neuen bäuerlichen Lebensphilosophie. In seinem ersten Buch *Der Agrar-Rebell* läßt er den Leser an seinem aufreibend spannenden Lebensweg teilhaben. Für die Realisierung seiner „Wildnis-Kultur" – auch Permakultur genannt – und bäuerlich-alternativen Projekte galt es, sich gegen unzählige Behördenrichtlinien und eigentümerfeindlich ausgelegte Gesetze zu wehren. Eine überblicksartige Dokumentation der Gerichts- und Behördenstreitigkeiten, die notwendig waren, um Landwirtschaft mit und nicht gegen die Natur zu ermöglichen, geben einen kleinen Einblick, welche Auswirkungen praxisferne und ausschließlich(!) schulorientierte Rechtssetzung und Rechtsauslegung auf die Lebenssituation eines Grenzgängers haben können.

Indem er deutlich macht, welche Potentiale in den Erfolgsprinzipien echter Wildnis-Ökosysteme für die landwirtschaftliche Nutzung des Bodens auch unter scheinbar unwirtlichsten klimatischen Beding-ungen stecken, sprengt er die Glaubensfundamente, mit denen konventionelle Agrarindustrielle ihre Art der Bodenbewirtschaftung erklären und rechtfertigen. Mit einem Minimum an Arbeitsaufwand baut er eine schier unglaubliche Zahl seltener, teils fast vergessener Nutz- und Heilpflanzen an, die im Zusammenhang mit der Zucht von gefährdeten Wild- und alten Haustierrassen ein funktionierendes Kreislaufsystem ergeben. Seine Ideen sind so revolutionär und zukunftsweisend, daß inzwischen aus der ganzen Welt Interessierte mit der Bitte an ihn herantreten, Projekte, die die Prinzipien der Permakultur anwenden, durchzuführen und beratend zu begleiten.

In dem Buch *Sepp Holzers Permakultur* sind die nachhaltig-landwirtschaftlichen Bewirtschaftungs- und landschaftlichen Gestaltungsmethoden inklusive praktischer Erfahrungshinweise umsetzungsorientiert dargelegt, die es jedem Laien erlauben, durch Nachahmung zumindest seinen Garten in ein wahres Paradies selbstangebauter Lebensmittel umzuwandeln. Den Bauern eröffnen sie Wege und Horizonte, die für die Loslösung von vorherrschenden Spezialisierungstendenzen und vom Monokulturanbau hin zu einer Diversifizierung der bäuerlichen Anbau- und damit auch Einkommensstruktur beschritten und angestrebt werden müssen. Die gewährten Einsichten und die Art und Weise ihrer Darstellung animieren förmlich dazu, sie auszuprobieren und die Perfektion der Naturgesetze durch eigene Ernteerfolge zu erleben. Die Bedeutung der in diesen beiden Büchern aufgezeigten Lebensphilosophie für das Dasein des Menschen läßt sich in ihrer ganzen Tragweite wohl nur schwer erfassen. Mit Sicherheit aber ist die Gedankenwelt Sepp Holzers und sein umfassendes Wissen um natürliche Kreisläufe und Wechselbeziehungen bahnbrechend für eine vollkommen neue Herangehensweise bei der Nutzung natürlich-organischer Ressourcen.

Wiggo Mann

Hans Blüher bibliographiert

Bernd-Ulrich Hergemöller: *Hans Blüher (1888–1955)*. Annotierte und kommentierte Biobliographie, Hergemöllers Historiographische Hilfsmittel, I. Hamburg: Hergemöller. geh, 140 Blatt, 15.00 €

Zu den vergessenen Jubiläen dieses Jahres gehört der fünfzigste Todestag Hans Blühers. Das Vergessen ist insofern verständlich, als Blüher in der öffentlichen Debatte keine Rolle mehr spielt, unverständlich, weil er ohne Zweifel zu den interessantesten Figuren der Konservativen Revolution gehört, über die aber so gut wie nichts bekannt ist. Nun wurde immerhin in der letzten Ausgabe des *Jahrbuchs der Jugendbewegung* (siehe Sezession 8) ein Aufsatz veröffentlicht, der Licht auf den Lebenslauf Blühers wirft, und jetzt ist das Erscheinen einer sehr umfangreichen – Primär- und Sekundärliteratur erschöpfend erfassenden – Bibliographie zu melden. Erarbeitet wurde sie von dem Hamburger Historiker Bernd-Ulrich Hergemöller, der sich mit der Gestalt Blühers offenbar nicht aus Gründen politischer Affinität (dafür sprechen schon die „korrekten" Kommentierungen) befaßt, sondern weil sie zu seinem Forschungsgebiet der Homosexuellengeschichte gehört. Der Nützlichkeit dieser Arbeit tut das selbstverständlich keinen Abbruch.

Karlheinz Weißmann